

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntag...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlagzeilige Kolonnen... bis 7 Uhr abends gedruckt.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 8. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrecht und nationale Phrase.

Die Tatsache, daß die Vorbrückigkeit der Regierung hinsichtlich der Gehaltsaufbesserung der Beamten auch in den im allgemeinen so lokalen Beamtenkreisen so große Erbitterung ausgelöst hat...

Reitüberfluß aus den Staatsbetrieben, Eisenbahnen, Bergbau-Betrieben, Salinen usw. zirka 600 Millionen Mark. Es versteht sich von selbst, daß die Staatsbetriebe das in ihnen verkörperte Anlage- und Betriebskapital angemessen verzinsen müssen.

Welch freches Gaukelspiel, wenn die reaktionären, wenn die bürgerlichen Parteien, wie sie auch heißen mögen, den Beamten einreden wollen, daß der Inbegriff des Nationalismus in einer sinnlosen Geldverschwendung für eine weltpolitische Abenteuerpolitik...

Auch die klassenbewußte Arbeiterkassette, auch die Sozialdemokratie ist national, freilich in vernünftiger, anständiger Sinne! Für sie bilden nicht die drei oder vier Prozent der Bevölkerung die Nation, deren Einkommen über 6000 M. beträgt...

Freisinniges Geitändnis.

Am Vorabend des Tages, da der Verrat des Freisinn am Grundsatz der Rechtsgleichheit, am Recht der Rationalität und am Recht der Koalition besiegelt werden soll...

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, für den Fall, daß ein Reichsvereinsgesetz in der vom Reichstag in zweiter Lesung beschlossenen Fassung zustande kommt...

Der Antrag ist ein jämmerlicher Versuch, der Öffentlichkeit und vor allen Dingen der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen. Gegen die Ausbeutung des § 10a wider die Gewerkschaften unternimmt der Freisinn nichts...

Der Antrag der Freisinnigen im preussischen Dreiklassenhaufe ist eine würdelose Farce — diese verlotterten Politiker haben nicht einmal mehr den Mut, eifrig die Konsequenzen ihres Handelns auf sich zu nehmen!

Die Sozialdemokratie wird den Freisinn bei der 3. Lesung noch einmal nötigen, Farbe zu bekennen. Sie stellt Anträge zu den §§ 7 und 10a, die bezwecken, die Gewerkschaften vor den Fuhangeln dieser Paragraphen zu bewahren.

Der Schandfäulenprozeß vor dem Reichsgericht.

Vom Landgericht Königsberg ist am 4. Januar der Redakteur der „Königsberger Volks-Zeitung“ Genosse Hans Marzahn bekanntlich wegen Beleidigung des Kaisers und des Reichstags...

sich der Angeklagte einer Beleidigung des Kaisers, der zugleich sein Landesherz ist, schuldig gemacht.

Die Revision des Angeklagten wurde vor dem Reichsgericht von Rechtsanwalt Dr. Hübler (Leipzig) vertreten. Er führte in der Hauptsache folgendes aus: Zu Unrecht sind zwei verschiedene Handlungen angenommen worden, denn der Landbote ist nur ein Sonderabdruck der wichtigsten Artikel der „Volkszeitung“. Dennoch ist für den Wiederabdruck im „Landboten“ die erschwerende Strafe von 9 Monaten ausgeworfen worden. Durch das Ausschließen des sonstigen Inhalts ist dem Angeklagten Unrecht infolge geschehen, als es als unerheblich bezeichnet worden ist, ob die historische Kritik zutreffend ist oder nicht. Ein Blatt braucht nicht ein historisches zu sein, um die Ergebnisse historischer Forschungen mitzuteilen. Der Begriff der Beleidigung ist von der Strafkammer in einer solchen Weise ausgedehnt worden, daß es schlechterdings nicht mehr erträglich ist. Wenn diese Auffassung korrekt ist, verliert der Begriff der Beleidigung den objektiven Boden und wird sozusagen verinnerlicht. Festgestellt ist, daß der Kaiser in dem ganzen Artikel nicht erwähnt ist. Dennoch wird gesagt, der Angeklagte habe gewußt, daß der Kaiser sich für das Verbot interessiert. Diese Tatsache, die er nicht erwähnt, genügt dem Gericht in Verbindung mit der abfälligen historischen Kritik zur Annahme einer Majestätsbeleidigung. Diese Auffassung führt zu ganz unhaltbaren Konsequenzen. — Der Reichsanwalt beantragte unter Hinweis auf die tatsächlichen Feststellungen die Verurteilung der Revision. — Das Urteil wird heute mittags 1 Uhr verkündet werden.

Das Postcheckgesetz vor der Budget-Kommission.

(Sitzung vom 7. April 1908.)

Zur Beratung kommt der Nachtragsetat, der sich notwendig erwiesen hat infolge der beabsichtigten Einführung des Postcheckverkehrs. Wie aus der ersten Lesung im Plenum bekannt ist, handelt es sich hierbei um Wiederaufnahme einer Abfertigung, die schon vor acht Jahren einmal den Reichstag beschäftigte, ohne daß es damals zu einem Ergebnis kam. Es sollen jetzt in neun großen Städten des Reiches Scheckämter bei der Post eingerichtet werden; dort kann jeder gegen Einlage von mindestens 100 M. ein Konto eröffnen und um seine Geldempfangs wie Zahlungen durch das Scheckamt gehen lassen. Es ist geplant, die in jeder Höhe zugelassenen Geldanlagen nicht zu verzinsen, jede Einzahlung mit 5 Pfd., jede Rückzahlung mit 5 Pfd. und 8 Promille und jede Buchung mit 3 Pfd. Gebühren zu belasten. Demgegenüber beantragt die sozialdemokratische Fraktion Gebührenfreiheit und Verzinsung der 100 M. übersteigenden Einlagen mit 1 1/2 Proz. Außerdem soll die Reichsanzler-Verordnung, welche den Postcheckverkehr regeln will, dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden.

Abg. Beck (nass.) bepricht als Referent die geplante Einrichtung. Ihm sind die von der Regierung in Aussicht genommenen Gebühren auch zu hoch, für Gebührenfreiheit aber ist er nicht zu haben. — Der Korreferent Mannen steht auf einem ähnlichen Standpunkt, vor allem wendet dieser sich gegen den Regierungsvorschlag, nur für die ersten 600 Kontobindungen je 3 Pfd. Gebühr, für die überschüssigen aber je 7 Pfd. zu erheben. Er hätte lieber nur eine einzige Scheckstelle in Berlin gesehen.

Staatssekretär Kraetzke erklärt, die Post wolle kein Geschäft mit der Einrichtung machen, aber sie wolle auch keine Opfer bringen. Es sei zweifelhaft, ob die Gebühren richtig bemessen seien, es solle aber jedenfalls verhindert werden, daß man später die Gebühren erhöhen müsse.

Das Zentrum beantragt eine geringe Herabsetzung der von der Regierung vorgeschlagenen Gebührensätze und will sie im Etat festgelegt sehen. Ferner soll die bis 1914 vorgesehene Probezeit um 2 Jahre verlängert werden. Abg. Raden begründet diese Anträge.

Abg. Eichhorn begründet die sozialdemokratischen Anträge. Wenn immer betont wird, daß die Einrichtung keinen fiskalischen Charakter tragen soll, dann ist auch Gebührenfreiheit aus Frage, insbesondere als die Post sich des Material, Heberungsarbeiten und Scheckheftung extra bezahlen lasse. Die Kosten der Verwaltung würden reichlich gedeckt durch die Einsparungen aus den Vermitteln, die die Post durch den Verkehr in die Hände bekommt. Sollten aber wirklich Schwierigkeiten entstehen, so sei nach Ablauf der vierjährigen Probezeit noch immer Gelegenheit, die Gebührenerhebung näher zu treten. Einem solchen Wiederablauf der sich anfallenden Vorarbeiten beuge man vor durch die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte mäßige Verzinsung. Im Sinne der auch vom Zentrum gewünschten gesetzlichen Festlegung der Gebührensätze liegt der andere Antrag, der für die Reichsgeldigkeit der Reichsanzler-Verordnung die Genehmigung des Reichstages als Erfordernis aufstellt.

Kraetzke glaubt, daß die Einrichtung wieder nicht zustande komme, wenn Gebührenfreiheit beschlossen würde. Eine spätere Gebührenerhöhung bringe nur Kadenschläge für die Abgeordneten, diese wolle er ihnen ersparen.

Abg. Kämpf beantragt für alle Ein- und Rückzahlungen und Buchungen eine Gebühr von 3 Pfd. festzusetzen. In Österreich sei auch alles gebührenfrei. Die Kontoinhaber bekümmern sich um die Schreibungen aus den Heberschiffen. Er stimmt Eichhorn darin bei, daß Herabsetzung der Gebühren nicht eintreten werde, wenn man einmal Heberschiffe aus der Einrichtung ziehe. Bei guter Entwicklung werde der geringere Bedarf an Vermitteln sicher auch auf den Bankdienst im Sinne einer Ermäßigung einwirken und so Nutzen für die Allgemeinheit schaffen.

Kraetz und Raab wollen keine Gebührenfreiheit, damit den Genossenschaftsbanken keine Konkurrenz durch die Post erwache. Raab spricht sich außerdem gegen Zentralisation in ein Postcheckamt aus.

Nachdem noch zwei Regierungsvertreter die Vorschläge der Regierung in längeren Reden verteidigt und die Versicherung von dem einen abgegeben worden ist, daß die Postgedächtnisse sich nicht zu Postparzellen auszuwickeln sollen, wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. April 1908.

Des Blockgeschäfts zweiter Termin.

Der Reichstag erledigte heute das Blockgeschäft im zweiten Termin. Am Montag lieferte der Freisinn das Vereinsgesetz, am Dienstag heimte es das Vorkessgesetz ein. So wächst eine Hand die andere. Und was das Schönste dabei ist, die Freisinnigen haben durchaus recht mit ihren Behauptungen, daß diese gegenseitigen Liebesdienste der Blockbrüder nicht etwa auf ausdrückliche Abmachungen beruhen. Sie sind vielmehr ohne irgendwelche Abrede gegenseitig geleistet worden. Aus der Versäppelungsstafel der Konservativen in der Vorkessgesetzkommission ging für jedermann mit hinreichender Deutlichkeit hervor, daß die Freisinnigen für weitgehende Zugeständnisse beim Vereinsgesetz müde gemacht werden wollten. Das bewährte Junkermittel hat gewirkt. Da zerstreute sich mit einem Male das Gewöl, das das Vorkessgesetz umlagerte. Die Sonne agrarischer Günst bestrahlte die Böcke und den Freisinn wenigstens mit einigen dürftigen Strahlen. Das reicht aber für bescheidene Gemüter.

In der zweiten Lesung der Kommission wurden die agrarischen Beschlüsse erster Lesung völlig umgekrempelt. Nach der neuen Fassung soll der Terminhandel im Effektengeschäft gestaltet sein, aber nicht im Produktengeschäft. Da bezwecken die Agrarier durch die Ausnahmestellung des Produktengeschäfts eine Hochhaltung der Preise in Agrarprodukten.

Bezeichnenderweise wird von der agrarischen Ausnahme wiederum eine agrarische Extraausnahme gemacht. Für Leute, die mit Korn und Mühlenprodukten berufsmäßig zu tun haben, ist die Berechtigung, Termingeschäfte in ihren Produkten zu machen, wieder vorbehalten.

Mit einem heftigen, einem nassen Aug' haben die Freisinnigen und Nationalliberalen diesem Kompromiß zugestimmt. So fand sich der Block wiederum zusammen. Das Zentrum ist aus agrarischen Rücksichten gegen das Gesetz, die Sozialdemokratie im Gegenteil, weil die Agrarier Ausnahmerechte bekommen haben. Das machte in der Debatte Genosse Frank geltend. Dann gab es noch einen erbitterten Kampf zwischen dem Zentrumsagrarier Herold und dem blocktreuen konservativen Bündler Koeslke. Schließlich wurden alle Artikel in der Kommissionsfassung vom Block angenommen.

Morgen soll versucht werden, mit den Geschäften zu Ende zu kommen, damit die Osterferien beginnen können. Deshalb wurde sowohl die dritte Lesung des Vereinsgesetzes wie des Vorkessgesetzes auf die Tagesordnung gesetzt.

Krokodilstränenflut im Dreiklassenhaus.

Die zweite Abteilung der sogenannten preussischen Volksvertretung beschloß am Dienstag mit dem Teuerungsbeschlüssen, durch die die Beamten einigermaßen über die ausgebliebenen Aufbesserungen getröstet werden sollten. Der Bissen ist sehr mager ausgefallen und das bishinige Butter, das die Kommission darauf geschmiert hat, will auch nicht viel besagen. Zudem sind es in erster Linie die besser gestellten mittleren Beamten, denen die kleinen Kommissionsverbesserungen zugute kommen. Die Regierung ließ durch Rheinbaben schneidig erklären, daß alles, was über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehe, für sie unannehmbar sei. Die Wahlen stehen vor der Tür und so traten denn der Reihe nach alle Parteiführer auf und weinten mit einer Intensität, die den ältesten Krokodilen alle Ehre machen würde, ihren Schmerz darüber aus, daß sie den armen Beamten nicht mehr zuschanden können. Je weiter nach links hin, desto mehr näherte sich dies Vergleichen von Krokodilstränen einem Land- und Plahregen. Herr Kopisch vollends wurde beinahe von seinen eigenen Tränen weggeschwemmt.

Sinterher gab es noch eine Portion Ostmarkengewäch, wozu die Beratung der Denkschrift über die Tätigkeit der Ansiedlungskommission den Vorstand lieferte. Der Zentrumsgraf Braschma betete zum Himmel, daß er die Regierung erleuchten und zur Umkehr von ihrem billigen Vergewaltigungspfade bewegen möge und der Freisinnige Wolff aus Bissa hielt eine Rede gegen dieselbe Polenpolitik, die das Freisinnigsgelächter im Reichstage gegen den klingenden Judasklohn der Freigabe der Industriepapierchen durch die Annahme eines infamen Ausnahmeparagraphen unterstützt hat. Am Mittwoch steht ein Saal kleiner Vorlagen zur Beratung, darunter der bekannte Antrag Gamp, der die Wahlmänner der drei Klassen der Notwendigkeit überheben will, ihre Eisenbahnfahrt zum Wahlort aus eigener Kasse zu bezahlen.

Aus dem Herrenhaus.

Das Herrenhaus nahm am Dienstag die Eisenbahnvorlage in der Gestalt an, die ihm das Dreiklassenhaus gegeben hat. Vergeltend versuchte der freisinnige Danziger Oberbürgermeister Ehrlich die von der Preussischen Kammer getrichterten 60 Millionen wieder in das Gesetz hereinzubringen. Im übrigen war die Verhandlung so langweilig wie möglich und das einzig interessante Moment war, daß der Staatsreichsgraf von Sorquitten, Kirchbach, die Stirn hatte, über die Höhe der Eisenbahnarbeiterlöhne zu jammern. Am Mittwoch will das Haus der baltischen Lords seine tieferländige, von Siegfried Hecker so bewunderte Weisheit an der schwerigen Materie des Duckenschutzes erproben und sodann das Polizeikostengesetz staatsphilosophisch beleuchten.

Der bittende Freisinn.

Der Abgeordnete Schrader veröffentlicht in der „Liberalen Korrespondenz“ folgende Zuschrift:

„Da es mir und meinen Kollegen von der freisinnigen Vereinigung nicht möglich war, allen denen persönlich zu antworten, die uns aufforderten, gegen das Vereinsgesetz Stellung zu nehmen, so danken wir allen denen, die uns ihre Meinung kundgegeben haben, und versichern, daß wir uns zwar wohl bewusst waren, zahlreiche eng mit uns verbundene Parteigenossen nicht befriedigen zu können, daß wir aber trotzdem nach bestem Wissen und Gewissen das tun mußten, was wir sowohl für das Vaterland wie für den gesamten Liberalismus als das Beste ansahen. Wir bitten, die Gemeinschaft des politischen Arbeitens mit uns aufrecht zu erhalten.“

Eine kläglichere Fundgebung hat wohl noch nie eine politische Partei erlassen. So sprechen arme Sünder, die um mildernde Umstände betteln, aber nicht Männer, die getan haben, was sie tun mußten. Diese freisinnigen Selbden bringen es nicht mehr zu einer sachlichen Verteidigung ihrer Handlungsweise, sie appellieren nicht an den Verstand, sondern an das Vertrauen, das ihnen ihre jetzt opponierenden Parteigenossen bis dahin geschenkt haben, um eben jenes Vertrauen, das sie durch ihre Handlungsweise verderbt haben. Sie verlangen blindes Vertrauen, weil Lebende ihre Taten nicht billigen können. Diese Sommerfundgebung ist eins der Dokumente, die den Untergang des Freisinns bezeugen.

Die Windthorstbündler und das Wahlrecht.

Am Sonntag tagte in Köln-Ehrenfeld der Delegiertentag des Rhein-Sieg-Gauvereins der Windthorstbünde. Es wurde dort eine Resolution zur preussischen Wahlrechtsfrage angenommen, die folgendermaßen lautete:

„Der Delegiertentag des Rhein-Sieg-Gauverbandes erklärt sich vorbehaltlos für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus. Der Gauverband spricht seine Genehmigung über die in dieser Frage seitens der Zentrumsfraktion des Reichs- und Landtages in Vergangenheit und Gegenwart eingenommene korrekte Stellung aus und verspricht, mit aller Energie für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für das preussische Abgeordnetenhaus zu wirken und einzutreten.“

Die „korrekte Stellung“, die das Zentrum in der preussischen Wahlrechtsfrage eingenommen hat, besteht darin, daß es seit 1873, also seit dreieinhalb Jahrzehnten, sich vollständig untätig verhalten und keinen Finger gerührt hat, um der preussischen Dreiklassenwahl ein Ende zu machen. Daß es Leute gibt, die einer Partei für ein derartiges Verhalten noch ihren Dank aussprechen, ist ein Beweis für die politische Klugheit im Zentrumslager. —

Geprellte Kohgerber.

Die Freisinnigen haben, um die Zustimmung der Konservativen für die Vorkessgesetzänderung zu erlangen, bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes nach und nach ihre wichtigsten „liberalen“ Prinzipien geopfert. Dennoch ist noch immer zweifelhaft, ob das Vorkesskompromiß die Mehrheit der Stimmen im Reichstag erhält. Auch den sechs Mitgliedern der Deutschen Reformpartei (Nationalisten) haben auch verschiedene Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung wenig Neigung, an dem freisinnig-konservativen Schachergeheiß teilzunehmen; zum mindesten möchten sie gerne vorher dem Freisinn einen Teil der so schwer erkaufenen Deute wieder abhandeln. So hat dem Dr. Böhm folgenden, von allen Mitgliedern der Fraktion unterstützten Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: In § 51 der Kommissionsbeschlüsse hinter Absatz 1 folgenden Satz hinzuzufügen: Personen, deren Gewerbebetrieb über den Umfang des Kleinhandels nicht hinausgeht, gehören, auch wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, nicht zu den Kaufleuten im Sinne dieser Vorchrift.

Wie die „Staatsbürger-Ztg.“ zu diesem Antrage bemerkt, ist die Wirtschaftliche Vereinigung fest entschlossen, bei Bekämpfung ihres Antrages das Gesetz scheitern zu lassen. Nehmen dagegen die Freisinnigen diesen Antrag an, so will die Wirtschaftliche Vereinigung für das Vorkesskompromiß stimmen. Da die Wirtschaftliche Vereinigung 19 Mitglieder zählt, fällt sie bei der Abstimmung ins Gewicht, die Freisinnigen werden sich also breiten müssen, wenn sie nicht die Geprellten sein wollen, auch diese Forderung zu erfüllen.

Die rheinisch-westfälischen Scharmacher und der § 7 des Reichsvereinsgesetzes.

Das Blatt der Scharmacher im Westen, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ist besorgt, daß die Landesgesetzgebung in Preußen doch noch Ausnahmen bezüglich des § 7 des Reichsvereinsgesetzes zulassen könnte. Das sei besonders wichtig für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk:

Die Zahl der Polen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist so ungeheuer groß, ihre politische Betätigung so intensiv, daß die schärfste Ueberwachung im deutsch-nationalen Interesse dringend geboten ist. Die zur Verfügung stehenden Polizeikräfte sind durchaus ungenügend, selbst polnisch sprechende Beamte der Aufgabe nicht gewachsen, die zahlreichen Versammlungen zu überwachen, die an den verschiedenen, räumlich weit auseinander liegenden Orten, dazu noch meist zu gleicher Zeit abgehalten werden. Im Jahre 1906 wurden im Industriebezirk über 8000 polnische Versammlungen abgehalten. Es fanden z. B. Rat in Ruhrort 700, in Duisburg 600, in Essen 577, in Mülheim-Nahe 190, in Oberhausen 225 angemeldete Versammlungen. Diese wenigen Zahlen besagen mehr als genug. Nur der Gebrauch der deutschen Sprache ermöglicht eine ausreichende Ueberwachung des politischen Elementes. Schlimm genug, daß die Wahlgelien eine bedenkliche Ausnahme bilden. Aus diesen Gründen müssen Regierung und Landtag hart bleiben: keine weiteren Ausnahmen!

Das Blatt beruft sich dabei auf das „nationale Interesse“. Man weiß, was dieses Wort im Munde der Scharmacher bedeutet. Das „nationale Interesse“ sagt man und das Geldsachinteresse meint man. Die rheinisch-westfälischen Industrierichter tun die Polen als billige Arbeitskräfte ins Land — das geht nicht wider das „nationale Interesse“; wenn aber die Polen von dem Rechte der Mutter Sprache Gebrauch machen, um sich politisch und wirtschaftlich ihrer Haut zu wehren, dann ist das „nationale Interesse“ bedroht und es muß ihnen der Maulkorb angelegt werden. Die Freisinnigen können stolz sein auf die Handlangerdienste, die sie den ärgsten Arbeiterfeinden, den rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenerzeugern erwiesen haben. —

Freisinnige Zurückhaltung.

Der Freisinn verendet Zirkulare mit der Aufforderung, ihn beim Wahlkampf zu unterstützen. Die Zirkulare, deren Unterschriften fakultativ sind, sehen so aus:

Berlin W., Datum des Poststempels.

Köthener Straße 48.

Sehr geehrter Herr!

Der unterzeichnete Freisinnige Wahlrechtsauschuss gibt sich die Ehre, bei Ihnen anzuklopfen, ob Sie bereit sind, für den Kampf gegen das jehige preussische Wahlrecht finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ist selbstverständlich, daß eine größere Bewegung gegen dieses Wahlrecht ohne tatkräftige Unterstützung nicht herbeigeführt werden kann, weil das Austeilen von aufklärenden Schriften und das Ansprechen von Modernen, sobald es in größerem Maßstabe geschieht, bedeutende Ansprüche an unsere Kasse erhebt.

Es wird nicht nötig sein, über die Schäden des vorhandenen preussischen Wahlrechtes mit Ausführlichkeit zu reden. Wir machen Sie aber darauf aufmerksam, wie einseitig die bisherige preussische Volksvertretung zusammengesetzt ist. Es sitzen beispielsweise im preussischen Landtage 111 Großgrundbesitzer und 50 Vertreter der bäuerlichen Landwirtschaft, aber nur 12 Kaufleute und 25 Industrielle. Der Handwerkerstand hat nur 7 Vertreter und der Arbeiterstand ist überhaupt nicht vertreten. Höhere Beamte und Offiziere a. D. machen für sich allein 113 Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses aus. Auch ist der Prozentsatz der Wähler innerhalb dieser Volksvertretung ein ungeheuer hoher.

Wir nehmen an, daß Sie unsere Bestrebungen, dieses Wahlrecht energisch zu bekämpfen, überaus billigend. Für den Fall, daß wir uns in dieser Annahme getäuscht haben, bitten wir Sie, uns auf beiliegender Postkarte eine kurze Radricht zukommen zu lassen, damit unser Bureau nicht aus Unkenntnis weitere Drucksachen an Sie versendet. Sollte aber unsere Annahme richtig sein, daß Sie die Bestrebungen des Freisinnigen Wahlrechtsauschusses billigen, so bitten wir Sie, uns eine Ihren Verhältnissen und der Größe der Aufgabe entsprechende Summe an die Bank für Handel und Industrie auf das Konto Wahlrechtsfonds antweisen zu wollen oder einen Beitrag an den Freisinnigen Wahlrechtsauschuss z. B. des Abg. Dr. Müller-Sagan, Köthener Straße 48 II, zu senden.

Die Umgestaltung des preussischen Wahlrechtes ist für das deutsche Bürgertum von ausschlaggebender Bedeutung. Wir erwarten, daß dieses Bürgertum für seine und die allgemeinen politischen Zwecke nicht weniger opferwillig ist, als es die Agrarier bisher für die ihrigen gewesen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

1 Postkarte. Der Freisinnige Wahlrechtsauschuss, ergebnislos.
1 Postanweisung. Dr. Freisinnige Wahlrechtsauschuss, Friedrichsbad, Karl Goldschmidt, F. Hoff, Julius Kopisch, D. Dr. Naumann, Dr. Bachmied, Dr. Heinrich Nöhler, Albert Traeger, Dr. C. Wiener, Dr. Müller-Sagan, Karl Schumacher, Vorsitzender, Geschäftsführer.

Eigentlich ist es, daß der Freisinn in diesem Vorkessbriefe es nicht einmal für nötig erachtet, seine Stellung zur Landtagswahlreform klar zu präzisieren! Er spricht von der allzu schwachen Vertretung der Kaufleute, Industriellen, Handwerker und Arbeiter, weist auf die Begünstigung der Agrarier, Adligen usw. hin, aber sagt mit keinem Wort, daß er das Reichstagswahlrecht an die Stelle des zur Zeit bestehenden Wahlrechtes setzen will.

Das ist zweifellos kein Zufall! Der Freisinn rechnet vielmehr auf die Unterstützung und solcher Kreise des besitzenden Bürgertums, die zwar das gegenwärtige preussische Wahlrecht als Benachteiligung der Bourgeoisie empfinden, vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht aber eben so-

Wenig wissen mögen! Deshalb schweigt sich das freisinnige Zirkular über seine „programmatische“ Wahlrechtsforderung vollständig aus! —

Gegen das Reichsvereinsgesetz und die Arbeitskammern.

Eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Herzogtums Sachsen-Altenburg, die am Sonntag in Altenburg stattfand, beschäftigte sich nach einem Referate des Reichstagsabgeordneten Genossen Stücken über „Arbeitskammern und Arbeitskammern“ mit dem Entwurf des neuen Gesetzes über Arbeitskammern. Es waren gegen 100 Delegierte anwesend, die rund 18 000 gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiter vertreten. In der Diskussion sprach sich die Mehrheit der Delegierten gegen den neuen Gesetzentwurf aus. Man forderte Arbeitskammern auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Am Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Herzogtums Sachsen-Altenburg, in der 15 850 Mitglieder vertreten sind, verurteilt ganz entschieden den im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern. Die Konferenz kann nur in Erfüllung der auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß aufgestellten Forderungen eine befriedigende Vertretung der Arbeiterinteressen erblicken.

Zu gleicher Zeit tagte in Altenburg eine starkbesuchte Protestversammlung gegen das reaktionäre Reichsvereinsgesetz, in der namentlich der Arbeitererrat der Freisinnigen scharf gezeigelt wurde.

Gegen eine Umsatzsteuer in Sachsen.

Im Königreich Sachsen lauern die Mittelstandskretzer schon lange heutigetags auf eine landesgesetzliche Umsatzsteuer zur Erdrückung der Arbeiterkonsumvereine. Nachdem im Laufe der Jahre die Einführung einer solchen Vorlage von der Regierung wiederholt abgelehnt worden und den Gemeinden überlassen wurde, diese Sonderbesteuerung der Armen lokalweise zu besorgen, hat neuerdings ein vom konservativen Abg. Spieß in der Zweiten Kammer gestellter Antrag auf eine Umsatzsteuer in der Zweiten Kammer Annahme gefunden, und die Gefahr ist bei der Mittelstands-Popularitätshascherei der Regierung akut geworden. Zur Abwehr dieses Attentats auf die Ersparnisse der minder Bemittelten Bevölkerung hatten die Genossenschaften am Montag nachmittag eine Protestversammlung in Dresden arrangiert, um den herrschenden Klassen noch einmal die ganze Ungerechtigkeit, aber auch die ganze Wirkungslosigkeit einer derartigen volkswirtschaftlich und sozial unbilligen Sondersteuer vor Augen zu führen. Die Versammlung versammelte die Vertreter der Genossenschaften aus ganz Sachsen. Circa 150 Vereine waren durch etwa 500 Delegierte vertreten. Die Regierung und die Kommünen waren eingeladen worden, insbesondere auch der Vater des neuesten Umsatzsteuerantrages, Abg. Spieß-Pirna. Die Regierung war durch den Regierungsrat Dr. Langsch vertreten. Von den Abgeordneten der Zweiten Kammer waren die Abgg. Wehrens (konf.), Jähnel (nat.-lib.), Pur und Würtner (freis.) erschienen. Der Umsatzsteuer-vater hatte sich entschuldigt. Redakteur Fleißner saßte in seinem Vortrage noch einmal alle Argumente vom Standpunkte der Gerechtigkeit, der Volkswirtschaft und von der sozialen Seite zusammen und bewies durch Ausführungen aus bürgerlichen Kreisen die hohe moralische Verwerfung der Genossenschaftsarbeit. Trotz Aufforderung von Seiten des Vorsitzenden nahm kein Gegner das Wort, auch die Gäste vom Landtag und der Regierungsdirektoren schwieg. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 6. April 1909 in Reinhold Sälen in Dresden versammelten Vertreter sächsischer Konsum- und ähnlicher Genossenschaften protestieren energisch gegen die Vorschläge auf Einführung einer landesgesetzlichen Umsatzsteuer, welche gegen die Arbeiterkonsumvereine überhaupt, wie sie zurzeit in einzelnen Gemeinden in Sachsen besteht, und dort vornehmlich die Konsumvereine trifft.

Diese Umsatzsteuer ist nicht nur äußerst ungerecht — sie ist auch fortschrittlos und entwicklungsfeindlich. Besonders ungerecht aber wirkt sie den Konsumvereinen gegenüber, die die Vorteile des Groß- und Vereinkaufs von Lebensmitteln und sonstigen wichtigen Bedarfartikeln ganz speziell den breiten Schichten des Volkes zugute kommen lassen.

Die Konsumvereine müssen ihre Ueberschüsse zur Bezahlung dieser Steuer hergeben. Diese Ueberschüsse sind aber die Ersparnisse der Konsumvereinsmitglieder, die in Sachsen zu 90 Proz. von den armen Bevölkerungsklassen angehören.

Die Umsatzsteuer hat bis jetzt ihren Zweck, die Konsumvereine einzuschränken und die Lage der Kleinhandlärer aufzubessern, verfehlt. Sie wird auch in Zukunft diesen Zweck verfehlen, weil die Mitglieder neu zu den Konsumvereinen halten und infolgedessen die Kleinhandlärer keinen einzigen Kunden mehr erhalten. Im Gegenteil wird, wo die Konsumvereine durch die Umsatzsteuer eingeschränkt oder verdrängt werden sollten, sich das Kapital des Kleinhandels bemächtigen und hierdurch dessen Lage noch mehr gefährden.

Die Versammelten ersuchen die künftige Staatsregierung, den diesbezüglichen Wünschen der Mittelstandsvereine auf Einführung einer staatlichen Umsatzsteuer nicht stattzugeben, sondern den Konsumvereinen gleich freie Bahn zu lassen wie den Genossenschaften der anderen Bevölkerungs- und Berufsgruppen. Der soziale Frieden wird hierdurch mehr gefördert werden, als durch die Unterstützung einer einseitigen Interessenpolitik eines Bruchteils der Kleinhandlärer, denen es ja unbenommen ist, ihre wirtschaftlichen Interessen ebenfalls durch genossenschaftlichen Zusammenschluß zu fördern.

Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, diese Resolution der sächsischen Staatsregierung zu überreichen.

Ein faulenzender Abgeordneter.

Unsere Heftstellungen in der Nr. 70, wonach der antisemitische Abgeordnete Schaaf die Vorlegung des Kommissionsberichts betreffend die Aenderung des § 83 des Handelsgesetzbuchs verweigert habe, sucht das ihm nachstehende „Reich“ mit der Behauptung zu entkräften, der Bericht sei schon wenige Tage nach der letzten Kommissions-sitzung fertig gewesen, mit Ausnahme einiger Erklärungen eines Regierungsvertreters, die schriftlich zum Bericht gegeben werden sollten. Warum dieser Regierungsvertreter Herr Schaaf folange auf seine Erklärungen warten läßt, weiß das „Reich“ auch anzugeben. Denn erwidert ist der betreffende Herr gleich nach der letzten Sitzung erkrankt und nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sei er mit Arbeiten für die Vorparlamentarische außerordentlich überlastet gewesen. Also gleich zwei Entschuldigungen: eine für den Herr Schaaf, die andere für den Regierungsvertreter.

Herr Schaaf ist aber nicht unbekannt, daß die Regierungsvertreter sich gegen die von der Kommission beschlossene Verbesserung gewandt haben und von ihrem Standpunkt aus war eine dilatorische Behandlung der Angelegenheit von vornherein zu befürchten; ihr mußte es erwünscht sein, die ganze gesetzgeberische Aktion im Sande verlaufen zu lassen. Das müßte Herr Schaaf begreifen und er hätte auf die Abgabe der versprochenen Erklärungen drängen und eventuell seinen Bericht auch ohne diese Erklärungen müssen. Wenn — was zu befürchten steht — die Vorlage nicht mehr zur Verabschiedung kommt, da die Regierung nicht nachgeben und ist den Blockparteien, die sich sämtlich für die Annahme der Vorlage engagiert haben, auch wegen dieser Sache nicht in Differenzen geraten will, so trägt Herr Schaaf seinen Teil Schuld an den enttäuschten Hoffnungen der Handlungsgeschäfte, weil er Gott einen guten Mann sein ließ, und mit bewundernswürdiger Seelenruhe wartete und wartete auf eine Regierungserklärung, welche dieselbe, wie auch in vielen anderen Fällen, auch im Plenum des Reichstags hätte abgeben können.

Eine Anfrage auch bei nichtsozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission hat übrigens ergeben, daß auch bis jetzt noch keinem einzigen Mitgliede auch nur eine einzige Zeile Korrekturabzug vom dem angeblich längst „fertig“ gestellten Bericht zugegangen ist.

Demokratie und Reichsvereinsgesetz.

In einer Volksversammlung, die am Sonntagvormittag in Stuttgart tagte, hielt Genosse Dr. Quard, Frankfurt scharfe Abrechnung mit der bürgerlichen „Demokratie“ und ihrer Haltung zum Reichsvereinsgesetz. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die Versammlung erblickt in dem vom Block gewalttätig durchgeführten Reichsvereinsgesetz ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse. Insbesondere der Sprachparagraph und der Ausschluß der Jugendlichen von politischen Vereinen und Versammlungen führt zur schweren Schädigung der Arbeiterinteressen. Das Vereinsgesetz überträgt die preussische Politik der Schikanierung und Unterdrückung der freien Arbeiterbewegung aufs ganze Reich und raubt dem fortschrittlichen Süden, insbesondere Württemberg, wertvolle freiheitliche Errungenschaften. Das Gesetz stellt eine Verhöhnung wirklich demokratischer Staatsauffassung dar; die Zustimmung der württembergischen Volkspartei zu diesem Gesetz bedeutet die Preisgabe der fundamentalsten Grundzüge der Demokratie. Die Versammlung ersucht die Arbeiter des ganzen Landes, mit aller Schärfe den Kampf gegen die Blockparteien, namentlich gegen die zum Schlußhalter des preussischen Junkertums herabgekommene Volkspartei fortzuführen.

Die Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. In Reutlingen, der „Hauptstadt“ des Wahlkreises des Herrn v. Bayer, rechnete Genosse Lehmann mit der bayerischen Politik der Grundlosigkeit ab. In der öffentlichen Versammlung mochte kein Anhänger Bayerns dessen Politik zu verteidigen. In Ludwigsburg, Gmünd und an einer Reihe anderer Orte fanden gleichfalls Protestversammlungen gegen den Verrat der Volkspartei statt. Von der Sozialdemokratie hat die Volkspartei Gnade nicht mehr zu erwarten. „Lieber der offene Reaktionär als der demokratisch maskierte Volksverräter!“ erklärte in der Stuttgarter Versammlung Genosse Quard unter tosendem Beifall der Versammlung.

Schweiz.

Gegen die deutsche Viechperr.

Bern, 7. April. Im Nationalrat wurde die Interpellation über die von süddeutschen Staaten gegen die Schweiz verhängte Viechperr verhandelt. Redmann-Bern erklärte, die Sperr bedeute für die schweizerischen Viechzüchter eine schwere Schädigung und sei ganz ungerechtfertigt, da die Schweiz fast ganz und insbesondere der Kanton Bern vollständig jochfrei sei. Der Chef des Landwirtschaftsdepartements, Bundesrat Deucher, erklärte, der Bundesrat erblicke in der Sperr eine Verletzung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages; er habe in Bern energisch dagegen protestiert und den Reichsminister ersucht, bei den süddeutschen Staaten die sofortige Aufhebung der Sperr zu erwirken. Die Unterhandlungen seien noch im Gange, die bisherige Antwort keineswegs befriedigend; doch sei eine Verständigung zu erhoffen.

Ein Abkuthverbot.

Bern, 7. April. Der Nationalrat hat nach viertägiger Debatte mit 82 gegen 53 Stimmen beschlossen, dem durch Volksabstimmung geforderten Verbot von Fabrikation, Einfuhr, Durchfuhr und Verkauf des Abkuth-Bildes zuzustimmen.

Frankreich.

Die Regierungspolitik.

Paris, 6. April. Im Verlauf seiner Rede warf Jaurès der Regierung vor, sie habe keine der in ihrem Programm enthaltenen Reformen auszuführen und sozial-christliche Maßnahmen der letzten Legislaturperiode beschlossenen zu veröffentlichen unterlassen. Clemenceau erwiderte, die Regierung habe das Trennungsgesetz trotz des empfindlichen Widerstandes ausgeführt. Der Rücklauf der Westbahn sei auf dem besten Wege, dank den Bemühungen der Regierung, die übrigens dem Senat keine Besche erteilen könne. Die Regierung sei auch bemüht gewesen, das Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag auszuführen und die Lage der Eisenbahnangelegenheiten zu verbessern. Wenn die Kammer weniger reden wollte, könnte sie mehr Reformen zustande bringen, z. B. die Einkommensteuer, für deren Annahme das Kabinett solidarisch eintrete. Die Beratung über den Rücklauf der Westbahn werde im Senat nach den Osterferien beginnen, wobei das Kabinett die Verantwortung stellen werde. Die Regierung werde auch das Einkommensteuergesetz alsbald nach der Genehmigung durch die Kammer im Senat veröffentlichen. Zum Schluß suchte Clemenceau nachzuweisen, welche Gefahr man liefe, wenn man ein gemäßigtes Ministerium zur Regierung kommen ließe, und daß man um jeden Preis die Reaktion vermeiden müsse. (Lebhafte Beifall links.)

Jaurès sprach darauf von neuem gegen die Ausperrung auf den Bauten und versicherte, daß der Haß des Sozialismus eine Gefahr für die Regierung und für die Republik sein würde. Die Kammer nahm darauf mit 319 gegen 86 Stimmen eine Tagesordnung an, in der sie der Regierung ihr Vertrauen erklärt und der Jaurès' Ausdruck gibt, daß die Regierung den Rücklauf der Westbahn, die Altersversicherung der Arbeiter und die Einkommensteuer zur Durchführung bringen und sich dabei einzig und allein auf die Mehrheit stützen werde, die diese Reformen wünsche.

Belgien.

Präsidentin.

Brüssel, 6. April. (Fig. Ber.)

Die Freitags-Sitzung der Kammer hat der bevorstehenden Kongobehalte charakteristisch genug präliediert. Die kurze, höfliche, teils auf einen verächtlich persönlichen, teils auf den „patriotischen“ Ton gestimmte Rede Schollaerts läßt alle die Momente hervorretreten, die dem Kampfe zwischen den Anexionisten um jeden Preis und der Opposition das Gepräge geben werden.

Im selben Atemzuge, in dem der Ministerpräsident die Wünsche der Regierung ausgesprochen, hat er zugleich einen Appell an das Haus gerichtet, die Beratung in den Grenzen der Mäßigkeit und der Leidenschaftslosigkeit zu führen. . . . Leider aber muß der Hauptinhalt der Regierung, die Beratung und Abstimmung über die Annektionsvorlage und das Kolonialgesetz noch vor den im Mai stattfindenden Wahlen durchgesehen, von vornherein den leidenschaftlichsten Widerstand nicht nur der Sozialisten, sondern auch der ganzen Linken bevorzugen. Denn das Haus ist von der Regierung vor eine Aufgabe gestellt, deren Lösung in das Geschick des Landes in einer Weise eingreift, wie seit 1830 kein anderes Ereignis.

Die Redner der Opposition, die Genossen Demblon und Ansele wie der Radikale Janson haben denn auch dieser Taktik der Lösung der Kongofrage den Krieg erklärt. Die Regierung hat es derart eilig mit dem Unterabbringen der Kongovorlage, daß sie selbst die Karwoche willig den Geschäften und dem — Geschäft widmen will. Ja, wenn das einer von den „Atheisten“ der Linken für irgend eine andere Beratung verlangt hätte! . . . Ansele hat denn auch das zu so außerordentlichem Fleiß für das Kongogeschäft ausgesprochene Haus daran erinnert, daß die Arbeiterschaft weniger auf die Diskussion der Kolonialfrage, als auf die die Krise betreffende Interpellation der Sozialdemokraten und auf die Antwort

der Regierung harre, was sie zur Beilegung der Krise zu tun gedente.

Die Antwort auf die Frage Jansons, ob denn die Anexionisten vor den Wahlen solche Angst haben, daß sie die Kongoangelegenheit, noch ehe das Land über die grundlegenden Fragen informiert ist, vor den Wahlen erledigen lassen müsse, hat sich der Ministerpräsident sehr bequem gemacht: man solle doch um Gottes willen aus der Kongoangelegenheit keine „politische Frage“ machen. Die Regierung verzicht, daß die Kongoannektion nicht für alle Leute ein Geschäft ist. . . . Auf einem anderen Punkt, die Annektionsvorlage vor dem Kolonialgesetz zu erledigen, scheint die Regierung nicht beharren zu wollen. — Alles in allem zeigte der Regierung schon diese kurze Einleitung zur Kongofrage, daß die Aufforderung zu Mäßigkeit und Patriotismus kein genügend wirksames Mittel ist, um die Opposition zu zähmen. —

Spanien.

Der Prozeß Rull.

Madrid, 7. April. Die Zeugenvernehmung im Barcelonaer Bombenprozeß brachte die mit Spannung erwartete erneute Aussage des Polizeikommissars Trosselt über die Hintermänner der terroristischen Anschläge. Trosselt erklärte im Gegensatz zu seinen früheren privaten Aussagen, er könne keine konkreten Anschuldigungen gegen bestimmte Persönlichkeiten richten.

Portugal.

Die Wahlen.

Der Regierungsdruck und der Wahlschwindel der Monarchisten scheint diesmal ganz besonders unverkämmt griffig zu sein. Während die republikanische Organisation sehr stark ist, sind die Republikaner bei den Wahlen, oder besser gesagt, bei den von den Regierungsorganen festgesetzten Wahlergebnissen fast völlig „unterlegen“. Denn nach den offiziellen Meldungen wird die Deputiertenkammer einschließlich der Vertreter der Kolonien sich folgendermaßen zusammensetzen: Regeneratoren 62, Progressisten 69, Unabhängige 17, Nationalisten 2, Republikaner 6, Francisten 3, dissidierende Progressisten 7 Sige.

Es ist auch ganz sicher, daß die Regierung die Folgen ihrer unerhörten Wahlkäufung vorantreiben und deshalb sorgfältig Polizei und Militär vorbereitet hat. Trotzdem scheinen die Unruhen größeren Umfang angenommen zu haben, deren Ausdehnung allerdings die spärlichen offiziellen Depeschen verschweigen, während eine strenge Depeschensur Privatmeldungen nicht durchläßt. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Unruhen trotz der blutigen Unterdrückung sich gestern wiederholt haben und zu neuen blutigen Zusammenstößen in Elfasen geführt haben. In der Nähe der Kirche von San Dimongo machte die Polizei von der Waffe Gebrauch; drei Personen wurden getötet, mehrere verletzt. Zu einem Wahlskandal im Vorort Alcantara ersah ein Wähler einen anderen während eines Streites, der in weiterer Folge zu einem Angriff der Menge gegen Polizei und Militär führte, wobei auch einige Personen Verletzungen erlitten. 110 Personen wurden verhaftet.

In republikanischen Kreisen herrscht große Aufregung über die Tat, wie die Regierung ihr Versprechen freier und reiner Wahlen erfüllt hat. Die Hoffnung, auf rein parlamentarischem Wege zur Macht zu kommen, ist geschwunden und das Land geht vielleicht neuen Erschütterungen entgegen. —

England.

Konstitutionelles Empfinden.

London, 7. April. In liberalen Kreisen wird es dem König, verdammt, daß er bei der gegenwärtigen Krise nicht im Lande ist. Das „Daily Chronicle“ meint, dies sei der erste Verstoß in der ununterbrochen erfolgreichen Regierung. Die Kommentare der liberalen Blätter über den Ministerwechsel klingen gepreßt.

Die Engländer scheinen also keinen Reifednig zu wünschen. Uns dünkt dies eine Ueberschätzung der Wichtigkeit monarchischer Anwesenheit in einem Lande zu sein.

Rußland.

Die Amurbahn.

Petersburg, 6. April. In der heutigen Sitzung der Reichsduma wurde über den Bau der Amur-Eisenbahn verhandelt. Der Verkehrsminister wies auf die Wichtigkeit des Bahnbaues für die Hebung der Kultur und des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung sowie für die Kolonisation des Amurgebietes hin. Der Gehälfe des Kriegsministers hob die strategische Bedeutung der Amurbahn für den ganzen fernen Osten hervor. 78 Redner, von denen heute vier sprachen, meldeten sich zum Wort. Veron (Progressist) sagte, er sei gegen die Gesetzesvorlage. Die angeführten Daten über die Naturverhältnisse des Amurgebietes halte er für unbewiesen und daher den Erfolg des Bahnbaues für problematisch. Graf Uwarow (Oktobrist) erklärte, er stehe auf dem Standpunkte, daß das Amurgebiet als Territorium Russlands jedenfalls verteidigt und in jeder Hinsicht gehoben werden müsse. Das sei aber nur durch den Bahnbau möglich. Schingarew (Radikal) wies darauf hin, daß die finanzielle Lage Russlands eine derartige Aufgabe verbiete. Wobinsky (gemäßigter Rechte) verteidigte die Gesetzesvorlage vom strategischen, nationalen und wirtschaftlichen Standpunkte. Darauf wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Türkei.

Die mazedonischen Reformen.

Ein Telegramm der „Königlichen Zeitung“ aus Berlin meldet: England hat die russische Denkschrift über die mazedonischen Reformen jetzt eingehend beantwortet und scheint im wesentlichen die russischen Vorschläge anzunehmen. Insbesondere scheint die britische Regierung die russischen Vorschläge zu der Stellung des Generalinspektors und wegen der Uebernahme der Reformarbeiten in türkische Dienste zu billigen und dementsprechend auf seinen Vorschlag der Erneuerung eines Generalgouverneurs nicht mehr zu beharren. Besonders Wert scheint England darauf zu legen, daß die Einnahmen aus dem Haushalt der mazedonischen Provinzen in erster Linie zur Deckung der Kosten der Reformen herangezogen werden, so daß für militärische Bedürfnisse nur etwaige Restbeträge zu verwenden sind.

Auch in der französischen Kammer kam die mazedonische Frage heute zur Sprache. Demos Gatin befragte den Minister des Auswärtigen über die Lage in Mazedonien und über die Haltung Frankreichs. Er erinnerte an die brüdermörderischen Kämpfe der Griechen und Bulgaren, gegen welche die bisher angewendeten Mittel unwirksam gewesen seien und fragte, ob Frankreich entschlossen sei, der Türkei gegenüber, die Europa schon ermüde, energisch zu handeln. (Beifall.) Wilson antwortete, daß Frankreich auf seine wirtschaftlichen Interessen und seinen Einfluß in der Türkei bedacht sei und sich der Politik der in Mazedonien unmittelbarer beteiligten Mächte anschließe, die mit ihm befreundet oder verbündet seien. Hierbei sei es von dem Bestreben geleitet, alles zu vermeiden, was dem Frieden Europas schaden könnte. Der Minister fügte hinzu, Frankreich könne den gewünschten Bahnbauten keinen Widerstand entgegenstellen, denn es seien Werkzeuge des Einflusses und des Fortschrittes. Frankreich vereine sich mit den Regierungen von Petersburg und Rom, um auf die Frage einmütigen Druck auszuüben, daß sie Serbien in der Donau-Abriabahn zustimmen stelle. Minister Bichon gab Aufklärung über die in Mazedonien voll-

zogenen Reformen. Oesterreich-Ungarn und Rußland hätten Rückschlüsse gegeben, um der Bildung von Völkern entgegenzutreten. England habe die Erneuerung eines von den Mächten gebilligten Gouverneurs, wie im Libanon, vorgeschlagen. Der russische Vorschlag sei etwas abweichend. Die französische Regierung habe von Anfang an erklärt, daß sie die russischen Vorschläge unterstütze, sie billige die Initiative der alliierten Mächte, die in wesentlichen Punkten mit derjenigen Englands übereinstimme und von den Mächten gut aufgenommen zu sein scheine. Frankreich strebe die Einigung der Mächte an, weil diese den Frieden Europas gewährleisten und die Vorbedingung für das Gelingen der mazedonischen Reformen sei. Frankreich werde keine Anstrengungen scheuen, um der mazedonischen Bevölkerung ihr Recht zu verschaffen. Der Rede des Ministers folgte einmütiger Beifall. Cochin dankte dem Minister und sprach die Hoffnung aus, daß man bald einen Expressezug Paris-Athen haben werde.

Marokko.

Mulay Hafids Ausichten steigen. Selbst die Franzosen können nicht mehr verschweigen, daß er Erfolge hat. So wird gemeldet:

Paris, 7. April. Aus Casablanca wird berichtet, daß zwei Rahallas des Gegenkultans Mulay Hafid Sattat und Jauia el Mokri befehligten. Es geschieht nunmehr zum dritten Male, daß die Truppen Mulay Hafids das von den Franzosen geräumte Sattat besetzen.

Tanger, 6. April. (Nebst dem Reuterschen Bureau.) Hier aus dem Innern eingetroffene Briefe melden, daß eine Rahalla unter Mulay Jawn, einem Bruder Abdul Ais', die sich auf dem Marsche von Rabat nach Fez befand, bei ihrer Ankunft in dem Gebiet der Semmur umzingelt und durch Leute des Semmurhammes gefangen genommen wurde.

Amerika.

Eine unabhängige Arbeiterpartei.

Das „N. Y.“ bringt folgendes Kabeltelegramm aus New York: Nach einer telegraphischen Meldung aus Chicago haben eine Anzahl von Arbeiterorganisationen, die 600 000 Stimmen hinter sich haben, ganz unerwartet ihren Austritt aus der „American Federation of Labour“ erklärt. Dieses Vorgehen einer immerhin beträchtlichen Minorität ist auf die Unzufriedenheit zurückzuführen, die in weiten Kreisen der organisierten Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten über den Beschluß der „Federation“ entstanden ist, von der Gründung einer selbstständigen politischen Arbeiterpartei einweisen Abstand zu nehmen. Auf den 1. Juli ist ein Kongreß einberufen worden, in dem, wie man erwartet, die Vertreter der unzufriedenen Elemente ihren Anschluß an die sozialistische Bewegung erklären werden, die dann etwa 1 500 000 Arbeiter unter ihren Fahnen vereinigen würde. Die so verstärkte sozialistische Partei soll dann mit allen Mitteln die Wahl eigener Kandidaten für den Kongreß betreiben, und man hofft, diesen Plan in einer Weise durchführen zu können, daß im nächsten Kongreß die Sozialisten die ausschlaggebende Partei bilden werden.

Aus der Partei.

Gemeindevorwahlen.

Bei den Gemeindevorwahlen in Verbreitungsbezirken der „Märkischen Volksstimme“ zu Kottbus haben in diesem Jahre unsere Genossen sehr gute Erfolge erzielt. Soweit die Resultate bekannt geworden sind, wurden im Regierungsbezirk Frankfurt a. D. in 15 Orten 34 Sozialdemokraten gewählt; in sechs Orten konnten wir keine Mandate erobern. Von den 34 Mandaten sind 24 neu erobert, 2 behauptet, während von 8 Mandaten nichts Näheres bekannt wurde. Von den Mandaten entfallen auf Dissenhen 1, Roshdorf 2, Slamon 4, Mablom 1, Contdorf 1, Groß-Budow 1, Sachsendorf 4, Koyne 6, Schemo 1, Seiferdorf 2, Mildenberg 3, Rehesdorf 3, Matkow 2, Alt-Drewitz 2, Lichtersfeld 2. In Koyne und Sachsendorf siegten unsere Genossen in allen drei Abteilungen. Gemeindevorwahlen hatten wir bisher schon in folgenden Orten: Matkow (jetzt die ganze dritte Abteilung), Rehesdorf (jetzt 9 von 18 Mandaten), Koyne, Roshdorf (bisher 4), Seiferdorf (jetzt 3), Slamon (bisher 3), Mablom (bisher 1), Roshdorf (bisher 1), Contdorf (bisher 3), Groß-Budow (1), Alt-Drewitz (jetzt 4), Sachsendorf (bisher 4), Dissenhen, Culo.

Im Kreise Zeltow-Deeslow eroberten unsere Genossen in Rehsendorf 2 (jetzt 3), in Markgrafplese 2 (jetzt 7), in Lange- wahl zwei Mandate in der dritten Abteilung. In Rauen ist wegen der Duerstreiberen der Bergarbeiter, die eigene Gegenkandidaten aufstellten, eine Nachwahl in der dritten Abteilung nötig. Zwei Mandate wären uns sonst sicher gewesen.

Nachmal die Abstimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Oldenburg bei der Wahlrechtsreform. Am Sonntag beschloßten sich die Genossen des 1. oldenburgischen Reichstagswahlkreises in Oldenburg mit der Abstimmung der Landtagsfraktion bei der Wahlrechtsreform. Die Fraktion war eingeladen und vertreten, die Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ nicht. Nach mehrstündiger Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die kombinierte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins von Oldenburg und Umgegend erklärt sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages zu der Wahlrechtsreform einverstanden, weil die Vorteile eines zukünftigen Wahlsystems nach dem jetzigen Stand der Reform größer sind als die Verschlechterungen, wie sie die Verlängerung der Wahlperiode und die dreijährige Karenzzeit darstellen.“

Die Parteigenossen Kürlingsens, von denen drei der vier Landtagsabgeordneten gewählt sind, haben sich bekanntlich mit der Abstimmung nicht einverstanden erklärt.

Die sozialdemokratische Fraktion der italienischen Kammer gegen den Generalsirell.

Rom, 4. April (Sig. Ver.)

Die sozialistische Parlamentarierfraktion hat in gemeinsamer Sitzung mit dem Exekutivkomitee des Parteivorstandes über ihre Stellungnahme zum Generalsirell beraten. Da keine Einigung erzielt werden konnte, zogen sich die Mitglieder des Parteivorstandes, die dem Generalsirell nicht widerstehen wollten, zurück. Die Fraktion beschloß darauf einstimmig, in einer Depesche an die Konföderation der Arbeit sich gegen die Ausdehnung des Generalsirells in ganz Italien auszusprechen.

Unsere Genossen im Parlament scheinen es nicht zu empfinden, daß gegenüber der ruchlosen Gewalttat, die im Namen der Macht habet vollführt wird und die die Regierung und die Mehrheit beider Kammern nicht nur mit ihrer Verantwortlichkeit bedecken, sondern geradezu verherrlichen, daß gegenüber dieser Greuelthat die Protestaktion des Proletariats heilige Pflicht ist, geradezu Pflicht moralischer Selbsterhaltung.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkraft der Arbeiterbewegung. Gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen wurden von deutschen Gerichten im Monat März 1908 an Strafen erkannt: Ein Jahr, zehn Monate, drei Wochen, drei Tage Gefängnis und 4085 Mark Geldstrafe.

Die Presse vor der Revisioninstanz. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Stolze aus Königsbrunn wurde am 21. Januar Genosse Hans Weber vom „Vorwärts“ zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Das Verdict wurde in einer Notiz des „Vorwärts“ gefunden, überschrieben: „Deutsche Schande“. In der Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Informativteil veranlagt: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Verhandlung selbst wurde festgestellt, daß russische Polizeibeamte sich im Königsbrunn Polizeigefängnis einfanden, um die Identität eines wegen politischer Vergehen verfolgten Russen J. festzustellen. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Soziales.

Eine nicht gesundheitsgefährliche Wackstube.

Es ist erstaunlich, was für Vorkräge manchmal in einem ärztlichen Gutachten gemacht werden, wenn es sich „nur“ um die Interessen eines Arbeiters handelt, der sein Recht vor Gericht geltend macht.

Anlässlich eines Rechtsstreites, den ein Bäckergehilfe mit einem Bäckereimeister wegen in Wunschnapfen führte, forderte das Gericht von einem Dr. med. Peters ein Gutachten darüber, ob die Beschaffenheit der Wackstube die Gesundheit des Gefellen gefährden könne. Dr. Peters nahm die Wackstube in Augenschein. Er beschreibt sie in seinem Gutachten so: Die Wackstube liegt direkt über dem Wackofen. Man gelangt zu ihr auf einer schmalen Treppe, welche aus dem vor dem Wackofen belegenen Raum zur Wackstube emporführt. Die Wackstube ist annähernd zwei Meter hoch, etwas über drei Meter lang und breit. In der Außenwand befindet sich ein Fenster. Außerdem sind zwei Türen vorhanden, von denen die eine in ein Nebenzimmer, die andere nach der erwähnten Treppe führt. Der Fußboden der Wackstube ist mit Ziegelsteinen gepflastert.

Nach der eideschwurigen Aussage eines Zeugen herrscht in der Wackstube oft solche Hitze, daß man kaum mit Pantoffeln auf den heißen Steinen des Fußbodens stehen konnte. Und in diesem Raum mußten die Gefellen von 10 oder 11 Uhr abends bis 1 bzw. 1/2 Uhr nachmittags arbeiten. Die Arbeitszeit wurde durch eine Pause zwischen 8 und 10 Uhr vormittags unterbrochen.

Das ärztliche Gutachten sagt zwar, im allgemeinen sei es zu bejahen, daß die Gesundheit eines Menschen durch den Aufenthalt in der niedrigen, engen und überhitzten Wackstube gefährdet werden kann, dann aber kommt der Gutachter zu dem sonderbaren logischen Vorkreuz, daß der Aufenthalt in dieser fürchterlichen Wackstube gar nicht gesundheitsgefährlich sei, denn — der menschliche Organismus passe sich den Verhältnissen an, auch könnte durch Öffnen des Fensters die Hitze herabgemindert und die Luft erneuert werden und in der Pause könnten ja die Gefellen hinhintergehen, und sich vor dem Wackofen aufhalten, wo ja eine niedrigere Temperatur herrsche wie über dem Wackofen.

Wenn der gelehrte Herr Doktor auch nur eine Nacht mit den Bäckergehilfen in dem höllischen Loch über dem Wackofen sich aufhalten müßte — und wenn er sich auch während der Pause zur Abkühlung vor den Wackofen setzt — so würde die Erfahrung am eigenen Leibe wohl sein „wissenschaftliches“ Gutachten als unhaltbar erweisen. Probieren geht über Studieren.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Mitglieder der bisherigen Freien Vereinigung der Maurer!

Auf Grund der am 27. November 1907 zwischen dem Zentralverband der Maurer und der Freien Vereinigung der Maurer vereinbarten Einigungsbedingungen erhalten die Mitglieder der Freien Vereinigung ihre in der alten Organisation erworbene Mitgliedschaft voll angerechnet, wenn dieselben bis zum 11. April ihre bisherigen Bücher zum Umtausch an die Organisation abliefern.

Mit wenigen Ausnahmen sind die Berliner Kollegen der Freien Vereinigung dem Beschluß ihrer Generalversammlung, eine einheitliche Maurerorganisation zu schaffen, beigetreten. Diejenigen, welche noch unentschieden über ihr ferneres Verhalten sind, fordern wir auf, unverzüglich ihre Bücher abzugeben und nicht durch nachlässiges Verhalten ihrer bisherigen Mitgliedschaft verlustig zu gehen.

Des weiteren sei darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend, den 11. April, das bisherige Bureau in der Steinstraße geschlossen wird.

Alle Anfragen und Bestellungen sind vom Montag, den 13. April, ab nur noch nach dem Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Zimmer 53, zu richten.

Dortselbst können auch die in dem alten Bureau Steinstraße abgegebenen Mitgliedsbücher in Empfang genommen werden. J. A.: Otto Hanke, Gustav Seglin.

Achtung, Schuhmacher!

In der Fabrik von Lipschütz, Schillingstr. 12, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Barbierer!

Bezugnehmend auf Anfragen einzelner Arbeitgeber teilen wir mit, daß der Arbeitsnachweis der unterzeichneten, der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisation baulicher Veränderungen halber verlegt worden ist. Derselbe ist nicht mehr Dirsdenstraße 48, sondern befindet sich von jetzt ab Steinstraße 2 bei Polzen. Die Nachweisstunden sind von 10 bis 11 Uhr und wird in dieser Zeit durch den Nachweisvorsteher Baumgart Bezugnehmend auf Verbindungsmöglichkeiten auf alle Anfragen Auskunft erteilt. Im übrigen ist ferner noch darauf zu achten, daß die Kontrollkassen der Gefellen nur ihre Gültigkeit haben, wenn die laufende Woche gestempelt ist.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehilfen Berlins. Bureau: Steinstraße 2. Tel.: Amt 3, 4040. Der Vorstand: J. A.: Baumgart.

Der Streik in der Akkumulatorenfabrik in Oberschneeweide dauert fort. Alle Versuche, Verhandlungen herbeizuführen, scheiterten an dem Starrsinn der Firma. Wie bei allen Kämpfen spielt auch hier die Polizei und Gendarmen die altbekannte Rolle. Jeden Morgen um 6 1/2 Uhr gesellen sich zu den vier Streikposten vier oder fünf Gendarmen und zwei Polizisten und versuchen, den Posten die Unmöglichkeit ihres Stehens klar zu machen durch die Worte: „Machen Sie, daß Sie wegtommen. Der Streik ist aufgehoben!“ Während natürlich die Streikenden an eine Aufhebung des Streikes nicht denken, trotz der Bekanntmachung der Firma. Als am gestrigen Tage eine Kommission um Verhandlungen nachsuchte, erhielt dieselbe den telephonischen Befehl: Verhandlungen sind nicht nötig. Ein Anschlag, welcher in einer Stunde erscheint, besagt Ihnen alles! Und er kam. Er lautet (man höre und staune!):

Bekanntmachung.

Entsprechend dem geringen Beschäftigungsstande im Werke wollen wir nach unserer Wahl von dem bisherigen Arbeiterstand circa 100 Leute weiter beschäftigen.

Diejenigen von unseren früheren Arbeitern, welche bis Mittwoch, den 8. April, vormittags 9 Uhr, ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sind entlassen. Von diesem Tage ab erfolgen Einstellungen nur durch den Arbeitsnachweis des Bundes der gelben Arbeitervereine, Berlin, Chausseestraße 9.

Die Direktion, gez. Kraushaar.

Als Rettungsanker also die Gelben! Eine Probefendung derselben kam auch bereits am Montagvormittag in einem besonderen Wagen der Elektrischen vom Bahnhof. Zwei Gendarmen, der Herr Obermeister und circa 25 bis 30 dieser nützlichen Elemente füllten das Gefährt. Aber man frage nur nicht, wie sie aussahen! Am

Fabrikstare wurden sie von abermals zwei Gendarmen in Empfang genommen.

Die Streikenden wünschen, daß von dieser Sorte noch etliche Hundert den Betrieb schänden, dann wird die Betriebsleitung den Unterschied zwischen dem alten Stamm ihrer Arbeiter und den jetzigen Klausurkäufern bald erkennen lernen.

Deutsches Reich.

Schneiderbewegung. Trotz aller Bemühungen der Schneiderorganisation in Schwernin haben sich die Unternehmer nicht bemüht gesehen, einen Tarif einzugehen. Deshalb erfuhr die Schwernerer Schneider, den Zugang von Schneidern nach dort fern zuhalten.

Die Lohnbewegung der Schneider in Köln hat zu einem bedeutenden Erfolge geführt. Mit den beiden Unternehmernverbänden wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Gehältern eine Lohnsteigerung von 6 bis 8 Proz., in einer Anzahl großer Geschäfte eine solche von 15 bis 20 Proz. bringt. Vier große Geschäfte (Einnahl u. Co., Edders u. Pothoff, Jos. Michels und Jos. Meyer) weigerten sich noch, den Tarif anzuerkennen. Bei ihnen haben die Gefellen die Arbeit eingestellt. Es finden Verhandlungen vor dem Gewerbegericht statt.

Die Aussperrung der Gijer in Heidelberg ist aufgehoben.

Der Plan der Unternehmer, Lohnreduktionen durchzuführen, ist bereinigt worden. Bei einer zweiten Verhandlung, die wieder vom Bürgermeister Wielandt geleitet wurde, legte man folgende Friedenspräliminarien fest, die nachher von einer Versammlung der Aussperrten gutgeheißen wurden. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Die Aussperrten nehmen nach Möglichkeit ihre alten Klagen wieder ein. Die geplanten Lohnreduktionen finden nicht statt. Dagegen bleibt der jetzige Tarif dieses Jahr in Kraft mit der Maßgabe, daß ein neuer Tarif abgeschlossen wird mit erhöhten Lohnsätzen, der bis zum 1. April 1910 Geltung hat. Für das Jahr 1908 erhöht sich der Lohn von 55 auf 58 Pf., und für Stukkateure von 60 auf 62 Pf. Die dritte Lohnklasse mit 47 Pf. Stundenlohn fällt aus; für Minderleistungsfähige Lohn nach Vereinbarung. Affordarbeit ist zulässig, darf jedoch nicht erzwungen werden. Die Arbeitszeit bleibt dieselbe, mittags 1 Stunde Pause. Eine Wendung tritt nur insofern ein, als in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. Januar statt 8 nur 7 Stunden gearbeitet werden soll. — Sind auch nicht alle Forderungen der Arbeiter erfüllt worden, so ist doch der Plan der Unternehmer, die Arbeiterschaft ganz in die Knechtschaft des Scharfmachertums zu zwingen, verhindert worden.

Die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung.

Will das Gewerkschaftsamt in Pflanz i. B. beim dortigen Stadtmagistrat beantragen. Die wichtigste Frage für die Arbeiterschaft ist, geht aus den Summen hervor, die die Gewerkschaften für Unterstützung Arbeitsloser aufwenden. So haben die Gewerkschaften oben genannter Stadt, von denen 18 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, in den vier Jahren von 1904 bis jetzt für diesen Unterstützungszweig rund 97 000 Mark ausgegeben.

Die Reunionsbewegung in der Schuhindustrie zu Nürnberg ist nun vollständig zugunsten der Arbeiter durchgeführt. Eben hat der größte Betrieb, die Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken, die neunstündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich der Zeitlohnarbeiter, sowie Aufbesserung einiger Lohnsätze in mehreren Sparten, wodurch auch der Lohnausgleich der Affordarbeiter ermöglicht wird, zugestanden. Der endgültige Tarifabschluß auf die Dauer von zwei Jahren wird in den nächsten Tagen erfolgen. Damit ist in allen Schuhfabriken Nürnbergs der Reunionsabend durchgeführt. Nur in den Schäftebetrieben herrscht noch die 6 1/2-stündige Arbeitszeit.

Ein Appell der Arbeitslosen.

wurde vom Gewerkschaftsamt in Pflanz veranstaltet, indem alle Arbeitslosen zu einer Versammlung eingeladen wurden. Jedem erschienenen Arbeitslosen wurden 50 Pfennig ausbezahlt. Es erschienen sich 280 Arbeitslose, während durch eine vor 14 Tagen vorgenommene Zahlung 390 festgestellt wurden. Die Versammlung gab der Kartellverwaltung den Auftrag, an den Stadtmagistrat eine Eingabe zu richten, baldmöglichst städtische Arbeiten in Angriff zu nehmen, damit die Arbeitslosen Beschäftigung finden.

Wir haben bereits früher uns dahin ausgesprochen, daß wir solchen Zahlungen durch freiwillige Meldung der Arbeitslosen keinen großen Wert beizulegen vermögen. Je öfter sie wiederholt werden, desto weniger Arbeitslose werden sich melden. Wirklichen Wert haben nur Ziffern, die durch Zahlung von Gehalt zu Haushalt gewonnen werden in der Form, wie sie unsere Berliner Genossen in der Stadtverordnetenversammlung beantragten, natürlich, um damit eine Ablehnung seitens der freisinnigen Majorität zu erzielen.

Ausland.

Die Aussperrung im Pariser Baugewerbe.

Am Sonnabend ist die Aussperrung im Pariser Baugewerbe erfolgt, nachdem von den Unternehmern vorher noch einmal der Versuch gemacht worden war, die Arbeiter zu täuschen und einen Teil zwischen sie hineinzutreiben. Diese durchsichtige Taktik, die darin bestand, einen Teil der Arbeiter durch barge Versprechungen anzulocken, ist erfolglos geblieben, und so ordnete Herr Billemin, der Führer der Unternehmerverschaft, die Aussperrung an. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Es dürften aber schon jetzt circa 45 000 Arbeiter davon betroffen sein. Selbstverständlich werden in kurzer Zeit neben den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern auch die übrigen Kategorien der Bauhandwerker in den Kampf mit hineingezogen werden. Die Heimeren Baumeister werden von den großen mit in den Kampf hineingezogen; es ist dem Unternehmer Syndikat gelungen, die Lieferanten von Mörtel, Gips und anderen Rohmaterialien zu bewegen, ihre Preise während dem Konflikt um 15 bis 20 Proz. zu erhöhen. Die Unternehmerverbände der verwandten Berufe (Tischler, Schlosser, Klempner, Maler usw.) haben sich mit den Baumeistern solidarisch erklärt. Dasselbe tun aber auf der anderen Seite auch die übrigen Arbeiter im Baugewerbe, so daß alles auf einen schweren Kampf hindeutet. Nimmt der Kampf die erwarteten Dimensionen an, so werden circa 150 000 Arbeiter mit hineingezogen werden. Die kapitalistische Presse, wie der „Temps“ und „Debat“ suchen Polizei und Regierung gegen die ausgesperrten Arbeiter stark zu machen, sie schreien nach Ausnahmegesetzen gegen die „Aufwiegler“.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Polizei-Statistik!

Paris, 7. April. (B. D.) Einer Statistik der Polizeipräfektur zufolge wird auf 552 von 748 Bauplänen gestreift. Auf den 552 Bauplänen wurden bisher etwa 20 000 Arbeiter beschäftigt.

Sachs Dyer.

Charleroi, 7. April. (B. D.) Auf der Leche „Sobasopol“ im Chateleau stürzte ein mit mehreren Arbeitern besetzter Förderloch infolge eines falschen Manövers in die Tiefe. Sechs Arbeiter wurden schwer verletzt, davon zwei tödlich.

Reun Dyer.

Kufing, 7. April. (B. D.) Im hiesigen Bahnhof stießen infolge falscher Weichenstellung eine Lokomotive und ein Personenzug zusammen. Sechs Maschinen wurden schwer beschädigt. Drei Eisenbahnangestellte wurden lebensgefährlich, neun Leichter verletzt. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

142. Sitzung vom Dienstag, den 7. April 1908, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Debrück. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Börsengesetzes.

Der redaktionelle Artikel 1 wird zurückgestellt und die Beratung mit Artikel 2 begonnen, der von der Zulassung der Wertpapiere zum Börsenhandel handelt. Die wichtigste Bestimmung des Artikels ist, daß Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen auf Anordnung der betreffenden Landesregierung ohne Prospekt zugelassen werden müssen.

Der Artikel wird nach unwesentlicher Debatte einstimmig angenommen.

Die Art. 3, 3a und 4 werden in der Diskussion verbunden. Hierbei ist von Bedeutung, daß nach § 48 die Zulassung von Waren oder Wertpapieren zum Börsenhandel durch den Börsenvorstand gemäß der Börsenordnung erfolgt. Vor der Zulassung sind Vertreter der beteiligten Gewerbetreibenden gutachtlich zu hören. Das Ergebnis ist dem Reichsanwalt mitzuteilen; dieser hat zu erklären, daß er zu weiteren Ermittlungen keinen Anlaß finde. Notwendig ist, daß der Kennwert der zugelassenen Gesellschaften mindestens 20 Millionen Mark betrage und diese die Zustimmung erteilen. Ferner wird in diesen Artikeln, die die §§ 48-58 und 77 des bestehenden Börsengesetzes umfassen, die Aufrechterhaltung des Verbotes des Terminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten ausgesprochen, dagegen werden Termingeschäfte in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen, die früher verboten waren, gestattet, aber nur mit Zustimmung des Bundesrats.

Ferner wird der Begriff der sogenannten handelsrechtlichen Lieferungsgegenstände präzisiert und der Kreis der Personen, die Börsentermingeschäfte machen dürfen, genau festgestellt. Die Regierungsvorlage wollte Handwerker und Kleingewerbetreibende von den Börsentermingeschäften ausschließen; die Kommission hat jedoch diesen Vorschlag gestrichen. Ferner werden Ordnungsstrafen und Kriminalstrafen festgesetzt.

Abg. Dr. Bitter (Z.) beklagt, daß die Robelle des Börsenregisters aufhebt. Ich begreife nicht, wie das Börsenregister eine Degradierung bedeuten soll. Wenn das Börsenspiel nicht degradiert, kann doch seine Ausübung nicht degradieren. (Lebhaftes Sehr wahr! im Zentrum.) Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Börse und des Terminhandels erkennen wir gern an, wir müssen aber den Mitleidstand mit dem Kleingewerbe vor dem Terminhandel schützen. Unbegreiflich ist der Umfall der Konservativen. Die Bestimmung, daß alle Termingeschäfte in den termingeschäftsfähigen Gegenständen für rechtsverbindlich erklärt werden, sobald der Formvorschrift, der Sicherheitsleistung, genügt ist, macht für uns das Gesetz unannehmbar. Wenn sich unter den Börsenbesitzern Mißstände herausgestellt haben, so müge man diese abstellen; man soll aber nicht deshalb ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Verbot aufheben. Wir beantragen also, das Verbot des Terminhandels auch in Bergwerks- und Fabrikanteilen aufrecht zu erhalten. Dehnt sich die Börse über den berechtigten Kreis von Teilnehmern aus, so wird sie zur Giftpflanze, die am Marke des ganzen deutschen Volkes zehrt. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Köpcke (L.) spricht sich für die Kommissionsbeschlüsse aus, wenn sie sich in vielen Punkten den Konservativen nicht weit genug geben. Das wichtigste Volkswirtschaftsmittel darf nicht zum Gegenstand des Börsenspiels werden. Die Aufrechterhaltung des Verbots des Terminhandels in Getreide war für uns die unumgängliche Vorbedingung unserer Zustimmung zu einer Aenderung des Börsengesetzes. Es lag durchaus im Sinne des bisherigen Gesetzes, daß die in ihm fehlenden Strafbestimmungen in das neue Gesetz eingefügt werden. Auch in dieser Hinsicht begrüßen wir die Kommissionsbeschlüsse. Wir wünschen durchaus, daß keine Leute von Geschäften ferngehalten werden, von denen sie nichts verstehen. (Sehr richtig! rechts.) Aber wenn einer mit Gewalt sein Geld los werden will, so kann man ihn nicht daran hindern. (Heiterkeit.) Wir haben die Ausübung des Terminhandels in Fabrik- und Bergwerksteilen nicht gewünscht; wenn aber die Regierung die Verantwortung tragen zu können glaubt, so wollen wir an dieser Bestimmung das Gesetz nicht scheitern lassen. Wir geben dem Gesetz auch deshalb unsere Zustimmung, weil wir auf die soliden Elemente an der Börse hoffen. Wird unsere Hoffnung getäuscht, dann wird im Volke ein Sturm des Unwissens entstehen, welcher eine neue Aenderung erzwingen wird. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Koenig (fr. Sp.) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Dr. Bitter. Das Verbot des Terminhandels trägt bedeutend Schuld an der allgemein und namentlich auch vom Zentrum beklagten Notlage der Geldsteuerung. Man entrüstet sich moralisch über Spekulanten; aber gäbe es keine Spekulation, so

würde das deutsche Nationalvermögen große Verluste erleiden. Auf das lebhafteste gestraubt haben wir uns gegen die Aufnahme der Bestimmungen, die sich mit den Rechtsfolgen des verbottenen Termingeschäfts beschäftigen. Während bei verbotteneren Termingeschäften das auf Grund des Geschäfts Geleistete nicht zurückgefordert werden darf, kann es bei solchen Geschäften in Getreide zurückgefordert werden und noch dazu unter erschwerenden Bedingungen. Zu dieser Ausnahmestellung des Getreides ist kein Grund vorhanden. Der Grund, den Herr Roeside angeführt hat, daß es sich um das wichtigste Volkswirtschaftsmittel handelt, würde viel eher dafür ins Feld zu führen sein, daß das Getreide vom Zoll befreit wird. (Sehr richtig! links.) Außerordentlich draconisch sind die Strafbestimmungen des Gesetzes. Eine Ordnungstrafe von 10 000 M. ist keine Ordnungstrafe mehr, sondern eine Vermögenskonfiskation. (Sehr richtig! links.) Im Rückfall findet auch eine kriminelle Bestrafung statt. Ich erkenne an, daß die Regierungsbereiter sich sehr um die Milderung dieser Strafen bemüht haben. (Hört! hört! rechts.) Hoffentlich macht der Bundesrat von seiner Befugnis, die Wahl der Beisitzer des Ordnungshofes zu regeln, in der Richtung Gebrauch, daß er der Börse selbst einen möglichst großen Einfluß auf die Besetzung des Ordnungshofes einräumt. Sogar die erlaubten Lieferungsgegenstände mit dem schon genannten Berliner Schluschein sind mit krimineller Bestrafung bedroht. In den Kreisen der Beteiligten hat es eine große Erregung hervorgerufen, daß der Getreidehandel unter andere Bedingungen gestellt wird, als der Handel mit anderen Gegenständen. Die vorgeschlagenen Strafbestimmungen degradieren nach unserer Ansicht den Getreidehandel zu einem Geschäft zweiten Ranges. Es liegt aber gar keine Veranlassung vor, den ehrenwerten, volkswirtschaftlich so wichtigen Getreidehandel derart zu degradieren. Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, in der der Getreidehandel endlich die verdiente Anerkennung findet. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Die Beseitigung des Börsenregisters war eine absolute Notwendigkeit, die ja auch Herr Roeside anerkannt hat. Das Register hatte seinen Zweck völlig verfehlt. Wir stimmen dem Antrag Dr. Köpcke zu, die ursprüngliche Bestimmung der Regierungsvorlage wiederherzustellen und Kleingewerbetreibende, auch wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, vom Börsenhandel auszuschließen. Das bisherige Börsengesetz hat sehr viel zu dem hohen Diskont beigetragen. Die Ordnungsstrafen haben wir ungern heringewonnen, um der Rechts den Stimmern für das Gesetz zu ermöglichen, für das meine Partei einstimmig eintreten wird. Unsere Börse muß endlich wieder befreit werden von der drückenden Abhängigkeit vom Ausland. (Lebh. Beifall b. d. Natl.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Der Abg. Dr. Köpcke hat eine interessante Entschuldigungsbrede gehalten. Als Motto möchte ich ihm den Stoffweiser Breichens aus Faust empfehlen: „Wie konnt' ich sonst so tapfer schmähen . . . und bin jetzt selbst der Sünde bloß.“ (Große Heiterkeit.) Entweder hat sich seit der ersten Lesung der Charakter der Börse sehr gebessert (Heiterkeit) oder Herr Roeside und die anderen Agrarier haben aus den sehr langen Verhandlungen der Börsenkommission etwas gelernt. (Heiterkeit.) Befriedigt hat uns die Arbeit der Kommission durchaus nicht. (Lachen und Aha-Rufe beim Volk.) Wir hätten zum mindesten erwartet, daß man den Kreis der zum Terminhandel zugelassenen Personen weiter eingeschränkt hätte: Wir wundern uns, daß man nicht den Jugendlichen unter achtzehn Jahren verboten hat, die Börse zu besuchen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Anruhe beim Volk, Kurze: Börsenordnung.) Wir sind erstaunt, daß die Herren mit ihren päpstlichen Liebhabereien im Gebiet des öffentlichen Rechts den Unfug hat an der Börse für weniger nachteilig halten als den Besuch öffentlicher Versammlungen. (Erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Im Ernst scheint die Börsenkommission zu Unrecht den Ausschlag der Handwerker und Kleingewerbetreibenden vom Terminhandel abgehängt zu haben. Das Handelsregister gewährt doch keinen genügenden Anhalt dafür, wer als Vollkaufmann zu gelten hat. Die Einwendungen, die in dieser Beziehung von sachkundiger Seite gemacht worden sind, waren durchaus berechtigt. Wir wissen, daß viele kleine Handwerker und Gewerbetreibende, um ihren Kredit zu heben, sich in das Handelsregister eintragen lassen. Diese müssen geschützt sein vor den Gefahren des Terminhandels, von der sie nichts verstehen. Unter diesem neuen Börsengesetz werden noch mehr kleine Bankiers durch Reisende ihr Geschäft machen. Das bringt die Gefahr einer Ueberverteilung der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden mit sich und deshalb sind wir bereit, dem Antrage Dr. Köpcke zuzustimmen. Im übrigen machen die Arbeiten der Kommission den Eindruck, daß sie über die

Im dem Fall ist nichts besonderes. Er gehört ins System. Loren sind die Künstler und die Kunstfreunde, die anderes erwarten. Wie kann denn in einem absolutistischen Staate, wie Preußen, die Kunst frei sein?

Eine Veteranin der Luftschiffahrt. Frau Poittevin, die in der Geschichte der Luftschiffahrt des vorigen Jahrhunderts eine große Rolle spielt, ist im Alter von 90 Jahren in Meudon bei Paris gestorben. Nicht weniger als 571 mal ist diese merkwürdige Frau in die Luft geflogen! Nachdem ihr erster Gatte das Zeilische geflogen hatte, heiratete sie als Witwe von 25 Jahren Poittevin, der sich Zeit seines Lebens mit der Lösung des Problems des lenkbaren Luftschiffes beschäftigte und den sie bei allen seinen Luftfahrten begleitete. Auf ihre Veranlassung wurden die merkwürdigen Luftstritte veranstaltet - Luftstritte ist das richtige Wort, denn der Luftschiffer nahm Pferde mit, auf welchen Frau Poittevin es sich wie eine Walküre bequem machte, zum größten Entsetzen der Zuschauer, die in ständiger Angst waren, daß die Amazone der Lüfte beim ersten Windstoß aus den Steigbügeln fallen könnte. Die größte Aufregung aber herrschte im Publikum, als sie eines schönen Tages mehrere hundert Meter über dem Niveau des Marsfeldes aus dem Luftschiff sprang und mit dem Fallschirm zur Erde niedergelockte. Man sah zuerst ein Etwas aus rotem Satin, das wie ein geschlossener Regenschirm ausah; am Griff dieses Schirmes, der mit rasender Geschwindigkeit hinunterfiel, befand sich eine Art Muskel, in welcher die Luftschifferin lag. Allmählich öffnete sich der Schirm, machte einige harmlose Bewegungen in der Luft und brachte die mutige Frau sanft und gemächlich auf die Erde. Nach dem Tode ihres Mannes machte Frau Poittevin ihre Luftfahrten allein und war nur ein einziges Mal in wirklicher Gefahr. Das war im Januar 1867. Sie war von der Prado-Promenade in Marseille aus aufgefliegen und wurde von einem Windstoß nach dem Meere hin getrieben. Ploötzlich begann sich der Ballon zu entleeren und rief zu fühlen; aber der Kapitän eines Schiffes, das sich auf dem Meere befand, mandbrierte so gut, daß die Luftschifferin im kritischen Moment an Bord genommen werden konnte, während der Ballon von den Wellen verschlungen wurde. Nach dem Tode ihres Mannes hatte Frau Poittevin die Bekanntschaft des Luftschiffers Eibel gemacht und ihm, um ihn an sich zu fetten, die Hand ihrer Tochter gegeben. Dieser Eibel nahm am 15. April 1875 mit Croc-Spinelli und Gaston Tiffandier an dem verhängnisvollen Aufstieg des Ballons „Genit“ teil. Der Ballon stieg so hoch, daß die Luftschiffer infolge der stark verdünnten Luft nicht mehr atmen konnten. Eibel und Croc-Spinelli, denen das Blut aus allen Poren drang, lagen ums Leben, während Tiffandier gerettet wurde. Dieses tragische Ereignis schien den Tatendrang der Frau Poittevin gestiftet zu haben; sie zog sich von da ab zurück.

Effektenbörse ihr volle Zärtlichkeit ausgegossen und ihre ganze Schärfe gegen die Produktenbörse angewendet hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Bedeutung der Effektenbörse ist aber nicht im Steigen, sondern im Sinken. Die Konzentration des Großbankwesens, die mit Veranlassung worden ist durch das Börsengesetz von 1896 (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) hat dahin geführt, daß die einzelnen großen Firmen gar nicht mehr auf die Börse angewiesen sind. Sie haben so viele Aufträge aus der Provinz für Kauf und Verkauf, daß sie sie in sich kompensieren können, und die Börse ihnen vielfach entbehrlich ist. Hingegen ist an ihren Bestimmungen über die Produktenbörse und an ihrer zukünftigen Gestaltung die große Masse des Volkes und der Arbeiterklasse lebhaft interessiert. Wir sind überzeugt, daß der Börsenterminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten zweifellos geeignet ist, auf den Preis des Brotes senkend einzuwirken. In der Wissenschaft ist die Frage strittig. Aber für uns ist der schlüssigste Beweis für unsere Auffassung, daß die Agrarier sich so sehr gegen den Terminhandel in Getreide sträuben, denn die Herren kennen ihr Interesse genau! Nun machen Sie zur Berichtigung Ihres Standpunktes geltend, daß es nicht im Interesse der nationalen Volkswirtschaft läge, den Preis des Getreides und den Lohn des Bauern abhängig zu machen von dem zufälligen Stande der Börse. Aber indem Sie den Terminhandel in Deutschland verbieten, haben Sie noch nicht den Terminhandel aus der Welt geschafft. Es ist ja bekannt, daß die deutschen Importeure in sklavischer Abhängigkeit von den ausländischen Märkten leben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Terminhandel in Paris und London bestimmt den Preis des Getreides genau so, wie es der Terminhandel in Berlin tät. Selbstverständlich haben Sie auch bei den Bestimmungen dieses Gesetzes den großen Kapital gegenüber dem kleinen begünstigt. Bei dem Kapitalgeschäft in Getreide, das Sie jetzt legalisieren, werden die großen Kapitalhaber ganz leicht in der Lage sein, ein Monopol für sich zu schaffen. Sie bewirken also den gleichen Prozeß, den Sie 1896 bei der Effektenbörse eingeleitet haben, jetzt auch bei der Produktenbörse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im Abschnitt 4a sollen zur Wahrung des Interesses der Allgemeinheit Ordnungsstrafen zur Sicherung der Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes eingeführt werden. Wir sind der Ansicht, daß das Interesse der Allgemeinheit viel besser gewahrt sein würde, wenn für

volle Öffentlichkeit gesorgt würde; wenn dafür gesorgt würde, daß die unabhängige Presse unter allen Umständen zur Börse zugelassen wird. Wir haben die Erscheinungen beobachtet, die die Befürchtung rechtfertigen, daß die unabhängigen Journalisten, wenn sie unangenehm werden, von der Börse ausgeschlossen werden sollen. Ich erinnere an den bekannten Fall des Journalisten Buchwald an der Berliner Börse, dem die Ausweisung angedroht wurde. Gegenüber solchen Wahregeln des Börsenverbandes halten wir die Sicherstellung der unabhängigen Presse für dringend notwendig. Wochenlang konnten wir aus Anlaß gewisser Vorkommnisse in den Zeitungen von der Verantwortlichkeit der Börsenberichterstatter lesen. Ich hörte kürzlich, daß einzelne jetzt schon so wenig nahmen, daß es an Unbefehlbarkeit grenzte. (Große allgemeine Heiterkeit.) Um so notwendiger ist es, die unabhängige Presse gegen Schikanen zu schützen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Konservativen unterstützen diese Forderung im Interesse einer objektiven und umfassenden Börsenberichterstattung. Entweder ist die Börse eine geschlossene Gesellschaft, dann darf sie keinerlei Vorgänge beanpruchen, oder sie ist ein offener Markt, dann darf sie auch keine Geheimnisse haben, und die Presse muß vor der Willkür des Börsenverbandes geschützt werden, so stand in Nr. 79 der Kreuz-Zeitung vom 19. Februar 1908 zu lesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die hier vorgeschlagenen Strafen haben in juristischer Beziehung viele Vorbehalten. Es ist etwas Neues, in der Gesetzgebung noch nicht dagewesenes, daß Kriminalstrafen aufgebaut werden auf die vorangehenden Disziplinarstrafen eines einzelnen Standes. Hier haben wir ein Beispiel davon: erst dann, wenn das Ehrengericht zweimal die Ordnungsstrafe ausgesprochen hat, kann der ordentliche Richter die kriminelle Strafe, die Gefängnisstrafe, aussprechen. Wenn auch nur der Verdacht des Abschlusses verbotener Geschäfte entsteht, kann der Staatskommissar die Vorlegung der Bücher von dem Börsenbesucher verlangen. Man hat das als Konzeption an den Gedanken des Deklarationszwanges bezichtigt; aber es ist kein Zerrbild. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber den Deklarationszwang kann man sehr wohl reden, er ist ein sehr vernünftiger Gedanke, und hat den Effekt, daß man bei jeder Art von Börse nachprüfen kann, welchen inneren Wert die

Kleines feuilleton.

Preussische Kunstpolitik. Mit einer soliden Rücksichtslosigkeit wird in Preußen unter Ausschaltung aller einschränkenden Faktoren die offizielle Kunstpolitik betrieben. Als ob es sich um ein wissenschaftliches Experiment handelte, das denen, die noch sehen wollen, klar zu machen hätte, daß die Kunst keine anderen Aufgaben hat, als dem Willen der Herrschenden zu dienen, Verherrlichung der Dynastie, Erweckung untertänlicher Tugenden, barbarischer Prunk, stilvolle Stilllosigkeit, patriotischer Madou und marktschreierische Reklame, das sind Ziele und Zwecke, die mit Bewußtsein verfolgt werden. Wer sich nicht fügen, flücht. Khabib, der den Mut gehabt hat, wider den Stachel zu löden, ist wie ein mutiger Schulbube vor die Tür gestellt worden. Bruno Paul, dessen Zufallsberufung an die Kunstgewerbeschule unzeitgemäße Hoffnungen erweckte, ist längst in Ungnade gefallen. Und Messel? Die Ihne und andere historische Stillkünstler werden schon dafür sorgen, daß er nicht aufkommt.

Da die Stärke des preussischen Staatsmechanismus neben der allgemeinen Talentlosigkeit die Disziplin ist, macht sich derselbe Kunstseifer von oben bis unten in allen Ressorts einmütig geltend. Ein tolles Stillschicken hat die preussische Justizverwaltung eben wieder beigegeben. Sie hatte, wie im eben erschienenen sechsten Heft der Zeitschrift „Kunst und Künstler“ berichtet wird, einen Künstler mit der Ausmalung eines nicht für öffentliche Verhandlungen bestimmten Sitzungssaales in einem Landgerichtsgebäude beauftragt, ohne ihm bestimmte Aufgaben zu stellen. Neben anderen Auszeichnungen kam eine bildliche Darstellung in Frage. Der Künstler wählte die Szene der Handwaschung, wie Pontius Pilatus sich vor dem Volk Wasser reichen läßt: „Ich bin unschuldig am Blute dieses Gerechten, sehet ihr zu“ (vgl. Ev. Matth. Kap. 27). Der Künstler glaubte ein eben für einen Gerichtssaal sehr bedeutungsvolles, ernstes und schönes Motiv gefunden zu haben und führte es, im Einvernehmen mit dem Architekten, mit wenigen Figuren, streng gehalten und aus knapp beleuchteter Röhre wenig hervortretend, aus. Die Justizverwaltung hat bei Besichtigung des Saales, ohne gegen die künstlerische Ausführung irgendwelche Einwendungen zu erheben, in dem Motiv von vornherein eine Schwächung und Verleumdung des Richterstandes erblickt zu müssen geglaubt. Sie hat, ohne auf die von anderer Seite lebhaft unterstützten Gegenüberstellungen des auf derartige Einwendungen gegen seinen Gedanken allerdings nicht vorbereiteten und äußerst betroffenen Künstlers irgendwelches Gewicht zu legen, die sofortige Beseitigung des Bildes aus dem Saale verlangt, weil dieser mit solcher Darstellung für die Benutzung durch Juristen durchaus unzulässig sei.

Humor und Satire.

General Stössel mühte nach seiner Entlassung in die Festung seine sämtlichen Orden dem Kriegsminister auszuhandeln. Der darunter befindliche Orden Pour le mérito wurde von der russischen Regierung dem deutschen Votschafter wieder zurückgegeben. Wer soll ihn nun tragen? Der Orden ist frei, denn wenn auch Stössel begnadigt worden sollte, so wird er ihn nicht wieder bekommen. Man dachte an Meyerbeer für seine Gugenotten; aber es stellte sich heraus, daß Meyerbeer schon tot ist. Nun wird der tapere General d'Amade als Kandidat genannt. Uebrigens will man sich bei der nächsten Friedenskonferenz im Haag über ein internationales Abkommen einigen, betreffend die Formen der Rückgabe ausländischer Ordensdekorationen solcher Personen, die nach der Dekoration zum Tode oder zur Zuchthausstrafe verurteilt worden sind.

Ein Hindernis. „Wie, Herr Graf, Ihre Gattin ist nicht hoffähig?“ - „Leider nein, sie hat einen großen Leberfleck unter der Blüte.“ (Jugend.)

Vor dem Amtsgericht einer kleinen Garnisonstadt sollten ein Lehrer und ein Leutnant als Zeugen vernommen werden. Der Amtsrichter mühte nach Gesetzesvorschrift die Zeugen in angemessener Zurückhaltung wandte er sich an den Offizier mit den Worten: „Sie, Herr Leutnant, brauchen ich ja selbstverständlich nicht auf die Bedeutung des Eides aufmerksam zu machen.“ „Dann fuhr er, gegen den anderen Zeugen sich wendend, plötzlich mit drohender Stimme fort: „Aber Sie, Herr Lehrer, muß ich wissen lassen, daß, wenn ein Eid offensichtlich falsch schwört, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird. Merken Sie sich das.“ (Simplicissimus.)

Notizen.

Theaterchronik. Im Leising-Theater werden „Die Stagen der Gesellschaft“ am nächsten Sonntag zum ersten Male in einer Nachmittagsvorstellung aufgeführt. - Waldemar Runge, der Oberregisseur des Debbel-Theaters, übernimmt für die Sommermonate teilweise das Neue Theater. - D. G. Hartlebens Briefe sollen zum Herbst herausgegeben werden. Alle, die Briefe und andere schriftliche Mitteilungen Hartlebens in Händen haben, werden gebeten, die Originale, die in kürzester Frist unbedenklich zurückgestellt werden, zur Abschrift an den Verlag S. Fischer, Berlin W., Wilhelmstr. 90, zu übersenden. - Ein fossiles Riesentier. Das größte aller bisher gefundenen fossilen Tiere ist der Diplodocoos, den Carnegie für das Museum von Pittsburg erworben hat. Nach einer französischen Meldung hat Carnegie von dem Riesentier Abgüsse machen lassen, von denen ein Exemplar nach Berlin kommen soll. Der Abguss ist 25 Meter lang und 6 Meter hoch.

Kurse haben, ob ein einzelnes Geschäft in sechs Wochen sie hat steigen oder sinken lassen, oder ob wirkliche Umsätze vorliegen. Die zitierte Bestimmung des § 74b ist aber keine Konzeption an diesen Gedanken, sondern öffnet nur dem Demunziantentum Tor und Tür. Jeder Konkurrent kann einen unlieblichen Geschäftsfreund verdrängen, und ihn dadurch zur Vorlegung seiner Bücher zwingen. Wir werden gegen den § 74b und gegen das ganze Gesetz stimmen. Das Vorschlagsgesetz hat in der Kommission eine Gestalt angenommen, wie so viele Gesetze des letzten Jahres, es begünstigt das Großkapital, und richtet seine Spitze gegen die Kleinen, gegen die Konsumenten, gegen die Arbeiter. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz (Rp.): Winderjährige sind durch die Börsenordnung vom Börsenbesuch ausgeschlossen. Bei der hohen Meinung, die die Sozialdemokratie von der Börse hat, wird sie uns also künftig den § 10a des Vereinsgesetzes nicht mehr so überlassen. (Beifall.) Mit dem Vorschlag hat die Reform des Börsengesetzes nichts zu tun. Aus unserem Entgegenkommen an die Effektenbörse kann uns das Zentrum keinen Vorwurf machen, ist es doch selbst in der Kommission von 1904 der Effektenbörse noch viel weiter entgegengekommen. Mit den Kartellen, die wir getroffen haben, können wir den Terminhandel ruhig freigeben, es wird den deutschen Kursen zugute kommen, wenn der Spieltrieb nicht mehr in lauten ausländischen Papieren ausüben muß. Was die Produktentlässe anlangt, so hat Dr. Frank es fertig bekommen, uns von zwei Seiten anzugreifen. Er hat einmal den allgemeinen Deklarationszwang gefordert und sich dann wieder dagegen gewehrt, daß wir im einzelnen Falle, wenn Verdachtsgründe vorliegen, die Deklaration der Geschäfte verlangen. Das ist doch nicht logisch. Die Strafvorschriften, über die sich die Berliner Börse so aufregt, sind doch notwendig, um Spiel und übermäßiger Spekulation einen Damm entgegenzusetzen. (Bravos rechts.)

Vizepräsident Kämpf teilt mit, daß das Zentrum namentliche Abstimmung über § 65 beantragt.

Abg. Dr. Wöhme (Witt. Ver.): Wir wollen die großen Schwankungen befeitigen, die durch den Terminhandel in Getreide- und Mühlenfabrikaten zum Nachteil der Landwirtschaft, aber auch zum Nachteil der Arbeiterschaft herbeigeführt werden würden. Unser Antrag, der die Abgrenzung des Börsenhandels, auch wenn sie ins Handelsregister eingetragen sind, vom Börsenhandel ausgeschlossen haben will, ist eine unbedingt notwendige Ergänzung des Gesetzes. Offenbar wird er angenommen werden. Dann können wir auch dem Gesetz unsere Zustimmung erteilen. (Beifall rechts.)

Handelsminister Delbrück: Es ist richtig, daß insoweit einer weitgehenden Ausdehnung des § 4 des Handelsgesetzbuchs ins Handelsregister tatsächlich Personen eingetragen sind, die nicht als Vollkaufleute angesehen werden können. Unter diesem Gesichtspunkt ist es gerechtfertigt, daß solche nur nebenher in das Handelsregister hineingeraten Personen vom Börsenhandel ausgeschlossen werden. Die verbundenen Regierungen haben daher gegen den Antrag Dr. Wöhme nichts einzuwenden. Dagegen ist der Antrag Bitter, das Verbot des Terminhandels auch in Vergewerks- und Fabrikantenteilen aufrecht zu erhalten, unannehmbar. Was die Bestimmungen des Entwurfs über die Sicherung des handelsrechtlichen Lieferungsgeschäftes in Getreide- und Mühlenfabrikaten anlangt, so ist Ihre Kommission auch hier im großen und ganzen der Regierungsvorlage gefolgt. Nun hat man eingewendet, daß die Bestimmungen des neuen § 65 auch mißbraucht werden könnten zu Spekulationsgeschäften an der Börse. Aber das soll ja § 66 verhindern. Wir sind der Ansicht, daß wirtschaftlich berechtigte Geschäfte durch diesen § 65 nicht alteriert werden sollen, daß nur wirtschaftlich unberechtigte Spielgeschäfte von ihm betroffen werden sollen. Auch in der Kommissionsfassung wird die Vorlage eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem bestehenden Zustand bringen. Ich freue mich, daß die Parteien der verschiedenen Richtungen sich zu solcher erfolgreichen Arbeit zusammengefunden haben. (Bravos beim Vokal.)

Abg. Mommsen (fr. Vp.): Gewiß hätten wir gern mehr erreicht, als uns in den Kommissionsbeschlüssen gegeben worden ist. Wir haben den Entwurf in mündlicher Hinsicht so erheblich verbessert, daß wir uns die erste Frage stellen vorlegen müssen, ob wir nicht lieber die ganze Reform scheitern lassen sollen, als das jetzt Erreichbare anzunehmen. Wir haben uns für das Letztere entschieden, weil wir sonst auf jeden neuen Versuch einer Börsenreform wohl lange warten müßten und weil zweitens doch manche bedeutungsvolle Verbesserungen erzielt worden ist. Diese liegen vor allem auf dem Gebiete der Rechtssicherheit. Manches Vorurteil der früheren Zeiten ist im Schwunden begriffen und die Erkenntnis in immer weiterer Kreise gedrungen, daß eine gesunde Börse und ein gesunder Börsenhandel durchaus notwendig sind. Die Kommission hat eine klare Grenze des Personaltreffes geschaffen, der zu Börsengeschäften berechtigt ist. Der Antrag Wöhme verweist diese Grenze zwar etwas, aber wir werden ihm doch zustimmen, schon damit man uns nicht nachjagt, wir wollten die kleinen Gewerbetreibenden in den Börsenhandel hineinziehen. Das auch der Getreideterminhandel notwendig ist für die Volksernährung von ungeheurer Bedeutung ist, wird jetzt von keiner Seite mehr bestritten. In dieser Hinsicht stimme ich dem Kollegen Frank bei. Auch ich halte die Wiedereinführung des Getreideterminhandels für vollkommen notwendig. — Noch ein Wort über die Strafbestimmungen. Es ist bedenklich, für geschäftliche Handlungen zu den zivilrechtlichen Folgen noch kriminelle Bestrafung eintreten zu lassen. Auch wir wollen nicht, daß verbotene Geschäfte an der Börse gemacht werden sollen. Nach dem Gesetz macht nicht der Tatbestand eines verbotenen Börsengeschäftes als solcher strafbar, sondern nur die Wiederholung derartiger Geschäfte unter gewissen Voraussetzungen. Die Strafe trifft die sogenannten Schwänger, und jeder anständige Kaufmann wird mit zugeben, daß es kein Anklug ist, wenn sich ein Schwänger ins Loch tummt. Schön ist ja nicht die kleine Strafprozedur, die wir jetzt in das Börsengesetz bekommen sollen, aber Dr. Frank kann es schon ruhig der Börse überlassen, sich damit abzufinden. § 74b gibt zudem den unschuldig Verdächtigten die Handhabe, sofort ihre Anschuldigung nachzuweisen. (Abg. Singer (Soz.) ruft: Warum führen Sie sie nicht auch für die Effektenbörse ein?) Das ist nicht notwendig, weil dort tatsächlich verbotene Geschäfte nicht gemacht werden. Nach einer Reihe von Jahren wird sich auch herausstellen, daß das Vertrauen gegen die Produktentlässe, aus dem die Strafbestimmungen geboren sind, unberechtigt ist. — Da das Gesetz das endliche Aufheben unzulässiger Zustände gewährleistet, werden wir einstimmig für die Kommissionsfassung stimmen. (Zustimmung beim Vokal.)

Handelsminister Delbrück erklärt, daß der Reichsanwalt bei den verbundenen Regierungen auf keine Anwendung der Bestimmung des § 4 des Handelsgesetzbuchs wirken werde.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Der § 51 der jetzigen Vorlage bedeutet eine verhängnisvolle Erweiterung des Spielereizes. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Aufspaltung von Kriminalstrafen auf Ordnungstrafen, die dies Gesetz vorseht, kommt sonst nur bei gewerbmäßiger Anzucht vor. (Beifall des Hörs! Hörs!)

Abg. Dr. Müller (Z.) erklärt, daß er nicht jedes Börsentermingeschäft als Spiel und Spekulation ansehe und daß auch er das Handelsregister dem Börsenregister vorziehe.

Abg. Dove (fr. Vp.): Der Terminhandel schädigt nicht die Arbeiterinteressen. Er führt nicht Schwankungen herbei, sondern gleich umgekehrt Schwankungen aus. Wir sind überzeugt, daß der Bundesrat die ihm übertragenen Befugnisse verständig ausüben wird. Mit der Abgrenzung des Personaltreffes für Termingeschäfte sind wir einverstanden und wir akzeptieren auch den Antrag Wöhme. Der Herr Abg. Dr. Frank hat einige Bemerkungen über die Börsenbeschränkung gemacht, von denen ich nicht recht weiß, was sie mit dem Gesetz zu tun haben. Wenn es eine „Revolutionspöbse“ gibt, so hängt das mit der Zulassung zur Börse nicht zusammen. Ich hoffe, daß wir mit diesem Gesetz endlich zu guten Rechtszuständen kommen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Herold (Z.): Der Antrag Wöhme war ursprünglich von meine Freunden in der Kommission gestellt und wurde damals von allen Parteien und auch von der Regierung bekämpft. Jetzt sind

alle diese Faktionen umgefallen. Das ist doch unendlich in der parlamentarischen Geschichte. (Sehr wahr! im Zentrum.) Dem Vokal zu Liebe soll jetzt die Landwirtschaft kooperiert werden. (Ausrufe rechts.) Wir aber wollen das Wohl der Landwirtschaft nicht von der politischen Konstellation abhängig machen. Die Liberalen haben Konzeptionen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft gemacht, weil sie hier Konzeptionen bekommen. (Beifall der Liberalen bei den Liberalen.) Wir wollen den Geistern der Börse nicht noch hegen und pflegen. (Beifall der Liberalen im Zentrum.)

Handelsminister Delbrück: Ich habe in der Kommission den Antrag Wöhme durchaus nicht abgelehnt, sondern nur gesagt, daß ich um dieser untergeordneten Zweckmäßigkeitsfrage willen mich nicht mit den Mehrheitsparteien überwerfen würde, und daß die Regierung im Interesse des Zustandekommens der Vorlage schwerere Opfer gebracht hat, als das Nachgeben bei dieser Kleinigkeit. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Dr. Noeide (L.): Das Zentrum hat den Milchzoll und den Gerstenzoll abgelehnt, und im Börsengesetz den Deklarationszwang. Das Zentrum kann uns also keine Vorwürfe machen. So schwach wie das Zentrum, je nach der politischen Konstellation, sind wir noch lange nicht. Wir sind der Meinung, daß wir etwas Gutes für die Landwirtschaft tun, wenn wir diesem Gesetz zustimmen. (Lautes Lachen im Zentrum.)

Abg. Herold erklärt die Begeisterung des Zentrums für Gerstenzoll und Milchzoll und hebt das Verdienst des Zentrums um die neuen Handelsverträge hervor. Die „Deutsche Tageszeitung“ habe die Börsengeschnelle zuerst bekämpft, dann geduldet, und jetzt rühme sie sie als großen Erfolg. (Zuruf im Zentrum: Die „Freisinnige Zeitung“ auch! Beifall im Zentrum.) In den Verhandlungen hinter den Kulissen sind die Konservativen umgefallen. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Abg. Dr. Noeide (L.): Das Zentrum war 1906 gegen jede Rückforderung aus Börsentermingeschäften. Wir erstreben immer nur das Erreichbare, und wenn wir den Milchzoll machen wollen, machen wir ihn mit Ihnen, Herr Herold, das verspreche ich Ihnen. (Große Heiterkeit.) Sie werfen uns langsame Vorbereitung eines Umfalles vor. (Abg. Trimborn (Z.): Spiegelberg, wir kennen dich! Große Heiterkeit.) Wir haben uns an Verhandlungen beteiligt, die das Gesetz zu einem guten gemacht haben, so daß auch das Zentrum dafür stimmen könnte. (Bravos rechts.)

Abg. Herold (Z.): Dann frage ich Dr. Noeide, warum er bei der ersten Beratung sich gegen das Gesetz erklärt hat. (Sehr gut! im Zentrum.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Personlich bemerkt

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich habe mich nicht gegen den Deklarationszwang ausgesprochen, wie Abg. Schulz gesagt hat, vielmehr habe ich ausgeführt, daß seine Idee mir sympathisch ist und daß ich ihn sogar auf die Effektenbörse ausgedehnt sehen möchte, überhaupt auf alle Geschäfte, auch auf solche, die durch ehrliebe Makler im politischen Leben abgeschlossen werden. (Große Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Zentrums abgelehnt, der Antrag Wöhme zu § 51 wird angenommen. Sämtliche Paragraphen der Artikel 3, 3a, 4 werden angenommen, § 65 in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 124 Stimmen. Die übrigen Teile des Gesetzes werden debattellos angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. (Dritte Beratung des Vereinsgesetzes und des Börsengesetzes.)

Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom Dienstag, 7. April, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Rheinbaben, Dr. Holle.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Nachtragsatzes für die Teuerungszulagen an die Beamten und Lehrer.

Die Budgetkommission hat die Grenze von 4200 M. Gehalt, bis zu der die mittleren Beamten Zulagen erhalten sollen, gestrichen, so daß alle mittleren Beamten sie erhalten sollen, wenn sie nicht den Wohnungsgeldzuschuß der höheren Beamten beziehen. Weiter sollen nach dem Kommissionsbeschlusse alle Lehrer mit bis zu 1200 Mark und alle Lehrerinnen bis zu 900 M. Grundgehalt berücksichtigt werden. Die Zulage für Lehrerinnen ist von 100 auf 125 M. erhöht worden. Beträgt das Grundgehalt der Lehrer mehr als 1200 M., aber weniger als 1350 M., das der Lehrerinnen mehr als 900 M., aber weniger als 1025 M., so ist die Zulage in Höhe des Betrages zu gewähren, um welchen das Grundgehalt bei Lehrern unter 1350 M. und bei Lehrerinnen unter 1025 M. bleibt. Gleichzeitige steht mit zur Beratung der Antrag Bachmann (natl.) und Genossen auf prozentuale Erhöhung aller Beamtengehälter.

Die Kommission beantragt, diesen Antrag abzulehnen.

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

Die Staatsregierung hat die Kommissionsbeschlüsse eingehend der Prüfung unterzogen und mich beauftragt, zu erklären, daß der Beschluß der Kommission, allen mittleren Beamten ohne Rücksicht auf das Höchstgehalt von 4200 M. die Zulage von 150 M. zu gewähren, nicht unbedenklich ist. Im aber Entgegenkommen zu zeigen, ist die Regierung bereit, diesem Beschluß zuzustimmen. Sie bittet aber, von allen weitergehenden Beschlüssen über den Beschluß der Kommission hinaus abzusehen, da diese von ihr als unannehmbar bezeichnet werden müßten. Die Staatsregierung hat den dringenden Wunsch, die Beamten ungesäumt in den Besitz der Zulagen zu setzen.

Kultusminister Dr. Holle: Namens der Staatsregierung habe ich zu erklären, daß sie den Beschlüssen der Kommission in bezug auf die an die Lehrer zu zahlenden Zulagen zugestimmt hat sich entschlossen hat. Dagegen bin ich auch ermahnt, weitergehende Anträge als unannehmbar zu bezeichnen. Insbesondere können wir bei der Kommission ausgetretenen Forderung nicht zustimmen, allen Lehrern eine Zulage zu gewähren, da dies Sache der Gemeinden ist, und wir mit der Gewährung von solchen Zulagen an alle Lehrer die Freiheit der Gemeinden beschränken würden. Es wird aber nichts die Gemeinden hindern, ihren Lehrern Zulagen zu gewähren.

Abg. Dr. v. Heddebrand (L.): Wir wollen die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage nicht übernehmen und werden ihr zustimmen. Die Läden, die jetzt noch vorhanden sind, werden wir uns im Herbst bemühen, auszufüllen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Kommissionsbeschlüsse zeigen gewisse Verbesserungen der Vorlage. Unser Antrag ist in der Kommission abgelehnt worden, er wird aber doch bei der Beschlusausfertigung im Herbst wiederkommen. Ich möchte an den Minister die Frage richten, ob er im Herbst die Beschlusvorlage bestimmt einbringen will, und erwarte eine klipp und klare Antwort. (Bravos bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Ich kann die Erklärung abgeben, daß die Vorlage selbstverständlich bestmöglich im Herbst eingebracht werden wird. (Bravos!)

Abg. Dr. v. Savigny (Z.) bedauert, daß es nicht möglich war, über die Kommissionsbeschlüsse hinaus etwas zu erreichen.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Vp.): Die ablehnende Haltung des Finanzministers gegenüber etwa noch zu stellenden Anträgen ist tief bedauerlich. Schuld an der Verschleppung der Beschlusvorlage hat allein die Regierung. Daß die Finanzreform auch im Herbst noch nicht erledigt ist, davon sind wir alle überzeugt. Ich muß daher die Behauptung, daß die Schuld für die Verzögerung an Reichs liegt, entschieden zurückweisen. (Sehr richtig! links.) Die zarte Rücksichtnahme, die jetzt auf die Selbstverwaltung genommen wird, wäre ja sehr schön, wenn sie nicht beschränkt bliebe auf solche Finanzfragen, bei denen der Fiskus Vorteile zu erlangen hofft. Wir hätten selbstverständlich eine Gesetzesvorlage

lieber gehabt als das Gliedwerk, zu dem die Städte nur durch die Not der Zeit sich gezwungen sehen. Wir wünschen eine baldige Befreiung der Städte nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Lehrerschaft, und zwar unter Rücksichtnahme auf die geänderten Verhältnisse derjenigen Kommunalverwaltungen, die schon jetzt den veränderten Lebensbedingungen gemäß mit Gehaltserhöhungen vorgegangen sind. (Beifall der Sozialdemokraten.) Ich möchte an die Regierung die Bitte richten, daß die Befreiungserhöhung so gestaltet werde, daß nicht nur die Herabdrückung des Lebensniveaus der Beamtschaft ausgeglichen, sondern den Staatsbeamten die Stellung gewährleistet wird, die ihnen gebührt als Träger der Autorität. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Sehlitz (Z.): Wir werden mit allen Kräften dahin wirken, daß die berechtigten Wünsche der Beamten im Herbst erfüllt werden.

Abg. Broemel (fr. Vp.): Wir haben mit großem Bedauern gesehen, daß in der Vorlage soviel berechtigte Wünsche unerfüllt geblieben sind. Die Streichung der 4200 M.-Grenze wird leider wieder der Sache letzter durch die Bestimmung bezüglich des höheren Wohnungsgeldzuschusses. Im Vorjahre sind bei den Zulagen die preußischen Beamten zum Teil schlechter wegkommen, als die Reichsbeamten. Falls das wieder vorkommen sollte, halten wir die Einbringung eines neuen Gesetzes zum Ausgleich für nötig.

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung wird angenommen.

§ 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Zu § 2 gibt der Kultusminister Holle eine Erklärung ab, daß die Regierung nicht in der Lage sei, der Resolution der Budgetkommission wegen Einbringung einer Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Geistlichen noch in dieser Session stattzugeben. Es handelt sich um zwei bedeutsame Staatsgesetze, das eine für die evangelische, das andere für die katholische Geistlichkeit. Das erste umfaßt noch die Regelung der Ruhegehaltsklassen. Die königlichen Instanzen haben in dankenswerter Weise ihre Mitwirkung an der bevorstehenden Regelung in Aussicht gestellt. Durch die Verzögerung der Vorlage werden jedenfalls Nachteile für die Geistlichen nicht entstehen. Es ist Vorzuzug getroffen worden, den geistlichen Bedürfnissen eine Vorzugszulage auf die Gehaltsaufbesserung zu leisten. Auch hinsichtlich der katholischen Kirche wird die Aufbesserung dank dem Wohlwollen der Bischöfe zu gleicher Zeit erfolgen können.

Auf Antrag des Abg. Freiherr v. Sehlitz wird die Resolution an die Budgetkommission zurückverwiesen. § 3 wird erledigt. Sodann wird der Antrag Bachmann und Genossen abgelehnt. Die vorliegenden Petitionen werden für erledigt erklärt. Es folgt sofort die dritte Beratung.

Abg. Kopsch (fr. Vp.) fragt den Minister, ob die Zulagen steuerpflichtig seien und ob die zurückgestellten militärdiensttauglichen Lehrer ebenfalls in den Besitz der Zulage kommen sollen. Schließlich, ob den Hauptlehrern die Funktionzulage auf das Grundgehalt anzurechnen sei. Durch die Teuerungsgesetze im Reich haben nun gerade die Industriegebiete, die großen Gemeinden, am meisten zu leiden gehabt. Jetzt bürdet man ihnen auch die Folgen dieser Teuerungspolitik auf. Man überläßt es den Gemeinden, Schulhäuser zu bauen, gibt ihnen aber nicht das Verfügungrecht darüber. (Abg. Wusch: Das gehört nicht hierher!) Nicht einmal der Oberbürgermeister von Berlin hat das Recht, einen Versuch aus der Ferne in die städtischen Schulen einzuführen. Aber auch für die Gemeinden gibt es eine Grenze der Leistungsfähigkeit, und wenn sie nicht imstande sind, die berechtigten Forderungen der Lehrer zu befriedigen, muß Unfriede zwischen der Kommune und der Lehrerschaft eintreten. Ich hoffe, daß im Herbst den wohlwollenden Worten auch wohlwollende Taten folgen werden.

Damit schließt die Besprechung. Die einzelnen Paragraphen werden ohne Debatte angenommen, ebenso Überschrift und Einleitung, darauf einstimmig das Gesetz im ganzen.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Anstaltengesetzes von 1880.

Abg. Graf Prasanna (Z.) betont die Notwendigkeit, die Anstaltensystemkommission durchzuführen, und führt aus, daß die Anstaltensystemkommission keinen Erfolg gehabt habe. Heute sei man von dem Ziele, den Frieden in den Ostmarken herbeizuführen, weiter entfernt als je.

Abg. v. Wenzel (L.): Wir verlangen im Interesse des Deutschlands eine starke, energische Ostmarkenpolitik. Wünschenswert ist die größere Berücksichtigung der Söhne der Anstalt bei der Vergütung von Anstellungen. Bitten möchte ich um baldige Reorganisation der Anstaltensystemkommission.

Abg. Dr. v. Tziembowski (Volk.) erklärt, daß das Ostmarkenproblem lediglich durch Gerechtigkeit auf deutscher Seite gelöst werden könne.

Landwirtschaftsminister v. Arnim verteidigt die Maßnahmen der Anstaltensystemkommission.

Abg. Lufenski (natl.): Die Verheerung in den Ostmarken ist von den Polen den Deutschen gegenüber geübt worden, durch eine nichtswürdige Presse sind unwahre Behauptungen in des Publikums gebracht worden. (Beifall.) Sehr zu beklagen ist, daß die Beamten vielfach einen gewissen Kalkülgeist belätigen; sie bilden eine Clique für sich und ziehen sich von der Bürgerpflicht zurück.

Abg. Wolff-Bissa (fr. Vp.): Soweit die Anstaltensystemkommission eine politische Waffe sein soll, müssen wir uns dagegen erklären. Dem kleinen Kaufmann und Händler wird durch die staatlich unterstützten Genossenschaften solche Konkurrenz gemacht, daß er sich nicht halten kann, er wandert ab.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. (Entwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Kiel, Antrag Gamp betreffend Freisetzung für Wahlmänner. Fortsetzung der heute abgebrochenen Verhandlung über die Anstaltensystemdenkschriften. Vorlage betreffend die Haftpflicht der Beamten.)

Schluß 4¼ Uhr.

3. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

Kassel, 6. April 1908.

Erster Verhandlungstag.

Im folgenden Bericht über den Verlauf der Verhandlungen im Gewerkschaftshause, tagt der 3. Verbandstag der Steinarbeiter. Den gedruckten vorliegenden

Geschäftsbericht

ergänzt der Vorsitzende Starke-Kölsch. Redner führt aus, daß die Hoffnungen, die man sich in Nürnberg bei Anstellung der Haupteiter betreffs Teigerung der Mitgliederzahl gemacht hat, sich während des Jahres 1906 erfüllt haben, während im Jahre 1907 sich schon die bedenklichsten Wetterzeichen einer herankommenden Krise bemerkbar machten. Ein Zeichen des Niederganges sei es ohne Zweifel, daß die Unternehmer alle noch zu Recht bestehenden Tarifverträge kündigen, um mit Hilfe ihrer den Arbeitern nachgeahmten Organisation die Arbeiter wirtschaftlich herabzudrücken. Wenn aber auch die Hoffnungen betreffs Steigen der Mitgliederzahl sich nicht ganz erfüllt haben, so sei doch die Institution der Haupteiter eine segensbringende für den Verband, die sich besonders bei der inneren Entwicklung des Verbandes bewährt habe und bei Abfall von Tarifen über unentbehrlich genannt werden müsse. Die Mitgliederzahl ist von 18 402 im Jahre 1906 auf 19 175 im Jahre 1907 gestiegen, ein Mehr von 773 gleich 4,2 Proz. Im Berichtsjahre wurden 77 neue Mitglieder gezählt, eingegangen sind 53, andere haben sich verabschiedet, so daß zurzeit der Verband 337 Mitglieder zählt, gegen 320 im Jahre 1906. Durch die Einführung der Anstaltensystemkommission ist die Plakation der Mitglieder eingedämmt. Im Verbande bestehen zurzeit und auf Grund der Erhebungen festgestellt 154 Tarife und vier mündliche Abmachungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den mündlichen Abmachungen wird berichtet, daß sie bisher von den in Frage kommenden Unternehmern eingehalten wurden. Sehen wir von den mündlichen Vereinbarungen ab, so werden durch die jetzt bestehenden Tarife die Lohn- und Arbeitsbedingungen in 150 Arbeitsstellen des

Verbandes geregelt. Dadurch haben die Sandsteinmehlen in 83 Orten, die Granitsteinmehlen in 50, Marmorsteinmehlen in 29, Granit Schleifer in 31, Marmor Schleifer in 26, Brecher in 27 und Kieselsteinmehlen in 11 Orten geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Alle Berufsgruppen werden durch die bestehenden Tarife mehr oder minder berührt. Durch den glücklichen Ausfall eines Streiks im Fichtelgebirge wurde dort ebenfalls ein Bezirksrat erzielt, der für die dortigen Steinarbeiter enorme Vorteile bringt. — Redner schilderte sodann eine Lohnbewegung in Strahlen und Ströben, wo sich so recht herausgestellt habe, wie die Wohlfahrtsvereine, Wohnhäuser usw. lähmend auf die Arbeiter wirken und direkt zur Fessel für dieselben werden. Die Arbeitgeber in der Steinindustrie gehen äußerst hart vor, wie ein Beispiel aus Weihen lehrt. Der dortige Unternehmer Köhler kann als Hauptcharakteristiker bezeichnet werden, der den Ruf hat sich in Ansporn nehmen darf, unter den Steinarbeitern die erste gelbe Gewerkschaft gegründet zu haben. Er beschäftigt keine freigeordneten Arbeiter und lehnt jede Verhandlung mit der Verbandsleitung ab.

Besonders hart war auch der Kampf, der für den Abschluss von Tarifverträgen im Puschellalgebiet geführt werden musste, indem dort die kleinen Unternehmer, bei denen Streikbrecher sich geblieben waren, die Arbeit für die größeren Firmen anfertigten. Beide Jahre sind reich an Kämpfen für den Verband gewesen, wobei derselbe öfter betonen konnte, daß der Steinarbeiterverband seinen Kampfcharakter durch die Unterstützungseinrichtungen durchaus nicht eingebüßt hat.

Von Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden wußte Starke nichts zu berichten, sondern er betonte, daß durch Abschluss der Kartellverträge die Verbände im besten Einvernehmen zusammenarbeiten.

Ueber die Unterrichtskurse der Generalkommission sprach Redner sich lobend aus und gab seiner Freude Ausdruck, daß auch die Steinarbeiter trotz ihrer armen und harten Arbeit für Bildungsbefreiungen empfänglich sind, und daß dem Wunsche der Mitglieder, diese Kurse der Allgemeinheit nutzbar zu machen, möglichst stattgegeben werden soll.

Die Ausführungen des Kollegen Starke klangen aus in der Forderung, nunmehr Kritik zu üben, damit die Richtlinien für den Verband wiederum scharf gezogen werden im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Dem schriftlich vorliegenden Vorstandsbericht ist weiter zu entnehmen, daß im Jahre 1908 35 Angriffstreiks, an denen 50 Orte mit 212 Betrieben beteiligt waren, stattgefunden haben. Die Ursachen zu diesen Streiks waren Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnsteigerungen resp. Tarifabschlüsse. Diese Streiks verursachten eine Ausgabe von 133 498 M. Davon entfielen auf die Zentralkasse 127 579 M. In sechs Orten mählten Umwehrstreiks geführt werden, die Ursachen waren Lohnregelungen und Lohnreduktionen. Die Kosten beliefen sich auf 7214 M., davon zahlte die Hauptkasse 7075 M. In fünf Fällen verhängten die Unternehmer die Sperre über die organisierten Steinarbeiter. Die längste Dauer war 24, die längste Dauer 85 Tage. Die Kosten beliefen sich auf 31 382 M. Davon zahlte die Hauptkasse 25 930 M. Die Beteiligung an Streiks anderer Berufe erforderte die Summe von 790 M. Im Jahre 1907 hatte der Verband 53 Lohnkämpfe zu führen; für diese wurden von der Zentralkasse 150 850 M. und aus den Lokalstellen rund 16 400 M. verausgabt. Es wurden 34 Angriffstreiks in 41 Orten mit 118 Betrieben geführt. An denselben waren zum ersten Male auch 21 Frauen, welche nicht organisiert waren, beteiligt. Ursachen der Streiks waren Forderungen auf Lohnsteigerung, Vereinfachung miltelbarer Personen, Verweigerung von Streikarbeit, geregelte Lohnzahlung und Aufrechterhaltung des Tarifs. Auch Aussperrungen wurden in sechs Fällen verhängt. Dieselben kosteten dem Verbande 19 384 M. Lohnbewegungen ohne Streiks fanden im letzten Jahre 58 statt. Das Resultat der Lohnbewegungen war eine Gesamtarbeitszeitverkürzung pro Woche um 6710 Stunden, welche 1765 Kollegen zugute kam, ebenfalls sind Erhöhungen der Stundenlöhne von 2 bis 10 Pf. zu verzeichnen; die Erhöhungen der Wochentarife bewegten sich zwischen 2 bis 25 Prozent.

Infolge der vielen Lohnbewegungen konnte die Agitation nicht so intensiv betrieben werden wie notwendig. Gewarnt sei jedoch, daß die hauptsächlichsten Gebiete bearbeitet sind und größere Massen dem Verbande nicht mehr fernstehen. Die Sandsteinarbeiter sind vorzüglich organisiert. Die Hauptaufgabe war und ist, die Granitbezirke zu bearbeiten. Einige hundert Granitarbeiter wurden im letzten Jahre besonders in Striegau und Hälisch dem Verbande zugeführt. Aus den entlegensten Gebirgsdörfern müssen die Steinarbeiter größtenteils ihre neuen Mitglieder holen. Abgeschlossen von allen übrigen Klassenangelegenheiten, gewöhnlich in fester Obhut der Gewerkschaft, sind diese Kollegen ein schwer zugängliches Menschenmaterial. Vorurteil und Böswilligkeit, geschürt und gestärkt von den Unternehmern selbst, ersticken jeden Organisationsgedanken bereits im Keime.

Der Kassierer Geiß gibt den

Kassenbericht.

Die Gesamteinnahme stieg von 304 575,20 M. im Jahre 1907 auf 408 649,20 M. Dies ist eine Steigerung von 34,4 Proz. gegen das Vorjahr. Die Gesamtausgabe betrug 571 238,38 M. Das Verbandsvermögen betrug am 1. April 1908 305 066,01 M. Unter der Ausgabe befindet sich allein die Summe von 34 457,71 M. für Agitation, dies macht pro Kopf der Mitglieder eine Ausgabe von 1,50 M., ein Beweis von der rührigen Agitation, die betrieben worden ist. Die Ausgaben für Streiks sind nur um rund 200 M. höher als 1906, während für Gemahregelunterstützung rund 8000 M. weniger verausgabt wurden. Die Reiseunterstützung hat sich um rund 4500 M., die Ausgabe für Rechtschutz und Prozesskosten um circa 2000 M. erhöht.

Von der Unterstützung in besonderen Nothfällen entfällt der größte Teil auf die Familien der durch den Landfriedensbruchprozess (Wohmannsdorf) zu Gefängnisstrafen verurteilten Kollegen.

Den

Bericht über die Presse

erhalten der Redakteur Staudinger. Die Auflage des Verbandsorgans schwankte 1907 zwischen 23 000 und 24 000 Exemplaren. Daraus geht schon hervor, daß mit Agitationsmaterial nicht geknauert worden ist. Außerdem ist der „L'Operario Italiano“ verbreitet worden. Besonders Augenmerk ist im Berichtsjahre den gewerbegerichtlichen Entscheidungen entgegengebracht worden. Den Steinarbeitern dürfte diese laufende Berichterstattung sehr willkommen sein. Das Entgegengeleitete dürfte bei den Unternehmern zutreffen, denn es ist einigen davon doch nicht ganz gleichgültig, wenn ihre Tarifregelung öffentlich gebrandmarkt wird. Unsere Kollegen tun auch fernerhin gut, bei Gewerbegerichtsstreitigkeiten, wo insbesondere Tarifverträge durch die Unternehmer zum Austrag kommen, sofort einen sachlichen Bericht an die Redaktion einzusenden. Diese Berichterstattung wird in zweifacher Hinsicht Erfolge zeitigen. 1. Wird das Gewissen der Unternehmer geschärft, indem sie die tariflichen Bestimmungen besser einhalten, und 2. unsere Kollegen, die bei vielen Lohnkürzungen ein Auge zudrücken, werden aufgemuntert, mehr als wie bisher ihre Rechte wahrzunehmen. Im Jahre 1907 ist die Redaktion befürchteterweise nicht mit der Staatsanwaltschaft in Kollision geraten.

Eine bedeutende Vergrößerung erfuhr im Berichtsjahre die Redaktionsbibliothek. Das Geld für diese Ausgaben ist sehr zinsbringend angelegt. Bei der Anschaffung von Büchern wurde die

technische und volkswirtschaftliche Literatur besonders berücksichtigt. Wichtig sei, daß die Preiskommission unseren diesbezüglichen Wünschen in der loyalsten Weise zustimmte.

Die Berichterstattung der Verammlungsschriftführer ist im allgemeinen eine frohe geworden. Wenn noch nicht alles Haupt, so liegt das daran, daß die Schriftführer oft recht schnell gefunden sind, ihre Kosten sofort niederzulegen. So glaubt die Redaktion alles getan zu haben, um das Organ der Steinarbeiter so auszubauen, daß es jederzeit als führendes Organ in der modernen Arbeiterbewegung Geltung hat. Der

Bericht des Ausschusses

bietet nur interne Verbandsangelegenheiten, wie Ablehnung von Gemahregelunterstützung, Rechtschutz usw., die für die breite Öffentlichkeit kein Interesse haben, dadurch erübrigt sich eine Wiedergabe. Abgehalten wurden 24 Sitzungen, davon sagten Zentralvorstand und Ausschuss in vier Sitzungen gemeinsam. Kollege Eulitz erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Es sind 84 Delegierte, Vorstands- und Ausschussmitglieder, der Redakteur des Verbandsorgans, Genosse Knoll als Vertreter der Generalkommission und Gäste aus Wien, Kopenhagen und Budapest anwesend.

Nachdem die ausländischen Gäste zur kurzen Begrüßung das Wort erhielten, erfolgt die

Debatte über den Vorstandsbericht.

Dieselbe wird äußerst lebhaft geführt. Baumgarten (Berlin) glaubt dem Wunsche des Vorstandes nach früherer Anmeldung der Streiks damit beizugehen zu können, daß er wünscht, auch der Vorstand möge etwas schneller arbeiten und seine Entschlüsse den Arbeitstellern mitteilen. Nach seiner Meinung arbeitet der Vorstand recht bürokratisch. Wunderlich (Chemnitz) beklagt sich über die Kürzung der Berichte im Jahrgang. Seidel (Dresden) gibt der Meinung Ausdruck, daß die ganze Arbeitskraft der Gaulteiler durch die Lohnbewegung absorbiert werde und daß aus diesem Grunde die Erfolge in der Agitation im letzten Jahre hätten bessere sein können. Dem Kassierer gibt er den Rat, sich mehr Einfluss im Vorstand zu sichern und hartherziger im Punkte Bewilligung der Streikgelder zu sein. Bei Erhebung von Extratreuern will Redner einen Einheitsfuß für alle Klassen haben. Zur Presse äußert derselbe den Wunsch, daß der Kollege Staudinger mehr lehrreiche Artikel bringe, damit die Kollegen auf dem platten Lande sich besser bilden können. Ferner ist derselbe der Meinung, daß die Alarmartikel im Jahrgang über die Erfolge der Steinarbeiter keinen Zweck haben und den Unternehmern nur unnütz die Augen öffnen. Kitzinger (Wien) gibt dem Vorstand den guten Rat, selbst genau auf Innehaltung der sanitarischen Bestimmungen zu achten und den groben Ton, den Vorsitzender und Redakteur zuweilen gegen die Mitglieder ansetzten, sich abzugewöhnen. Arnold (Kaiserslautern) wünscht eine Aenderung der Taktik und größere Vorsicht bei Streiks, da dadurch dem Verband viel Geld gespart werden könne.

Rothe (Küders) wünscht, daß die Gaulteiler, die den Kursus besucht haben, selbst in ihren Bezirken keine belehrende Vorträge zur Heranbildung der Mitglieder halten. Auch auf die Sperrtafel im Jahrgang müsse mehr Rücksicht genommen werden.

Tennobusch (Düsseldorf) schildert, wie in Rheinland und Westfalen belgische Arbeiter samt ihren Frauen zur Arbeit hergeholt werden. Ueber die Umgangsgewohnheiten des Vorstehenden werden noch weitere Wünsche laut. Durch die ganze Debatte zieht sich wie ein roter Faden das Bestreben, den Verband groß und stark zu machen, damit er seinen Mitgliedern Schutz und Schirm zu bieten vermag.

Knoll, Vertreter der Generalkommission meint, daß nie und nimmer das Vorgehen der Arbeitgeber durch die Schreibweise und Haltung des Jahrgangs bestimmt werde. Es liege nicht im Interesse des Verbandes, Vektorei zu betreiben, die tatsächlichen Verhältnisse im Verbands münden objektiv darzustellen. Zum Gaulteilerthemen übergehend, meint Redner, daß die Arbeitgeberorganisationen heute ihre besten Kräfte, ja sogar je nach Umständen die Leute an die Spitze stellen, denen der einfache Arbeiter nicht gemachig sei. Bei Lohnbewegungen dokumentieren sich der Vorstandstätiger Gaulteiler. Im Steinarbeiterberuf, wo die Zahlstellen bis in die entlegensten Winkel zerstreut sind, wo die Leute gewissermaßen an die Schwelle gefesselt sind, ist das Gaulteilerthemen einfach unentbehrlich. Redner warnt davor, auf die Gewerkschaftslehre Kollegen zu schicken, die nur das ABC der Bewegung kennen. Die besten und tüchtigsten sollten dort teilnehmen, um ihr Wissen und Können in theoretischer Form zu vergrößern.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsgramme wird der erste Verhandlungstag geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel.

Im März 1908 betrug im Vergleich mit dem März 1907 für die 13 Positionen der voranstehenden Ausweise des Statistischen Amtes in Doppelzetteln:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1908	1907	1908	1907
Baumwolle	474 142	433 045	41 687	33 895
Blod, getrocknet, ge-				
schlungen usw.	67 008	60 423	5 674	9 853
Hanf, desgl.	27 653	40 586	8 319	17 810
Leinwand und Jutezeug .	181 116	222 840	3 909	141
Werkstoffe i. Schweiß	95 180	93 392	1 673	324
Kreuzschiffwolle im				
Schweiß	80 670	125 147	776	790
Eisenerze	5 284 789	9 195 243	2 064 484	3 396 221
Steinlohlen	9 947 715	8 055 892	17 905 748	15 800 849
Braunlohlen	8 376 174	7 767 273	20 255	12 838
Erzöl, gereinigt	906 797	828 854	321	398
Chlorkalipeter	1 084 025	900 658	44 855	35 601
Phosphor	242 302	243 175	211 916	206 486
Kupfer	149 426	87 800	5 409	6 275

Die stärkste Verschiebung zeigt sich bei Eisenerz. Die Einfuhr ist um annähernd 4 Millionen Tonnen, gleich 40 Proz. gesunken; in der Ausfuhr ergibt sich ein Rückgang um $\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen, gleich 22 Proz. Auch die Phosphoreinfuhr ist um 28 Proz. zurückgegangen.

Dividendenlegen.

Die Bergbau-Gesellschaft „Konordia“ verteilt für das letzte Jahr wiederum 22 Proz. Dividende. 8 Prozent, wie im Vorjahre, erhalten die Aktionäre der Deutsch-Böhmischen Wollwerke in Dresden.

Der Aufsichtsrat der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Sulkan“ beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 14 Prozent, wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

Am 14. Prozent, gegen 16 Prozent im Vorjahre, stehen den Aktionären der Steinzeugwarenfabrik und Gemischen Fabrik in Friedrichsfeld (Baden) zu.

Wiederum 19 Prozent schüttet die Stettiner Chamottefabrik A.-G. aus.

Die Waggonfabrik Gebrüder Hofmann schlägt bei Abschließungen, welche von der Verwaltung als bedeutend bezeichnet werden, eine Dividende von 35 Prozent (im Vorjahre 23) vor.

Die Gebr. u. Co. A.-G. in Dresden bringt 14 Prozent Dividende heraus, gegen 13 Prozent im Vorjahre.

Die gleiche Dividende wie im Vorjahre, nämlich 8 Prozent erhalten die Aktionäre der Rotung A.-G. in Duisburg.

Die Dividende der A.-G. für Eisenbahnwagenbau in Breslau wurde auf 20 Prozent festgesetzt.

12 Prozent schüttet die Fabrik für Nähmaschinen-Stahlapparate in Berlin aus.

Die Aktionäre der A.-G. für Gas- und Elektrizität in Köln erhalten wiederum 6 Prozent.

Wie im Vorjahre, 10 Prozent, bringt die Deutsche Portlandzementfabrik „Adler“ heraus.

Segen der Agrarzölle.

Der Kaufmann Weile in Hammerstein hat das zirla 1700 Morgen große Gut Hütte, das er kurz vorher für 200 000 M. erworben, mit einem Aufschlag von 50 000 M. weiter verkauft.

Mittlergutsbesitzer Neumann in Klein-Geirichsdorf bei Reseritz hat seine Besitzung, die er vor drei Jahren für 450 000 M. erstand, für 600 000 M. verkauft.

Ueberproduktion. Die Vorräte von Koks nehmen, wie die „Münchener Volkszeitung“ schreibt, immer mehr zu und haben auf einigen größeren Lagerplätzen des Kohlenhandels bereits bedeutenden Umfang angenommen. Auch auf dem großen Lagerplatz in der Nähe des Dörmunder Hafens sollen, wie vor mehreren Jahren, wieder Koks vorräte angesammelt werden, ebenso auf dem bei Emden gelegenen Lagerplatz. Außerdem sind mehrere Güterzüge zur Lagerung von Koks genötigt, weil sie über ihre Beteiligung beim Kohlenhandel hinaus erzeugen und ihr Selbstverbrauch zurückgegangen ist.

Fortdauer der amerikanischen Rückwanderung. In den beiden ersten Monaten dieses Jahres haben nicht weniger als 109 151 Zwischenpassagiere von atlantischen Häfen aus die Rückreise nach Europa angetreten, während im ganzen 82 200 Passagiere der gleichen Klasse gelangt sind. Im Vorjahre wurden während des gleichen Zeitraumes 88 181 Einwanderer gezählt, so daß die Einwanderung heute um 55 371 hinter jener der Monate Januar und Februar des verflohenen Jahres zurückgeblieben ist. Das Bild stellt sich dar, wenn man den Auswanderertransport über Hamburg betrachtet. Er betrug im Januar-Februar:

	Uebershaupt	Deutsche allein
1899	6868	1073
1900	10828	1269
1901	6869	1076
1902	16221	1788
1903	17431	2303
1904	14925	1900
1905	19620	1484
1906	22461	2195
1907	26109	2421
1908	8009	2282

Die letzten drei Jahre der Hochkonjunktur treten plastisch hervor und lassen erkennen, daß sie in Nordamerika noch fester war als sonstwo und insolgedessen große Massen an sich zog. Nunmehr beginnt die Abwanderung sogar den amerikanischen Kapitalisten bedenklich zu werden und sie stimmen jetzt das Lamento an, daß ihre europäischen Kollegen die ganze Zeit her so unermüdlich abblutet: das Lamento über den Arbeitermangel. Die amerikanischen Kapitalisten hoffen nämlich noch immer auf eine baldige Beendigung der Krise.

Das Arbeitsvermögen unserer Wasserläufe.

Mehrere Ingenieurvereinigungen haben sich in letzter Zeit mit der Frage der Ausnutzung der Wasserkräfte unserer Flüsse, die die Volkswirtschaft belastet. Der Stadtgenieur J. Meyer-Chemnitz hat das ausnutzbare Arbeitsvermögen der größeren Flüsse des Norddeutschen Reiches auf 878 000 PS*) berechnet. Davon werden bis jetzt nur einige Tausend PS ausgenutzt.

Die Kupferarmadung der Wasserläufe hätte — mit verhältnismäßig geringen Mehrkosten — schon überall da vorgenommen werden können, wo Flußkorrekturen und Kanalisierungen ausgeführt worden sind. Ein Ingenieur Brühmann berechnet, daß bei der — jetzt beinahe beendeten — Weickerkorrektur 54 200 PS hätten gewonnen werden können, was im Mittel einen nationalökonomischen Gewinn von 3 Millionen Mark jährlich darstellen würde. Eine durch Wasserkraft gewonnene PS soll sich um jährlich 82 M. billiger stellen, als eine PS durch Dampf erzielt. Natürlich hätten die erforderlichen Bauten und Einrichtungen gleichzeitig mit der Flußkorrektur hergestellt werden müssen.

Bei den jetzt neuerdings gebauten Talperrten sind Einrichtungen vorgesehen, durch welche die Kraft des abfließenden Wassers in elektrische Energie umgewandelt und durch Kabel nach oft weit entfernten Verwendungsstellen geleitet wird. Die größte Entfernung, auf welche elektrische Energie, die durch Wasser erzeugt ist, übertragen wird, beträgt 650 Kilometer.

Neuerdings wird die Ausnutzung der Wasserkräfte der Viktorialfälle am Jambeß beabsichtigt. Einer Gesellschaft ist die Entnahme von 250 000 PS erlaubt worden. Geabsichtigt wird, die gewonnene elektrische Energie bis auf 1000 Kilometer Entfernung und mit 150 000 Volt Spannung nach den Bergwerken Transbaals zu leiten. In Bergwerken verwendet man jetzt schon vielfach Wasser zur Arbeitsleistung, indem das Wasser eines Gebirgsbaches teilweise oder auch ganz mittels Rinnen oder Röhren nach dem Bergwerk geleitet und dort zu Gesteinsbohrungen verwendet wird. Je höher der Fall des Wassers ist, desto größer die Arbeitsleistung. Im Jonasschacht bei Freiberg i. S. arbeitet ein Wasserläufchen mit acht Liter Zuführung in der Sekunde. Diese geringe Wassermenge entwickelt bei einem Fall von 270 Meter eine Kraft von 25 PS.

*) Diejenige Kraft, die 1 Kilogramm in einer Sekunde 1,0 Meter hochhebt, wird als 1 Pferdekraft, PS bezeichnet.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	6.4.	5.4.	6.4.	5.4.	
	cm	cm	cm	cm	
Remel, Müst	575,7	+7	Saale, Großsch	220	+5
Regel, Zisterburg	397	-8	Saale, Spandau	144	+4
Reichel, Tross	308	+10	Stahleim	179	-1
Dder, Naibber	307	+2	Spre, Spremberg	102	0
• Krossen	177	+5	Seebau	178	-4
• Brandst	176	0	Weser, Röhben	89	+3
Wartze, Schrimm	104	+2	Winden	100	+2
• Landsberg	142	-2	Rhein, Wargmühlau	428	+3
Rebe, Barmann	92	-2	• Raab	247	+4
• Eide, Leitmeritz	97	+4	• Rilm	284	+9
• Dresden	6	-1	Redar, Weidrom	148	-4
• Sorb	272	+10	Rain, Westheim	208	-2
• Wargburg	228	+3	• Rost, Teter	-	-

+) + bedeutet Wuchs, — Fall, — *) Unterpegel, — *) heute um 6 Uhr morgens 579 cm.

Schutz gegen Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um erfolgreich den Kampf gegen die eindringenden Influenzabakterien aufzunehmen. Die Wirkung des Blutes muss stärker sein, die Herabsetzung erhöht werden; deshalb trinke man $\frac{1}{2}$ Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je $\frac{1}{2}$ Glas

Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1.** Donnerstag, den 9. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Ernst Junke, Triftstr. 41. Vortrag des Redakteurs Genossen Karl Schulz.
- 2.** Freitag, den 10. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Feisch, Badstr. 12.
- 3.** Freitag, den 10. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Sauer, Schönhauser Allee 131a.
- 4.** Donnerstag, den 9. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen August Jick, Warschauer Straße 61.
- 5.** Donnerstag, den 9. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen J. Meyer, Cranienstr. 103. Vortrag.
- 6.** Freitag, den 10. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Julius Meier, Schönhauser Allee 131a.
- Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Donnerstag, den 9. April 1908, abends 8 1/2 Uhr, in den neuen Rathensaalen, Weininger Straße 8:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom ersten Quartal.
 2. Anträge zum Verbandstag.
 3. Verbandsangelegenheiten.
- Bahrscheinlich Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 12. April, vormittags 10 Uhr bis 2 Uhr nachmittags

Wahlen

der Delegierten zum Verbandstage in Stettin und eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress

in folgenden Lokalen statt:

- Gabel, Bergmannstr. 5-7. Voeker, Weberstr. 17.
 Mähling, Admiralsstr. 18e. Obiglio, Schwedterstr. 23.
 Muhs, Mantuffelstr. 95. Raabe, Kolbergerstr. 23.
 Pitsin, Memelerstraße 67. Ahrens, Turmstr. 25-26.

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Jeder Kollege kann in dem Lokal wählen, welches für ihn am bequemsten zu erreichen ist. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Werkstätten-Vertrauensleute werden ersucht, ihren Kollegen die Wahllokalen auszuzeichnen. Die Ortsverwaltung.

Am 12. April: Urania-Vorstellung.

Eröffnung vormittags 10 Uhr. — Vorstellung 11 Uhr: **Kairo und die Pyramiden.**

Billetts sind auf dem Bureau Engelauer 14/15 zu haben. Die Billetts zum 20. April sind vergriffen. Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Erfinder!

Patente billigt, ev. Finanzierung. Patentbüro Lindner & Co., Berlin, Großbrennstraße 25. Sonntags 12-1.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Bezirk Moabit.

Am 6. April verstarb nach kurzem Leiden im Alter von 31 Jahren unser Mitglied

Wilhelm Heilscher

an Lungenentzündung. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Helldorfer Kirchhofes, Pflügenstr. 137/8. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 6. April, vormittags 11 1/2 Uhr, verschied nach langen schweren Leiden mein herzenguter Mann, unser stets treu sorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Maurerpolier

Otto Jäger

im Alter von 56 Jahren. Um stille Teilnahme bitten Die Hinterbliebenen Frau Auguste Jäger, geb. König nebst 4 Kindern. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Umdamer Straße 32, aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass meine liebe Frau, Tochter, Schwester und Schwägerin

Emma Steiniger

geb. Ewald nach kurzem sehr schmerzvollem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet heute nachmittags 1 1/2 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Der trauernde Gatte **Osk. Steiniger** nebst Tochter, Königberger Straße 17. Familie Ewald.

Dankagung.

Allen lieben Freunden und Bekannten sowie insbesondere den Verehrten und Kollegen aus der U. G. G. sagen wir hierdurch für die überaus zahlreiche Beteiligung wie auch für die prachtvollen Kranzspenden anlässlich der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters, Bruders und Schwagers, des Arbeiters **Berthold Dickschat** unsern herzlichsten Dank. 12045 Die trauernden Hinterbliebenen Martha Dickschat, geb. Ramsch.

Dankagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme und für die Kranzspenden bei der Beerdigung des Bauarbeiters **Albert Draeger** sagen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank. 12075 Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die großartigen Kranzspenden bei der Beerdigung meines leider so plötzlich dahingeshiedenen lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Schlossers

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die großartigen Kranzspenden bei der Beerdigung meines leider so plötzlich dahingeshiedenen lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Schlossers

Adolf Jentsch

sagen wir allen Verwandten, Freunden als auch Bekannten sowie seinen Kollegen der U. G. G. „Kleiner Rotorenbau“ auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. 12056 Witwe Elise Jentsch nebst Söhnen.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester

Frieda Petigk

sagen wir allen Verwandten, Freunden, Freundinnen und Bekannten, dem Gesangsverein „Maabier Liedertanz“ sowie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unsern herzlichsten Dank. Die trauernden Eltern und Geschwister. 12505

Dankagung.

Allen Verwandten und Bekannten sagen wir hiermit für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter unseren herzlichsten Dank. 12415 Georg Matthes und Frau. Anna Geradorff nebst Familie.

Dem geehrten Vorstande sowie den Herren Beamten und Mitgliedern der Ortsverwaltung der Reichsbahnarbeiter und verw. Gewerbe zu Berlin und des Zentralvereins der Bureau-angestellten Deutschlands, Mitglied-

schaft Berlin, sagen wir für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters herzlichsten Dank. 27112

Emilie Gasmann

und Kinder.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schnell, dauerhaft. Zusaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Stadtth. Börse).

Todes-Anzeige.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 5. April, abends 7 1/2 Uhr, mein lieber Mann, der Buchbinder

Paul Schubert

Berlin, Rostocker Straße. **Johanna Schubert** geborene Wittke. Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde. [12936]

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige. Am 6. April verstarb unser Mitglied, der Seifenhändler

Heinrich Brandt

Ackerstraße 48. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am 6. April verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter

Paul Schubert

Klosterstraße 21. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. 2267

Arbeiter-Gesangverein „Nord“.

Hiermit die traurige Nachricht, dass unser langjähriger Sangesbruder, der Seifenhändler

Heinrich Brandt

am Montag, den 6. d. M., nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am Montag, den 6. d. M., entschlafen sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Vater, unser Schwiegervater und Onkel, der Seifenhändler

Heinrich Brandt

im 44. Lebensjahre. Dies teilen wir der Bitte um stille Teilnahme hierbeträbt an

Erna Schulz geb. Brandt. **Gustav Schulz.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Metallarbeiter

Paul Schubert

gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 9. April, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Rummelsburg, Sonntagstr. 6, nach dem Rummelsburger Kirchhof, Prinz-Albrecht-Straße, aus statt. 114/20

Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Segelklub „Fraternitas“.

Hierdurch zur Nachricht, dass unser langjähriges Mitglied und Sportgenosse

Oswald Ernst

am Montag, den 6. April, nachmittags, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Stralau, Weideninsel, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Achtung! Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Mitteilung, dass ich das Lokal des Genossen **Rupprecht, Bismarckstr. 6**, übernommen habe. Bitte das Vertrauen, welches mein Vorgänger gehabt hat, meiner Person übertragen zu wollen. Es wird mein Bestreben sein, für gute Speisen und Getränke bestens **Spandan, Albert Mette, Bismarckstr. 6** Sorge zu tragen.



Damen, wenn Sie nicht sofort kommen, ist es zu spät! Sie wissen, daß im **Konfektionshaus Westmann**, Hauptgeschäft Berlin W., Mohrenstr. 37a, Eckhaus Kolonnenad, 2 Haus a. der u. Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115, Andreasstr., die schönsten der fast täglich eingehenden Modelle sofort vergriffen sind!!

Frühjahrs- u. Sommer-Kostüme neuester Mode, in einfacher, godigener Eleganz, in den prächtvollsten Stoffen und hundertfach verschiedenen Ausführungen zu den denkbar billigsten Notierungen nach folgenden Beispielen:

bisher bis	M. 40.—	M. 60.—	M. 80.—	M. 120.—	M. 180.—	usw.
heute nur	M. 18.—	M. 25.—	M. 36.—	M. 55.—	usw.	

Diese Abteilung habe ich entsprechend der kolossalen Nachfrage in der letzten Zeit noch bedeutend erweitern müssen.

Jeder erdenklichen Form, für jeden besonderen Zweck, wie Regen-, Staub-, Gummimäntel, Originalmodelle! Reklamemuster! Kopien! in 5 Sortimenten

vorher . . .	bis M. 13 1/2	M. 35.—	M. 90.—	M. 120.—	M. 180.—	usw.
bis auf weiteres nur	M. 4 1/2	M. 11.—	nur M. 28.—	M. 46.—	M. 60.—	usw.

Ein ganz bedeutender Posten **Übergangsmäntel**, früher bis M. 29.—, jetzt nur **M. 8** pr. Stück zum Ausschuss! **Gratis** bei Einkauf von M. 20.— an: ein elegantes Kammgarn-Frühjahrsjackett!

Eleg. Trauer-Magazin Besuche in meinen Geschäften vormittags zu empfehlen; nachmittags ist meistens der Andrang zu stark.

Genaue Beachtung meiner Firma und Hausnummer liegt im eigenen Interesse.

Peek & Cloppenburg

Gertrauden-Straße 25-26-27 bei der Petri-Kirche

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung.

Zum Frühjahr: Sacco-Anzüge

Serie 2 **19** M. Ser. 3 **24** M. Ser. 4 **27** M. Ser. 5 **32** M.

Unsere Anzüge in genannten Serien sind äußerst preiswert mit Bezug auf Qualität und Ausführung.

Jeder Kauf ist eine Empfehlung für uns.

Hohe Leistungsfähigkeit durch eigene Erzeugung unserer Fabrikate.

Straßenbahnlinien: 33, 47, 48, 53, 59, 62, 64 bis 72, 74, 78, 79, 80. (6, 9, 83, 84, 87, 88, 91, 92).

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß das Bureau des Kreises jetzt eingerichtet ist. Alle Zuschriften, die den Wahlverein betreffen, sind zu richten an Theodor Fischer, Berlin N. 39, Ravenöstr. 6. Alle Geldsendungen an Hermann Müller, Berlin N. 39, Ravenöstr. 6. Fernsprecher: Amt III 2137. Bureauzeit von 9-1 und von 3-8 Uhr. Der Vorstand.

Friedenau. Für die Genossen des dritten Bezirks findet der heutige Zahlabend bei Hegert, Rönnebergstraße, Ecke Handjeristraße, statt.

Treptow-Baumföhnenweg. Der Zahlabend im 4a-Bezirk, welcher begrenzt wird vom Dammweg, der Niesholzstraße und der Straße 8 (Parallelstraße zwischen Bouchestraße und Lohmühlenstraße) tagt im Restaurant Schmidt, Niesholzstraße 22. Der 4b-Bezirk, begrenzt von der Straße 8 und der Niesholzstraße, tagt im Restaurant Ringeltaube, Lohmühlenstraße, Ecke Gräßstraße.

Nieder-Schöneweide. Der heutige Zahlabend fällt aus. Dafür findet abends 8 1/2 Uhr eine außerordentliche Generalversammlung im Lokal von Paul Jüdiner, Haffelwerder- und Fennstraßen-Ecke statt. Tagesordnung: 1. Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden. 2. Landtagswahlen. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es erwünscht, daß ein jeder Genosse zur Stelle ist. Der Vorstand.

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Die Parteigenossen werden ersucht, zu dem heute stattfindenden Zahlabend in den einzelnen Bezirken pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wer hemmt die Jugendbildung?

Als vor Weihnachten von unserer Seite, wie alljährlich, im Gewerkschaftshaus eine Bücherausstellung arrangiert war, die den Zweck hatte, der Jugend, und zwar ganz den verschiedenen Altersstufen angepaßt, eine gesunde, natürliche geistige Kost zu bieten, die geeignet ist, das junge, kindliche Gemüt zu bilden, zu belehren und zu bereichern, um den jugendlichen Menschensplanzen einen sittlichen und moralischen Halt fürs Leben zu verleihen, da war es für den aufmerksamen Beobachter eine reine Herzensfreude, zu sehen, auf welch guten und dankbaren Boden die ausgestreute Saat fiel.

Scharenweise kamen die Genossen mit ihren Frauen, um ihren kleinen Lieblingen zum Weihnachtsfeste ein wirklich brauchbares und nützliches Geschenk zu machen.

Mit Rat und Tat wurde ihnen seitens der Leiterinnen der Veranstaltung zur Seite gestanden, ihnen Auskunft erteilt und ihnen die Schönheit und künstlerische Bedeutung der einzelnen Werke erklärt. Von berufenen und sachverständigen Männern und Frauen, von Genossen, die mit sittlichem Ernst, seinem Empfinden und weitblickender Auffassung, alles Eigenschaften, die nur ein glühender Idealismus, eine hohe, edle Weltanschauung verleiht, an die verantwortungsvolle Arbeit herangehen, wurden die einzelnen Werke geprüft und das schönste und beste ausgewählt. Hier hatte man wirklich das Glück und die Zukunft der jungen Generation im Auge, hier ist man praktisch bestrebt, die Jugend zu bilden, zu stärken, mit reinem, sittlichem Geist zu durchdringen, ohne mit dikrierenden, salbadernden Predigten über die Verrohung und Verwilderung der Jugend vom Stern der Sache abzuschwenken. Mit Heucheln, Augenverdrehen und Fragen schneiden sucht man sich über die Sache hinwegzusetzen, mit Klagen und Lamentationen über die Schlechtigkeit der Jugend, der Arbeiterjugend selbstverständlich, will man nur den reaktionären, verdummenden, frömmelnden und patriotischen Bestrebungen dienen, und der Zweck heiligt auch hier die Mittel. Nirgends sieht man von jener Seite ein tatkräftiges Eingreifen zur Hebung und Bildung der unteren Schichten, um so energischer handeln sie aber, alle die „christlichen“ und „tugendhaften“ Leuten, wenn es gilt, Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Die Aufhebung des Charlottenburger Kindergartens brennt noch als unergänztliches Schandmal auf der Stirn der Generalpäpster der christlichen Liebe und Duldsamkeit, und die Verfolgung der Arbeiterkinder, die der Proletarierjugend staatsgefährliche Alimuzüge beibringen, wird täglich durch behördliche Eingriffe wirksam demonstriert. Was die freien Jugendorganisationen zu erdulden haben, ist bekannt. Bildend sich zu freuen, daß die jungen Leute sich ernstlich und stillen Bestrebungen hingeben, verfolgt man sie mit den kleinsteu und kleinlichsten Nadelstichen.

Wie weit dies geht, zeigen zwei aus der großen Fülle herausgegriffene Beispiele. Eine Abteilung der Jugendlichen hatte kürzlich eine sonntägliche Zusammenkunft. Prompt stellte sich zur Stunde ein Leutnant mit einem Untergebenen ein, um die nicht angemeldete Versammlung zu vereiteln. Der Einrufer erklärte den beiden Bidelhänden, daß keine Versammlung, sondern nur ein gemütliches Beisammensein stattfinden solle. „Sie können mir ja viel erzählen!“ schnarrte der Leutnant. „Na, Sie können ja hier bleiben!“ erwiderte der Einrufer mit seinem Spott. „Das werde ich auch, dazu brauche ich Ihre Anregung gar nicht!“ Klang es schneidend zurück. Er selbst ging aber bald und ließ den Säuhmann in dem Lokal Platz nehmen. Der Vermittler mußte sich nun damit begnügen, anzusehen, wie die „verdorbene“ Jugend sich mit Scherz, Spiel und Gesang amüsierte. Nach drei Stunden wurde er durch einen Kollegen abgelöst. Das war um 5 Uhr nachmittags. Nach weiteren drei Stunden kam die nächste Ablösung, und hätten die Fröhlichen nicht endlich ein Erbarmen gehabt, so wäre zuletzt wohl noch so ein Unglücksmensch gekommen.

Ferner hat sich die Jugend ein Niederbuck drucken lassen, in dem auch das fürchterliche Lied: „Wir sind die Arbeitermänner...“ steht. Flugs wurden die gefährlichen Bücher beschlagnahmt, 25 000 Stück, und raus nach der „Blöße“ gegeben, wo die Gefangenen einen schwarzen Binselstrich über das Lied ziehen mußten. Wieviel rote Bazillen mögen da im Gefängnis geblieben sein?

Aber die bürgerliche Gesellschaft hat nichts dagegen, daß in ihren Buchhandlungen die rohesten, bluttriefendsten Schriften ausgestellt sind, die von der Jugend gekauft und mit Heißhunger verschlungen werden. Man sehe sich einmal eine bürgerliche Buchhandlung an und vergleiche damit die Vorwärtsauslage, so tritt der Unterschied wie Tag und Nacht vor Augen. Trotzdem wird man weiter zernern über die Verwilderung der Jugend, an der der Materialismus schuld sein soll, obgleich die Religion und das Christentum lange genug Zeit gehabt haben, etwas für die Menschen zu tun. Die moderne Arbeiterbewegung hat für Sitte, Moral und Kultur in den wenigen Jahrzehnten hundertmal mehr geleistet, als die Kirche in 2000 Jahren.

Ein Vater, der in der Lüderitzstraße wohnt, schildert uns die Wirkung, die aus dieser Verhummelung der Schulvermehrung sich für den Weddingstadteil ergeben hat. Sein Junge besucht die 86. Gemeindeschule, die auf dem Grundstück Müllerstr. 48 in der Nähe des Paul-Gerhardt-Sitzes untergebracht ist. Zu Beginn des neuen Schuljahres war hier der Andrang von Schülern so arg, daß man sich nicht anders als durch eine Massenmischung zu helfen wußte. Um Platz zu schaffen für die große Zahl der neu eingeschulenden Kinder, die auf dem Hofe mit ihren Eltern gesammelt waren, wurden die Klassen nach dem Schulhause an der Ecke der Schul- und der Reinickendorfer Straße umgeschult. Hierüber herrscht große Enttäuschung unter den Eltern der von dieser Maßregel betroffenen Kinder. Viele der Kinder müssen fortan einen beträchtlich weiteren Schulweg als bisher machen, sogar Kinder aus der Schönings- und der Oberer Straße sind nach dem Schulhause Reinickendorfer Straße überwiesen worden.

Man sagt, es handle sich nur um ein Provisorium, das so lange dauern soll, bis die neuen Schulbaracken an der Seestraße benutzbar gemacht werden. Aber es versteht sich von selber, daß auch diese Baracken gegenüber der dort herrschenden Schulnot nicht mehr bedeuten als ein Tropfen, der auf einen heißen Stein fällt. Auch durch die neuen Schulhäuser, die dort gebaut werden sollen, kann nicht viel gebessert werden — deshalb nicht, weil zu der Zeit, wo sie fertig sein werden, die Zahl der Schulkinder schon wieder um einige Tausende zugenommen haben wird. In der Lüticher Straße, eine Doppelschule in der Schöningsstraße, eine Doppelschule in der Tegeler Straße. Aber zu sehen ist von diesen für sechs Schulfächer bestimmten Häusern noch nichts: mit dem Bau des Hauses in der Lüticher Straße soll begonnen werden, die Häuser in der Schöningsstraße und in der Tegeler Straße sind noch nicht über die Entwürfe hinaus.

Man so reich ist jener Teil des Wedding an Mietschulen. In diesem traurigen Notbehelf muß die Schulverwaltung überall da greifen, wo sie es verdrängt hat, rechtzeitig für die Vermehrung der eigenen Schulhäuser zu sorgen. Das Hans Lüticher Straße 5 beherbergt zwei Mietschulen, in denen im Winterhalbjahr 1907/08 zusammen 2200 Kinder stellten. Um den Zuwachs aufzunehmen, den das Sommerhalbjahr 1908 bringt, sind in dem Hause Lüticher Straße 7 Räume hinzugebaut worden, in denen eine „Hilfs“ eingerichtet wird. Mietschulen befinden sich auch in der Tegeler Straße, in der Seestraße, in der Müllerstraße (Grundstück Nr. 128a und b), in der Amsterdamer Straße. Dazu kommen noch die schon bestehende Paradeschule am Leopoldplatz und die neue Paradeschule an der Seestraße. Es müßten also auf diesem eng begrenzten Stadtteil von Rechts wegen schon jetzt acht Schulhäuser mehr vorhanden sein als dort bisher vorhanden sind.

Die Schulverwaltung hat, wie gesagt, zu ihrer Verteidigung angeführt, sie sei unfähig, rechtzeitig das Schulbedürfnis vorzusehen, das in einem Stadtteil auftritt kann. Offen gestanden: wir glauben nicht recht an diese Unfähigkeit. Wäre der gute Wille dazu vorhanden, die Schulen und Schulhäuser rasch genug zu vermehren, dann würde auch die Fähigkeit zur Voraussicht nichts zu wünschen übrig lassen. Leider kann aber auch der Bauverwaltung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie, wenn endlich die Schulverwaltung ihre Wünsche kundgegeben hat und die erforderlichen Grundstücke beschafft worden sind, nun auch noch die Auffstellung der Entwürfe verzögert und die Ausführung der Bauarbeiten in die Länge zieht. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit soll durch Beschleunigung der Bauten mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Wir empfehlen da besonders die Schulbauten des Weddingstadteils zur Beschleunigung ihrer Vervollständigung würde nicht nur die Arbeitslosigkeit mehr, sondern zugleich die dortige Schulnot mildern.

Die Uebersicht der Wahlmänner und Urwahlbezirke für die nächste Landtagswahl für Berlin ist festgestellt worden. Bei den letzten Landtagswahlen vor 5 Jahren war Berlin in den bisherigen vier Landtagswahlkreisen in 1291 Urwahlbezirke eingeteilt, in denen 6823 Wahlmänner gewählt worden sind. Bei den nächsten Landtagswahlen tritt zum ersten Mal die neue Wahlkreiseinteilung in Kraft, wonach Berlin aus 12 Landtagswahlkreisen besteht. Diese zwölf Landtagswahlkreise sind eingeteilt worden in 1425 Urwahlbezirke, in denen 7077 Wahlmänner zu wählen sind. Im einzelnen beträgt die Zahl der Wahlmänner im ersten Wahlbezirk 514 (in 97 Urwahlbezirken), im zweiten 541 (in 104 Urwahlbezirken), im dritten 488 (in 95 Urwahlbezirken), im vierten 490 (in 89 Urwahlbezirken), im fünften 541 (in 101 Urwahlbezirken), im sechsten 742 (in 139 Urwahlbezirken), im siebenten 677 (in 124 Urwahlbezirken), im achten 925 (in 173 Urwahlbezirken), im neunten 592 (in 108 Urwahlbezirken), im zehnten 967 (in 177 Urwahlbezirken), im elften 486 (in 89 Urwahlbezirken), im zwölften 714 (in 129 Urwahlbezirken).

Die jüdischen Beamten haben sich wegen Bewilligung einer Acuerungszulage an den Berliner Magistrat gewandt, der bekannt-

lich 1 1/2 Million M. für eine eventuelle allgemeine Gehaltsaufbesserung schon in den neuen Etat eingestellt hat.

Der von der Stadt Berlin geplante Geländeaufbau in Heiligensee ist Montagabend vom Stadtvorordneten Ausschuss nach eingehenden Beratungen, die sechs Sitzungen in Anspruch nahmen, abgelehnt worden. Es wurde vielmehr der von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses gestellte Antrag mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen: „Die Verammlung lehnt die Vorlage ab und ersucht den Magistrat, durch die Wasserwerkverwaltung schleunigst die zwischen noch eingelaufenen Offerten auf ihre Leistungsfähigkeit und Ergiebigkeit zur Errichtung eines Grundwasserwerks prüfen zu lassen. Sie erwartet demnächst eine neue Vorlage.“

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung am Donnerstag, den 9. April d. J., nachmittags 5 Uhr: Berichterstattung über die Vorlagen betreffend: den Ankauf von Ländereien im Gemeindebezirk Heiligensee zum Zwecke der Anlage neuer Wasserwerke — und die Zustimmung zu den Grundrissen für die Anstellung, Annahme und Befolgung des Lehrpersonals an den Hoch- und Fortbildungsschulen von Berlin. — Vorlagen betreffend: die Bewilligung weiterer Mittel zur Speisung armer Schulkinder. — Mehrkosten für die Aufzüge beim Neubau des Kaiserhauses in der Alten Jakobstraße — den Boretanwurf zum Erweiterungsbau der Volkshochschule an der Schillingstraße — den Verkauf eines Grundstücks von etwa 4500 Quadratmeter in Treptow an die dortige Gemeinde — die Bewilligung einer Beihilfe von 240 M. an die Kirche zu Potsdam zu den Kosten für die Anlage einer Gasbeleuchtung und Gasheizung — die Bewilligung von Mitteln zur Instandsetzung der Wadenschiffahrt und aller Bauarbeiten des jüdischen Restaurationsgrundstücks Reisingerstr. 49 in Reinickendorf, sowie die Verpachtung dieses Grundstücks einschließlich des Schäferssees auf sechs Jahre — die Vergrößerung der Maschinen- und Kesselanlage auf der Pumpstation des Abwasserwerks IX der Kanalisation — die Bewilligung der gemischten Deputation zur Beratung über Mittel und Wege zur planmäßigen und rechtzeitigen Beschaffung von Schulgrundstücken und Schulbauten — und die Verstellung eines Juhängertunnels unter dem Gölzler Bahnhof. — Berichterstattung über die Vorlage betreffend den Erlass einer neuen Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerb von Grundstücken im Bezirke der Stadt Berlin. — Vorlagen betreffend: die gemischte Deputation zur Beratung über geeignete Maßnahmen zur Abwehr der durch Einführung nur außerhalb Berlins tierärztlich untersuchten fleisches drohenden Gefahren — die Bewilligung eines Kostenbeitrages von 82 000 M. für das zur Erlangung eines Bebauungsplanes für Groß-Berlin zu veranstaltende Preiswettbewerb — die Verwendung eines jüdischen Grundstücks an der Ecke der Ruhelplatz- und Antonstraße für eine Gemeindeschule — und die Bewilligung von Mitteln für die Vornahme von Verkehrsmaßnahmen.

Eröffnung einer neuen Autolinie. Die Eröffnung der neuen Autolinie 46, Oranienburger Tor—Nixdorf, ist von der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft schon am nächsten Freitag, den 10. April, festgesetzt worden. Die Linie verbindet insbesondere auch den Bahnhof Friedrichstraße mit dem Südosten und Nixdorf. Sie geht vom Tor durch die Friedrichstraße, über die Weidenammer Brücke, durch die Charlottenstraße, Keimiger Straße, über den Dönhofsplatz, die Kommandantenstraße, Moritz- und Oranienplatz, das Kottbuser Tor, die Kottbuser Brücke und den Kottbuser Damm bis zum Hermannplatz in Nixdorf. Die Wagen folgen sich in Abständen von 5 Minuten. Der erste Wagen vom Oranienburger Tor 6,00, von Nixdorf 5,80 Uhr. Der letzte Wagen geht vom Tor 1,00, von Nixdorf 12,25 Uhr. Sonntags dauert der Betrieb ab Oranienburger Tor 7,34 bis 1,52 Uhr, ab Nixdorf 7,00 bis 1,18 Uhr. Teilfahrten zu 10 Pf. werden Oranienburger Tor—Ecke der Kommandanten- und Alten Jakobstraße, Weidenammer Brücke—Moritzplatz, Ecke der Charlotten- und Französischen Straße—Kottbuser Tor und Dönhofsplatz—Hermannplatz.

Die Entlohnung der Umgebung Berlins macht weitere Fortschritte. Dieser Tage ist ein 3000 Morgen großes Waldgelände, das sich vom Rüdigerdorfer Forst bis zu dem Dorfe Nagel erstreckt, an ein Berliner Konsortium aufgelassen worden. Das Terrain soll parzelliert werden und auf demselben eine Villenkolonie entstehen. Mit der Abholzung wird bereits in diesem Jahre begonnen.

Städtische Volksbibliotheken besitzt Berlin außer der Stadtbibliothek in der Zimmerstraße noch in den verschiedensten Stadtteilen: es sind deren 28. Sie sind geöffnet Mittwoch und Sonnabends von 12-2 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr. Die 4., 8., 10. und 14. Volksbibliothek und die mit Leichhallen verbundene Volksbibliothek Nr. 1, 7, 9, 13, 15, 16, 17, 20, 21, 24, 25 werden zu denselben Stunden wie die Leichhallen offen gehalten.

Es befindet sich die Volksbibliothek 1. W. 8, Mohrenstr. 41; 2. NO. 43, Georgenkirchplatz 18; 3. C. 22, Gipsstr. 6a; 4. S. 14, Stallschreiberstr. 54; 5. SW. 48, Wilhelmstr. 117; 6. N. 28, Ruppiner Straße 48; 7. O. 34, Stragmannstr. 6/8; 8. W. 55, Dersingstr. 18a; 9. S. 63, Mühlstr. 10; 10. N. 20, Panth. 23; 11. NW. 40, Ehardstr. 9; 12. NW. 21, Tannstr. 86; 13. SO. 26, Waldemarstr. 77; 14. SW. 29, Baruther Straße 20; 15. O. 84, Rigaer Straße 81/82; 16. N. 51, Baitzstr. 16; 17. NO. 55, Esmarsstraße 18; 18. W. 57, Kurfürstenstr. 100; 19. N. 57, Eberstr. 74; 20. N. 39, Ravenöstr. 12; 21. N. 58, Dunderstr. 65/66; 22. S. 59, Diefenbachstr. 60/61; 23. NO. 18, Dibaer Straße 19; 24. SO. 96, Mlogauer Straße 12/13; 25. O. 17, Fruchtstr. 39; 26. O. 17, Ehrenbergstr. 24; 27. NO. 55, Preussener Allee 227/228; 28. NW. 87, Hostoder Straße 32/33.

Eine tragische Vorkunft hat das Verschwinden des 21-jährigen Cand. phil. Lothar Lüd gefunden, des Sohnes des Gymnasialdirektors L. in Steglitz, der seit dem 23. Januar vermisst wurde. Der junge Mann hatte sich damals aus der elterlichen Wohnung entfernt, in der Absicht, Schlittschuh zu laufen, und war seitdem nicht mehr gesehen worden. Die Vernehmung, daß der Student das Opfer eines Unglücksfalles geworden ist, hat nunmehr ihre traurige Bestätigung gefunden. Bergsteiger bemerkten die Insassen eines Hunderbootes, die die Havel zwischen Pfaueninsel und Aladow befahren, den Leichnam eines Mannes, an dessen Füßen Schlittschuhe angechnallt waren. Die Leiche wurde nach Potsdam gebracht und dort wurde sie gestern als diejenige des Lothar Lüd rekonstruiert. Der Verlorene wurde noch im Laufe des gestrigen Tages nach Steglitz übergeführt.

Sozialisten, die sich um die Gunst der Sozialdemokraten bewerben, wenn es etwas zu verdienen gibt, gibt es in Berlin übergenug. Wie oft kann man ihren Namen unter sozialistenfeindlichen Flugblättern lesen, in welchen der „Kampf gegen die Lohneinde“ gepredigt wird. Aber ebenso oft muß man feststellen, daß die Leuten ganz gern das Geld der Sozialdemokraten nehmen. Wie lassen gerne auch unseren Gegnern ihre Meinung; wenn aber dieser Kampf niederträchtigste, geschäftliche Formen im Stille des Reichverbandes annimmt, so gilt es doch sehr zu überlegen, ob diese Art Gegner wert sind, noch wirtschaftlich gestärkt zu werden. Genossen aus der Schönhauser Vorstadt machen uns darauf aufmerksam, daß auf einem vor einiger Zeit im Norden Berlins zugunsten eines „Nordvereins“ vorbereiteten, von uns Dehn Erschienen bereits besprochenen recht gehässigen Flugblattes gegen die Sozialdemokratie auch der Name des Kunstgärtners

Wichel in der Danziger Straße 88 prangt, desselben Herrn Wichel, zu dessen Laden erst ganz kürzlich zahlreiche Kränze mit roten Kranzschleifen — für die Toten des 18. März bestimmt — ausgehängt waren. Besagter Wichel hat diese Kränze ganz gern angefertigt, obwohl er sonst durch seine Unterschrift auf besagtem Klingelbrett dafür plädierte, daß in erster Linie der Kampf gegen die Sozialdemokratie gekämpft werden müsse. Auch bei ihm scheint der Grundsatz zu gelten: Non olet! Geld riecht nicht!

Dem gleichen Grundsatze scheint auch ein Grünauer Straße 9 wohnender Herr E. Friedewald zu huldigen. Am Sonntag vor acht Tagen unterzogen sich unsere Genossen der Mühe, bei den Landtagswahlen ihrer Bezirke nachzuforschen, ob die Betroffenen etwa zum 1. April verziehen. Diese Nachfrage bezweckte, die zukünftige Wohnung der verziehenden Wähler zu erfahren, um so eine geordnete Wählerliste zu erhalten. Bei dieser Arbeit kamen Genossen auch zu Friedewald, der seines Zeichens Tischler sein soll. Nachdem unser Genosse in höflicher Weise seine Frage vorgetragen hatte, fragte er, von wem der Genosse eigentlich käme. Von der sozialdemokratischen Partei, wurde dem Herrn geantwortet. Ach so! meinte er. Da bleiben Sie mir vom Hals. Mit der Saubande will ich nichts zu tun haben. Unsere Genossen haben festgestellt, daß Friedewald Inhaber des Zigarrengegeschäfts Schönleinstraße 17 ist. Es ist noch nicht bekannt geworden, daß Friedewald Leute, die mit der Saubande identisch sind, schon aus seinem Zigarrenladen hinausgeworfen hat. Offenbar kommt er nicht in diese Verlegenheit.

Eine Verkehrshörung herbeigeführt durch den Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich gestern nachmittags um 3 Uhr am Spittelmarkt. Dort sprang der Anhängewagen 2512 der Linie 68 (Zentralviehhof-Niedorf) aus dem Geleise und stieß mit einem entgegenkommenden Triebwagen der Linie 76 (Galenje-Vorhang-Ammelsburg) zusammen. Die Fahrgäste erlebten voller Schrecken eiligst die Wagen. Erst nachdem der entgleiste Anhängewagen wieder in das Geleise gebracht worden war, konnten die Wagen ihre Fahrt fortsetzen. Auf beiden Geleisen hatten sich inzwischen große Wagenburgen angeammelt.

Mutter und Kind in den Tod. Eine entsetzliche Ueberraschung wurde dem Arbeiter Adolf Schönleucht zuteil, als er gestern gegen 9 Uhr abends seine Wohnung im Hause Ackerstraße 20 betrat. Er fand seine 32 Jahre alte Frau mit durchschnittener Pulsader der linken Hand am Bettpfosten hängen. Neben der Frau lag das drei Monate alte Töchterchen Margarete tot in seiner Wiege. Spuren äußerer Gewalt waren an der Leiche nicht wahrnehmbar. Das Kind hatte in den letzten Tagen oft geschrien. Vielleicht ist es zufällig zusammen mit der Mutter gestorben, möglich ist es aber auch, daß die Mutter, um dem Kinde Ruhe zu verschaffen, ihm von der zur Verhütung verordneten Medizin zu viel gegeben hat. Die Leichen von Mutter und Kind wurden von der Revierpolizei beschlagnahmt und zur gerichtlichen Obduktion nach dem Schauhaus gebracht.

Das Volkshaus-Variété-Theater sieht den übrigen Variétés im neuen Programm in keiner Weise nach. Stauendwerte Kraftproduktionen am Trapez und an Ringen vollführt Genies la. Ragier. Es geht an die Kerkern, wenn man sieht, wie diese Dame, in der Luft hängend, am Jopie ein Zweirad besetzt und ein Radler sich ebmüht, dieses Rad in der Luft in Bewegung zu setzen. Als formvollendete Kunstschaffnerin produzieren sich Alice und Henry Kahler Caprice, Künstler, die auch auf dem Gebiete der Equilibristik zu Hause sind. Viele Besucher zerbrachen sich den Kopf über die Frage, wie man mit feiner Illusion: Der geheimnisvolle Geldschein. Ein Unikum aus dem Gebiete des Humors: Richard Hingor, der durch seine in schäffigen Dialekt vorgetragenen Schläger gewöhnliche Anforderungen an die Kunst des Publikums stellte, ganz im Gegensatz zu dem faden Gewäsch, das die „beliebte Berliner Sourette“ Grete Gallus zum besten gab.

Einen schweren Verlust hat am Sonnabend ein Arbeiter erlitten, indem er seinen Wochenlohn in Höhe von 24 M. in der Gegend des Alexanderplatzes, vermutlich an einer dortigen Haltestelle verlor. Das Geld befand sich in einem rotbraunen Lederportemonnaie. Den Arbeiter trifft der Verlust um so schwerer, als er am Freitag arbeitslos geworden war; er bittet den Finder um Abgabe an Benzels, Woyenstraße 11 bei Wötcher.

Am 31. März, abends 11-1/2, ist auf dem Wege Zionskirch-Platz-Kastanienallee-Danziger Straße von einem Mobeiwagen ein Winterüberzieher verloren gegangen, in dem sich ein Holzarbeiter-Verbandsbuch, Almanach 1907 vom Holzarbeiter-Verband nebst 10 M. Schein und eine Zigarrenpackung befindet. W. W. befindet. Der Verlierer W. Wustrow, Ebingen Straße 23, Lueg. I Treppe bittet eventuelle Finder um Retournierung.

Feuerwehbericht. Gestern früh um 8 Uhr ist schon wieder eine Brandstiftung verübt worden. Auf dem Boden des Hauses Charlottenstraße 3a, Ecke der Französischen Straße, im Besitz der Grundstücks-Kriegsgesellschaft, hatte der Brandstifter den Hausat der Mieter angezündet. Die Gefahr war aber noch rechtzeitig bemerkt worden, so daß es der 5. Kompagnie gelang, den Brand auf den Boden zu beschränken. Der Täter ist nicht ermittelt. In der vorletzten Nacht um 10 Uhr kam auf dem Tummelplatz, Urbanstraße 79, ein größeres Feuer aus. Dort brannte unter anderem das Zelt eines Kinematographen-Theaters mit dem gesamten Inhalt. Die Feuerwehr mußte mit zwei Schlauchleitungen Wasser geben, um die Flammen zu löschen, die durch Entflammung von Filmen entstanden sein sollen. Am Mitternacht wurde die Wehr nach der Straßburger Straße 33 alarmiert. Dort war im 4. Stock Feuer ausgebrochen. Petroleum, Betten, Möbel, Fußböden und anderes brannten dort. Die unberechnete Anna Debach hatte Brandverletzungen an beiden Füßen und der rechten Hand erlitten, die ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain notwendig machten. Grober Unfug lag einer Feuermeldung nach der Bodenstraße zugrunde. Der Täter ist entkommen. Am Spittelmarkt 12 brannte das Schaufenster des Konfitürengeschäfts von Günther. Der Brand wurde von den vorbeigehenden Feuerwehmannen Wulf und Woltmann gelöscht. Ferner hatte die Wehr in der Elsholzstraße 4, am Röllchenmarkt, Wilhelmstraße 3a, Greifenwälder Straße 11 und an anderen Stellen zu tun.

Ein neuer Dachstuhlbrand wurde gestern aus der Trieger Straße 33, nahe der Admiralstraße, gemeldet und nach kurzer Zeit von der alarmierten Feuerwehr unterdrückt.

Am 6 Uhr nachmittags kam im Berliner Messpalast in der Alexandrinerstr. 110 Feuer aus. Im vierten Stock des rechten Seitenflügels auf dem ersten Hofe befindet sich das chemische Laboratorium von Dr. W. Majert, während die unteren Stockwerke von der Kotohotelgesellschaft besetzt sind. Nach Arbeits-schluss waren in dem Laboratorium noch drei Arbeiter zurück geblieben, um Ueberstunden zu machen. Kurz vor 6 Uhr erfolgte nun im Dachgeschoß des rechten Seitenflügels eine heftige Explosion und gleichzeitig drangen dicke Rauchwolken durch das Dach. Die Arbeiter ergriffen schleunigst die Flucht und alarmierten die Feuerwehr. Bald waren sechs Löschzüge zur Stelle. Ueber zwei mechanische Leitern hinstieg drangen die Löscher gegen den Brand her vor. Von Zeit zu Zeit wurden laute Detonationen hörbar, die von Explosionen herrührten. Glücklicherweise kamen aber Personen nicht zu Schaden. Nach fast einständiger Bösätigkeit war jede Gefahr beseitigt. Ein Teil des Dachstuhls und der vierten Etage ist zerstört. Auch eine wertvolle Bibliothek hat stark gelitten.

Vorort-Nachrichten.

Nieder-Schönhausen.

Die Gemeindefürsorge zwischen unserem Genossen Luno und dem bürgerlichen Kandidaten findet am heutigen Mittwoch von 12 Vormittags bis 8 Uhr abends statt. Partei-genossen! Ihr wißt, daß uns bei der Hauptwahl nur drei Stimmen von der Majorität fehlten. Wollt Ihr, daß zu dem ersten sozialdemokratischen Gemeindevertreter der zweite hinzukommt, so müßt Ihr mit allen Kräften für die Wahl agitieren. Der Kampf wird von den Bürgerlichen mit aller Energie geführt. Es ist daher auch die Pflicht der am 1. April verziehenden Genossen, sich am heutigen Tage in Nieder-Schönhausen zur Wahl einzufinden. Die Berliner Parteigenossen, welche mit Nieder-Schönhausenern zusammenarbeiten, eruchen wir, diese an ihre Pflicht zu erinnern. Durch Kampf zum Sieg!

Die Eingemeindung von Schönholz in Nieder-Schönhausen dürfte noch im Laufe dieses Jahres erfolgen. Die Verhandlungen zwischen der Regierung zu Potsdam, dem Forstinspektors als den Besitzer der zur Veräußerung bestimmten Schönholzer Heide und dem Gemeindevorstand von Nieder-Schönhausen sind im wesentlichen abgeschlossen. Bei den noch bestehenden Differenzen soll es sich auch um die Aufhebung eines Vorrechts der Stadt Berlin bei Rohrverlegungen handeln. — Die Kolonie Schönholz selbst hat nur wenige hundert Einwohner, doch ist ihr Besitz für Nieder-Schönhausen infolge des Durchgangsverkehrs von Berlin und der Parzellierung der Schönholzer Heide, bei welcher wesentliche Umsatzeuern zu zahlen sind, von großer Bedeutung.

Lichtenberg.

Der erste Haushaltsplan der Stadt Lichtenberg sieht an voraus-sichtlichen Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1908 8 141 650 M. vor. Aufscheinend durch die Mehrarbeit bei der Einrichtung der städtischen Verwaltung ist den Stadtverordneten der Etatentwurf erst jetzt zugegangen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte auf Antrag des Magistrats schon in ihrer letzten Sitzung beschlossen, daß in Voraussicht dieser Verspätung zunächst die Gehälter usw. dem Etat des Jahres 1907 entsprechend gezahlt werden, auch die für 1908 vorgesehenen Stellen in der Verwaltung besetzt werden. Der Entwurf weist in seinen Vorbemerkungen darauf hin, daß Lichtenberg bei der Volkszählung im Jahre 1905 eine Einwohnerzahl von 55 385 hatte, bei der Personenzehndaufnahme am 1. Dezember 1907 aber schon 68 953 ortsanwesende Seelen zählte. Inzwischen dürfte die Zahl 80 000 überschritten sein. Die ordentliche Verwaltung schließt ab mit 2 821 700 M. Hier von werden aufgebracht durch eigene Einnahmen an Gebühren, Staatsbeiträgen usw. 1 388 870 M., während durch Steuern 1 433 000 M. einkommen sollen. Um den berühmten Steuerfuß 100 Proz. zur Einkommensteuer aufrecht erhalten zu können, oder besser gesagt zu erzwingen, sind hier aus den Ueberflüssen der Vorjahre nicht weniger als 59 900 M. in den Etat eingestellt. Die direkten Steuern sollen ein Mehr von 138 000 M. erbringen, wohl wesentlich dem freisinnigen Antrag (Dr. Gerschl) auf Deklarationszwang des Verdienstes der Arbeiter durch die Arbeitgeber zu verdanken. Wie sich die Privilegierten der Steuerpflicht entziehen, zeigt deren Verhalten der drohenden Wertzuwachssteuer gegenüber. Terraingesellschaften und Spekulanten wechseln ihre Firmen, verkaufen ihre Terrains an die Nachfolger und glauben so dem Wertzuwachs zu entgehen. Die indirekten Steuern 103 563 M. mehr einbringen. Hier ist der Löhnannteil des Plus der Umsatzsteuer mit 95 000 M. Mehreinnahme zugedacht. Aber auch das Bier soll 4000 M. und die Hundsteuer 4500 M. mehr bringen. Die Gemeindefürsorge — Gas, Wasser, Elektrizität — schließt mit 2 571 101 M. ab. Die gewerblichen Anlagen der Stadt sind bei der Veranschlagung des Haushalts mit einem Aufschlag auf die Stadtkasse in Höhe von 390 000 M., das ist ein Mehr von 65 000 M. gegen den Vorjahr, berücksichtigt. In Steuern sollen erhoben werden: außer den 100 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer Gewerbesteuer 150 Proz. (106 500 M.), Grundwertsteuer 2,00 vom Tausend = 230 Proz. Zuschlag zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer (507 000 M.). Die Betriebssteuer soll 7000 M. bringen. Die Biersteuer mit 65 Pf. vom Hektoliter eingeführten Bier ist mit 55 000 M. veranschlagt, während die Hundsteuer mit 20 M. pro Hund 22 500 M. bringen soll. Die Umsatzsteuer wird mit 1 Proz. vom bebauten und mit 2/3 Proz. vom unbebauten Besitz erhoben und ist mit 255 000 M. eingestellt. Die außerordentliche Verwaltung hat eine Einnahme und Ausgabe von 2 845 857 M. zu verzeichnen.

Die königliche Polizeiverwaltung kommt nunmehr unserer An-regung auf Veröffentlichung des Straftabellens mit der Einteilung der Polizeireviere nach. Leider geschieht die Veröffentlichung nur in dem hiesigen Ortsblatte, einer jener „Plattzeitungen“, die im Engrosbetriebe hergestellt, ihr Dasein in der Regel unter dem Aus-schluss der Öffentlichkeit fristen. Wenn die Polizeiverwaltung schon nicht die am Orte in vielen Tausenden von Exemplaren verbreiteten großen Berliner Zeitungen benutzen wollte, so dürfte es sich doch empfehlen, die örtlichen Anschlagtafeln zu benutzen; anderenfalls dürfte die große Masse der Einwohner, die das Ortsblatt garnicht lesen, von den Veröffentlichungen nichts erfahren.

Schöneberg.

Die Befähigung verjagt hat die Regierung zu Potsdam dem Genossen Kollentz als Mitglied der städtischen Schuldeputation. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Stadtverordneten-versammlung auf der Wahl Kollentz besetzen wird.

Charlottenburg.

Elterverein für freie Erziehung. (Verein freier Kindergarten.) Donnerstag, den 9. April, findet abends präzis 9 Uhr, im Volkshaus, Kollentzstr. 3, die regelmäßige Generalversammlung des Vereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses. 4. Verschiedenes.

Königs-Wusterhausen.

Eisenbahnverletzte. Zwischen den Puffern hat der 35 Jahre alte erpedierende Weichensteller Paul Gavenstein den Tod gefunden. Er war auf dem hiesigen Bahnhof beschäftigt gewesen. Beim Rangieren eines Güterzuges geriet er zwischen die Puffer eines Waggons und der Lokomotive und zwar so unglücklich, daß ihm der Brust- kasten vollständig eingedrückt wurde. Der Verunglückte war auf der Stelle tot.

Panitzsch.

Zum Niederbarnimer Kreisaußschuß hat infolge des Auscheidens der Stadt Lichtenberg eine Neuwahl stattgefunden. An Stelle des Bürgermeisters Rietber-Lichtenberg wählte der Kreisrat mit 28 von 46 abgegebenen Stimmen den hiesigen Bürgermeister Rühr in den Kreisaußschuß. 11 Stimmen fielen auf den Bürgermeister Wilsch-Reindendorf, 7 auf den Bürgermeister Dr. Woels-Weissensee.

Vermischtes.

Die „sozialdemokratische“ Petition. Die Wilsnader Stadtväter scheinen ein sehr ängstliches, aber desto patriotischeres Gewissen zu haben. Kürzlich sollte dort im Stadtparlament über eine Petition beraten werden, in der um eine Erhöhung der Gehälter städtischer Beamten ersucht wurde. Einige der Stadtväter bezeichneten in Ermangelung des richtigen sozialen Verständnisses und unter Verkennung des Ausdrucks „Sozial“ die Petition als sozialdemokratisch und lehnten deshalb das wohl begründete Vergehren der „sozialdemokratischen“ städtischen Beamten ab.

Ein Raubmord.

Die die „Altensteiner Zeitung“ meldet, wurde die 31jährige Lehrerin Katharina Dembski vorgestern abend in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Die Ermordete bewohnte ein ihr gehöriges Haus allein. Der Mord ist anscheinend gegen 7 Uhr abends mit einer Art oder einem Stein verübt worden. Es handelt sich um einen Raubmord; Schränke und Behälter sind durchwühlt. Die groß die dem Täter in die Hände gefallene Beute ist, steht noch nicht fest. Von dem Mörder fehlt bis jetzt jede Spur.

Rattengift in der Suppe. Infolge vorzeitlicher Verwendung von Rattengift bei Zubereitung einer Suppe sind einer Meldung aus Gmünd zufolge, dort in einer Familie acht Personen erkrankt. Eine davon, eine 73jährige Frau, ist gestern abend gestorben. Die anderen befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Das Geständnis eines Mörders. In Bensberg bei Köln wurde im Jahre 1902 die Leiche eines Mannes vercharret aufgefunden, ohne daß es bisher gelang, den Mörder ansündig zu machen. Nunmehr hat, wie aus Köln gemeldet wird, ein Untersuchungsgefänger in Celle das Geständnis abgelegt, daß er mit zwei anderen Personen, als sie beim Diebstahl überrascht wurden, den Mann erschlagen und die Leiche vercharret habe.

Eindbruch in eine Festungslinie. Hierüber wird aus Peter-sward ein vom gestrigen Tage berichtet: Unbekannte Täter haben vorgestern nacht die Kasse des hiesigen Festungsartilleriebataillons erbrochen und die darin befindliche große Geldsumme sowie auch eine Anzahl wichtiger die Verteidigungswerte betreffende Dokumente gestohlen.

Schachtbrand. Nach einer Meldung aus Brüg wütet im Nidarvichacht ein Brand, dem bereits ein Menschleben zum Opfer gefallen ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bitte Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. M. 38. 1. Ja. 2. Bis zum 1. Juli müßten Sie die Miete zahlen. 3. Eine vorübergehende Miete ist erforderlich. — **Küstershof 999.** Mängelrechte würden in diesem Falle nicht zu Ihren Gunsten ausfallen können. — **W. R. G.** Wenn die Bestimmung vereinbart wird, so würde sie aus allgemeinen Gründen schwerlich angefochten werden können. — **M. G. 40. 1. und 2.** Das Kalenderjahr 1907 wird zu Grunde gelegt. Demnach scheint Ihre Beschwerde keine Aussicht auf Erfolg zu haben. 3. Die Beschwerde kann schriftlich eingereicht werden. — **Herrlingstr. 1-3.** Sie erhalten auf Antrag von der Staatsanwaltschaft Auskunft. — **W. 10. 1. und 2.** Die Abzüge sind nur dann berechtigt, wenn ein Verschulden des Dienstmannens nachgewiesen wird. 3. Der tatsächliche Mehranspruch der Herrschaft kann abgezogen werden. 4. Rein, daß zu viel Abgezogene kann im Wege der Billigkeit zurückgezogen werden. — **Herrlingstr. 1.** Die Antwort kann Ihre Tochter ablehnen, aber nicht, wenn sie zur Leistung des Offenbarungseides geladen wird. — **H. Sch. 1-3 Tage direkt.** — **P. R. 100.** Ohne Eintrag in die Statuten sind Ihre Fragen nicht zu beantworten. — **Tubre, Johannisthal.** Wenn Sie die Vereinbarung, daß der Betroffene noch bestimmt Verbleib bekommt, eventuell durch das Telephon, beweisen, so wird voraussichtlich seine Klage abgewiesen. — **J. R. 888. 1. und 2. Ja.** — **M. S. 57. 1. und 2.** Bei dem Landgericht ist in Hüllschen eine Vertretung durch einen Anwalt notwendig. In der Sache selbst ist der Wirt im Recht. 3. und 4. Die Zurücknahme der Vertretung wäre zu empfehlen. 5. Die Jungen können Sie selbst laden, müssen aber dem Gericht Mitteilung machen und auch angeben, was sie auslagern sollen. 6. Ja. — **M. W. 100. Ja.**

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschallendirektion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68-70 Pf. 100 Pfd., Ia 62-67, IIa 54-57, Pölsfleisch Ia 63-68, IIa 52-62, Rinde, 1st 44-56, do. mager 34-42, Pfeffer 48-56, Bullen, 1st 37-51, Rindfleisch, Doppeltender 105-125, Rindfleisch Ia 83-90, IIa 72-79, Rindfleisch, 1st 60-65, do. 2nd 50-55, Hammelfleisch, 1st 110-115, 2nd 105-110, Hammel Ia 65-67, IIa 57-62, ungar. 0,00; Schaf 42-55, Schweinefleisch 50-57, Rindfleisch, per 100, 0,56, Wildschweine, per 100, 0,50-0,54, Kaninchen, 1st 0,50-0,50, Schweinehälften, 1st 0,90, Vorkühne, 1st 0,00, Birkennen, 1st 0,00, Schmalz, Ia 3,50, do. IIa 0,00, Salamihälften, junge, 1st 1,85-3,00, do. alte 0,00, Döner, Ia per 100 1,40 bis 2,40, dito IIa 0,80-1,30, dito Wolg, 1st 1,50-1,75, Hamburger Rind, 1st 1,20, 2nd 0,80-1,35, Kapunen, deutsche, per 100 0,00, Tanden, junge, 1st 0,35-0,75, dito alte 0,00, dito italienische 0,00, Ganten per 100 0,00, dito per 100 0,00, dito Hamburger, per 100 3,25-4,50, Gante, gefroren, per 100 0,00, do. russische 0,40-0,50, do. junge Hamburger 0,90-1,10, Puten Ia per 100 0,70-0,78, do. IIa u. alte 0,65, Gänse per 100 93-94, do. mittel 93-100, do. groß 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. matt 0,00, Hander, mittel, matt 152-164, do. groß 0,00, do. groß-mittel 0,00, Schote, groß 0,00, do. ungf. Ia 0,00, dito IIa 0,00, Kalle, klein 80-87, do. mittel 125, do. groß 0,00, Karpen 30-35er 0,00, do. 40er 60-63, do. 50-60er 0,00, do. 50er Karpen 0,00, do. 70er 0,00, Raddow 0,00, Wägen 0,00, dito klein 31-38, Mand 0,00, Quappen, klein 0,00, Bels 0,00, Bunte Fische, klein 0,00, do. 35-49, Barje, gr. 66, do. klein 0,00, Wele, klein 0,00, Weilsche 0,00, Karaschken 0,00, Winter-Rheinlaich, p. 100 100,00, Amerikaner, Wachs Ia, p. 100 Pfund 110-130, do. IIa 90-100, Seelaich, p. 100 Pfund 15-25, Hundern, Kleier, Fliege Ia 2-6, do. mittel, Rite 0,00, do. Hamb. Stiege 3-6, halbe Rite 2-3, pomm. Ia Schod 1-1,75, IIa 0,00, Bäcklinge, Kleier per 100 0,00, Jäwedsche 0,00, englische 0,00, Straußender 3-3,50, Sprossen, Danziger, Rite 0,40, do. Ragnenwalder, Rite 0,00, Kalle, groß per 100 1,10-1,50, do. mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Heringe per 100 5,00-9,00, Schellfische, Rite 4,00-5,00, dito 1/2, Rite 2-2,50, Sardellen, 1902 er per Kiste 98, 1904 er 98, 1905 er 98, 1906 er 85-90, Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40-44, fall 33-40, mod. 30-42, deutsche 30-40, Heringe, neue Ralles, per 100, 0,00, Cardinen, russ. 1/2, 1,50-1,60, Braterringe 1,00-1,40, do. Bäckje (4 Alter) 1,40-1,70, Raimangen, Schodsch 8, do. kleine 4-5, do. kleinen 9, Rische per Schod, 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 9-12 em 0,00, do. unfortiert 0,00, Gähler, groß 0,00, Sternschinken 100 St. 1,00, Bier, Lande, unfortiert per Schod 3,10-3,40, do. große 3,50-4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 119-121, IIa 116-120, IIIa 110-116, abladende 105-110, Saure Gurken Schod 4,50-5, Pfeffergurken Schod 4,50-5, Kartoffeln per 100 Pfund Daderche 3,00-3,25, weiche runde 2,50-3,00, mag. bon. 2,75-3,25, Vorrre, per Schod 0,75-1,50, Meerrettich, Schod 8-14, Spinal per 100 Pfund 5-15, Sellerie, per Schod 6-16, do. pomm. 0,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 4,90-5,00, Petersille, grün, Schodbund 1,20-1,50, Rettich, bairischer, per 100 0,08-0,12, junger, per 100 0,25, Rohrbären, 100 Pfund 2,50-3,00, Karotten, per 100 Pfund 12-25, Birnknobeln, holl. u. Schod 18-22, Kottföhl, Schod 10-14, Weisföhl p. 100 Pfd. 4-5, Blumenföhl, hiesiger 100 Stk 0,00, do. Fremter 0,00, do. unfortiert 100 Stk 35-50, do. in Körben 18 Stk 2,75-3,00, Rosenföhl, franz. per 100 Pfund 40, Grünföhl 0,00, Knoblauchen, Schod 2,50-4,00, Petersilienwurzel, p. 100 Pfd. 4,50-5,00, Schodbund 5-6, Schnittlauch, Töpfe Dugend 2,25-2,50, Tomaten, kanarische, per Rite 1,25-3,00, Rote Rüben, per 100 Pfund 6,00-7,00, Rhabarber 100 Pfund 7-12, Rabunzen 20 bis 25, Rübchen 12-18, Gskarol, 100 Stk 0,00, Erbisen, 100 Stk 0,00, Robleschen, Schod 2,25-2,50, Waldmeister, Mandel 1,20-1,35, Röncheln 0,00, Sproßföhl, 100 Pfd. 18-20, Birnen, Röncheln bleibe, per 100 Pfd. 6-10,00, Tafelbirnen Ia 14-32, do. IIa 6-17, Jalicmer Ia 25-28, do. IIa 19-20, Apfel, per 100 Pfund, Äpfel Ia 20-28, do. Ia 22, do. Iste, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30-50, Apfel, holl., 100 Pfd. 2-12, Apfel 5-14, Tafel-äpfel Ia 15-23, do. IIa 8-16, Amerikaner, per 100 Pfund 15-28, do. in Kisten, 100 Pfd. 8-18, do. in Körben per 100 Pfd. 10-16, do. in Kisten 10-25, Weintrauben, Algerien, per 100 Pfund 15-21, Ananas I, per 100 Pfund 0,80-0,85, do. II 0,65-0,70, Romanen, kanar. per 100 Pfund 0,00, 23-27, Jamaica 22,00-24,00, Maronen, italienische, per 100 Pfund 0,00, Feigen, Kranz, per 100 Pfd. 22-25, do. Trommel, per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 22-28, Traubenreife, per 100 Pfd. 0,90, Äpfeln, Röschen, 300 Stk 6,50-9,50, do. 360 Stk 7-10, do. 200 Stk 0,00, do. 150 Stk 0,00, Äpfeln, Röschen, 200 Stk 7,50-10,00, do. 300 Stk 8,00-12,00, do. Äpfel, 200 Stk 8,50-12,00, do. Äpfel 200 Stk 10,00-13,00, do. Valencia 450 Stk 12,00-15,00, do. 714 Stk 19-25,00, do. Röschen 160 Stk 8-13,00, do. 200 Stk 8-12,50, do. 200 Stk 10-13,00, do. Äpfel, 100 Stk 7-8,00, do. 150 Stk 7-8,00, do. 80 Stk 6,50-7,00, do. 160 Stk 12-15, do. 200 Stk 12-15, do. Äpfel, 16-17,00, Datteln, per 100 Kist. 40-42, do. per 10 Pfd. 5,50-6,00, do. Kaff. 100 Pfund 23-26.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Rittwoch, den 8. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Hugenotten.
Königl. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerstücke. Der Tor und der Tod. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Jüdische Heiden.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Leipzig. Der Teufel.
Neues. La Citta morta.
Vorhina. Zar und Zimmermann.
Berliner. Der Dorfparter.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Auf der Sonnenseite.
Schiller Charlottenburg. Stein unter Steinen.
Theater an der Spree. Ungültig.
Komische Oper. Tiesland.
Nachtspielhaus. Bei uns da drüben.
Kleines. 2 x 2 = 5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Privatdozent.
Hebbel. Liebe.
Reichen. Ein Walzertraum.
Reichens. Der Floh im Ohr.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Jules. Unsere Don Juans.
Thalia. Doktor Klapperstorch.
Trianon. Seine erste Frau. Die Hand.
Bernhard Rose. Die zärtlichen Verwandten.
Metropol. Das muß man seh'n!
Apollo. Der kleine Chevalier.
Berliner Theater. Der Dorfparter.
Neues Theater. Gastspiel Eleonora Duse: La Citta morta.
Kleines Theater. 2 mal 2 = 5.
Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Der Privatdozent.
Vorhina. Zar und Zimmermann.
Neues Operetten-Theater. Der Mann mit den drei Frauen.
Hebbel-Theater. Liebe.
BERNHARD ROSE THEATER. Die zärtlichen Verwandten.
Trianon-Theater. Seine erste Frau. (La main). Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
8 Uhr: Prof. W. V. Metschnikoff-Paris (VI. Vortragsabend des Wissenschaftl. Vereins): Ueber die Zerstörung der Krankheits-erregter durch Blutkörperchen als Abwehrmittel des Organismus gegen Infektionskrankheiten.
Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.
Der Floh im Ohr.
Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby. Sonntag, 12. April, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verzeihen?
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Bei uns da drüben.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Unsere Don Juans.
Donnerstag: Benefiz Herm. Barfeld: Der wilde Reutlingen.
Freitag: Gastspiel M. Stiff: Robinsons Eiland.
Sonntag: Unsere Don Juans.
Sonntag nachm.: Camelliedame.
Abends: Der wilde Reutlingen.
Montag: Der wilde Reutlingen.
Theater an der Spree.
Köpenicker Straße 65.
Abends 8 Uhr:
Ungültig.
Morgen: Der Enkel aus Kolibus.
Metropol-Theater
Das muß man seh'n!
Revue in 12 Bild. mit Ges. u. Tanz. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet. Sonntag, 12. April, nachm. 3 Uhr: Die Herren von Maxim.
Apollo Theater
9 1/2 Uhr: Täglich 9 1/2 Uhr:
Der kleine Chevalier
Musikalisches Lustspiel v. H. M. Willner. Musik von D. Wert.
Ab 8 Uhr: Die neuen unverweichten Spezialitäten-Attraktionen mit: Paul Spadoni, Geisha Remond, Josef Modl, Käthe Loissot u. a. m.
WINTERGARTEN
Das neue April-Programm und Ringkampf-Konkurrenz.
Endkämpfe.
Um den Preis von 10 000 M. ringen
Wachtorow, v. Radland,
Champion gegen **Schneider, Berlin.**
Ferner ringen:
Jakob Koch, Weltmeister, Deutschland, gegen **Antonitch, Riese,** der serb.
Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 10/20, Rosenthaler Tor. Anfang 8 Uhr.
Das neue April-Programm.
Berlins Lieblingstanz-Doulette
Grete Gallus.
Erstklassige Spezialitäten.
Tanzel: **Militär-Konzerte.**
Theaterbesucher freien Eintritt.
Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorderl. 11—2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Herrnfeld - Zyklus
I. Serie.
8 Uhr: **Hausierer Jockele.**
9 Uhr: **Endlich allein.**
Original
10 Uhr: **Klabrias-Partie.**
Donat Herrnfeld als „Hausierer Jockele“, „Hidor Diamantopf“, „Simon Dalles“.
Anton Herrnfeld als „Lügler Janos“, „de Franz“, „Protop Janitsch“.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Rittwoch, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Oskar Blumenthal u. Gustav Rabelberg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kaiser und Gallier.
Freitag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Rittwoch 8 Uhr: Dr. H. Mackowsky: **Tizian.**
Schiller-Theater Charlottenburg. Rittwoch, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Schauspiel in 4 Akt. v. H. Sudermann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Passage-Panoptikum.
Zum erstenmal in Berlin!
Die lange Dora.
Das junge Riesenkind Gesamtgröße 2 Meter 19.
Kunsttaucher
Kapitän Gröbi Riesenbassin. in seinem Riesenbassin. Experimente mit der 4. Dimension. Neapolit. Briganten-Kapelle. Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold. 25 Pf.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Stammstr. 16. Letzte Woche:
Der Flüchtling.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Benefiz **Anna Kochow: Kabale und Liebe.** Sonnabend: **Der Goldbauer.**
Kasino-Theater.
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr: **Reu!** Das glänzende April-Programm. Schönborg. Humorist. Terra Brothers Gymnastik. Anton Sattler. Austral-Sänger. The 3 Cornells musik. Comedians. Or. Erfolg! Sturm. Beifall!
Ein Dorf-Roman.
Sonntag 4 Uhr: **Die Freuden der Häuslichkeit.**
Theater Folles Caprice.
Parisiana.
Nachtarbeit.
Ein unheimlicher Besuch.
Der ganze Papa.
Bürgerl. Schauspielhaus früher
Prater-Theater
Kassanien-Allee 7—9.
Heute Rittwoch, den 8. April:
Anna-Liese.
Morgen: Die Geder-Walla.
Buggenhagen
Moritzplatz im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
Das brillante April-Programm. u. a.: **Vino Gold, Armut Wolff, M. Vondra, Alexander Brod, Morand Zister.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf. Sonn. reserv. 1 M. Carl. 0,75. Entree 50 Pf. In d. Woche Familienbillets 5 St. 2 M. Im unter. Konzertsaal: Rittwoch: **Orchestra-Konzert.**
Zirkus Schumann
Heute 7 1/2 Uhr abends:
Große Vorstellung.
Glänzend beurteilt von Presse und Publikum.
Der menschl. Chimpanse
Konful Peter,
das gr. Naturwunder d. Gegenw.
Nur noch kurze Zeit:
Resisto,
das elektrische Rätsel, und weitere 10 erstl. Nummern.
Die große Ausstattungs-Pantomime
Amerika
mit eigens 120 schwarzen dazu engag. Leuten.
Palast-Theater
Burgstr. 21. Hof. Börse.
Entscheidungs-Kämpfe:
De Wolf - Kornatzki Belgien. Polen.
Pohl-Abs II-Steinbach Deutschland. Wien.
— Beginn der Kämpfe 9 Uhr —
Passage-Theater.
Die Sensation Berlins!
Ota Gygi
der Mann mit den 3 Geigen.
Otto Röhr, der Humorist am Flügel.
Pia Carozzi, die italienische Schönheit.
Herm. Strehel, der Unwiderstehliche.
Rakoczy-Sextett, die reiz. Ungarnmädchen, u. d. kolossale April-Programm!
Tosend. Lachen! Sturm Applaus!
!! Gewöhnliche Preise!!
Sanssouci, Kottbusser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Heimer.
Heute Rittwoch:
Gastspiel des Neuen Berliner Schauspielensembles:
Der Wilderer.
Vollständ. von Gerhader.
Tanzkränzchen
Beg. Sonn. 5. wochent. 8 U.
Morgen:
Elite-Soiree. — Tanz.

Brauerei Friedrichshain
früher Lippa. — Am Königsst. Deleonom: Ernst Liebing.
Vom 19. bis 26. April:
C. M. Ziehrer
aus Wien.
Hofkapellmeister, Dirigent der kaiserl. königl. österr. Hofkapellmusik mit auf 60 Künstler verstärktem Orchester.
Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das phänomenale April-Programm!
Neu! Les Lecartis, Altkrab, Pöpp. Hübele-Trio, Relange-Mit. Neu! Ein lustiger Witzler. Neu! 20 erstklassige Nummern.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.
Orts-Krankenkasse der Adler und Siebmacher zu Berlin.
Sonnabend, den 25. April 1908, abends 8 Uhr:
Ordentl. General-Versammlung
im Lokale von **Wolfschlager, Klaberstraße 21.**
Tages-Ordnung:
1. Berlesen der Protokolle. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand (ein Kandidat). 3. Kassenbericht. 4. Bericht des Rechnungsausschusses. 5. Abänderung der §§ 13 und 41 des Statuts. 6. Beschlußfassung über den Verlestertrag pro 1907. 7. Verschiedenes.
Berlin, den 6. April 1908.
Der Vorstand.
Rob. Schmidt, Vorsitzender.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
3. Schluß, 105. Male: **Gularen-Zeich.**
Anf. woch. 8 U. Sonnt. 7 U.
Reichshallen-Restaurant: **Militär-Konzert.**
„Hoffnung“
Berliner Schneider-Genossenschaft E. G. m. b. H.
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185** Tor u. Invalidenstr.
Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert Schneidergehülften Berlins.
Empfehl. **Arbeitern, Parteigenossen** und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter **Herren- u. Knabengarderobe**
Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge. Große Auswahl in **Sommer-Paletots, Uister, Radfahranzügen u. Pant.-Westen** in allen Größen und Preislagen sowie **Arbeiter-Berufskleidung.**
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
Lieferanten der 100,3° **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,** des **Berliner Konsum-Vereins** sowie des **Charlottenburger Konsum-Vereins.**
Cigarren-Händlern
Bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste ausgestattete **Cigaretten-Großlager Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112 (Hempr. VII, 3861).**
Officiere folg. Marken z. Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte: **Berliner Marken:** Garbáty, Jockeli, Ramoll, Problem, Phänomen, Kapitän, Derbstoll, Garmen Solva, Tullus, Kressin. **Dresdener Marken:** Salem Weltum, Sulima, (Ratrapad u.), Luma, Bolero-Henrich, Reunion, Kaiserin. Ferner: **Ravatti, Krings Krösch, Capitan Comp.,** Österreichische und ungarische Regie-Cigaretten und **Tabake, Waldorf Victoria** etc. Generalvertrieb für Deutschland der **dänischen Kapitän-Kautabate, Rauch- und Schnupftabake;** Hauptniederlage der **staublos-Fabriken G. H. Gouweader und Grimm & Triebel** in Nordhausen; **Brüder Braun** in Kopenhagen; sowie **J. Goldfarb Schnupftabake, Jr. Stargard.**
Bei Neueinrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestverortetes **Cigarren-Großlager** zu befragen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen.
C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt VII, 3861.
Die Kennerprobe.
Seht und Rein
sind die aus den berühmten **Original-Reichel-Essenzen** „Marke Lichtherz“ selbsthergestellten Mixturen, den ersten Spezialitäten der Welt gleich, aber bis um das Sechsfache billiger.
Ein guter Tropfen.
Man probiere einmal: **Cognac fine Champ.*** Rum Jamaica*** Allasch, Boonekamp, Churfürstl. Magen, Hobro, Sherry-Brandy, Stonsdorfer, Halb u. Halb, Nordhäuser, alle Arten Korn, Curaçao, Cacao, Vanille à la Benedictiner und Chartreuse etc.**
Eiercognac-Extrakt zur Herstellung von ff. Eier-Cognac nach holländ. Manier — Fl. 75 Pf. — Für Feinschmecker und Stärkungsbefürworter.
In Qualität staunenswert und von keiner Nachahmung erreichbar! **Die Destillierung im Haushalt — kostenfrei!** wertvolles illustriertes Rezeptbuch
Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse Amt IV, 4751, 4752, 4753.
Niederlagen in den durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc.
Es nicht erhältlich, Versand ab Fabrik. Bitte sich niemals durch Nachahmungen täuschen. Nur die Marke „Lichtherz“ bürgt für Echtheit und Güte!
Reichel-Spiritus, Feinster Weingeist 40 Vol.-%, 1,60 Mk. von höchster Reinheit, garant. 1,60 Mk. nur in Original-Flaschen mit unversehrtem Verschlussstreifen.

Bolero
ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die **feinste 2 Pf.-Zigarette.**
Garantiert Handarbeit!

Die Polizeiattacke gegen die Arbeitslosen.

Die Vorgänge vom 21. Januar d. J., die sich nach Schluß der Arbeitslosenversammlungen ereigneten und in der Schlacht am Schiffbauerdamm gipfelten, kamen am Dienstag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wandmeißer zur Verhandlung.

Angeklagt sind der Arbeiter Otto Albrecht, der Tischlergeselle Karl Villing, der Bäckergehilfe Joseph Matuschel, der Bauarbeiter August Piesler, der Metalldreher Artur Glöner, der Schmiebegeselle Hugo Wöhner, der Möbelpolierer Paul Höhne, der Schneidergehilfe Karl Eugler. Die Anklage lautet gegen Albrecht, Villing, Matuschel auf Aufruhr, gegen Piesler auf Widerstand unter Bedrohung mit Gewalt, gegen Eugler und Höhne auf Verleumdung von Polizisten, gegen Glöner, Wöhner, Eugler auf Uebertretung der Straßenordnung, Höhne ist krank und nicht erschienen; Albrecht, Villing, Matuschel, Piesler, Wöhner werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Anklage wird vertreten durch Staatsanwalt Loepffer, die Verteidigung wird geführt von den Rechtsanwältinnen Dr. Heinemann, Dr. Herzfeld, Dr. Kurt Rosenfeld und Referendar Plönsker. Von der Staatsanwaltschaft sind 27 Zeugen geladen, darunter zwanzig Polizeibeamte, deren Einmarsch in den Gerichtssaal wie eine lebendige Illustration zum Polizeistaat Preußens wirkt. Die Verteidigung hat zur Entlastung der Angeklagten vierzig Zeugen laden lassen. Verhandelt wird mit Rücksicht auf die Zeugschar im großen Schwurgerichtssaal des alten Justizpalastes.

Die Vernehmung der Angeklagten beginnt mit den drei „Aufsührern“. Am 21. Januar hatte nach Schluß der Arbeitslosenversammlungen sich in der Umgebung des Kellerschen Establishments (Koppenstraße) eine Gruppe von Personen zusammengefunden, die anscheinend nach dem Innern der Stadt wollte, unterwegs immer mehr anwuchs, an mehreren Stellen immer wieder durch die Polizei abgegrängt wurde und auf Untwegen schließlich in die Gegend des Schiffbauerdammes gelangte. Dort „säuberte“ dann die Polizei mit ihren Säbeln die Straßen. Die Anklage behauptet, das sei erst geschehen, nachdem auf die Polizeimannschaften vor dem Neubau des Operentheaters mit Steinen geworfen worden und auch ein Schuß gefallen sei, der einem Verurteilten in den Mantelkragen ging. Der erstvernommene Angeklagte Albrecht gibt an, er habe Arbeit gesucht. — Der Vorsitzende fragt verwundert: „Gerade an dem Tage suchtest du Arbeit?“ — Dabei sei er zufällig mit dem Zug zusammen getroffen, habe sich ihm angeschlossen, sei am Schiffbauerdamm vor der von beiden Seiten attackierenden Polizei in den Neubau des Operentheaters gestürzt, habe sich dort versteckt und sei später, als alles ruhig war und er sich wieder herauswagte, von der Polizei festgenommen worden. Villing erklärt, er habe an der Versammlung in Kellers Saal teilgenommen, sei mit dem Zug nach dem Schiffbauerdamm gelangt, habe sich gleichfalls vor den Polizeisäbeln in den Neubau hineinretten müssen, habe sich versteckt und sei erst festgenommen worden, als er sich wieder herauswagte. Matuschel hatte nach dem Arbeitsnachweis gehen wollen — der Vorsitzende bezeichnete es als „wunderbar“, daß gerade an dem Tage alle nach dem Arbeitsnachweis wollten —, dabei traf er den Zug und schloß sich ihm an, und es erging ihm dann genau so, wie den beiden anderen „Aufsührern“. Alle drei bestritten, irgendwelchen Widerstand geleistet oder irgend eine Aufforderung der Beamten zum Weitergehen gehört zu haben.

Der Angeklagte Piesler ist einer der Arbeiter, die auf dem Neubau des Operentheaters am Schiffbauerdamm beschäftigt waren. Als die Polizei den ziehenden nachsetzte und den Neubau stürmte, soll Piesler, so behauptet die Anklage, aber einem geistlos gewordenen Spaten erhoben und gerufen haben: „Ihr verfluchten Hunde, wie sind bloß arme Arbeiter!“ Piesler bestritt das. Er habe auf der Straße, wo er Schutz und mit dem Säbel eins über den Arm kriegt, den Spaten habe er bei sich gehabt, weil er ihn bei der Arbeit brauchte, im Innern des Neubaus sei er durch Schutleute beiseite geschoben worden.

Der Angeklagte Glöner hatte an der Versammlung in Kellers Saal (Halenstraße) teilgenommen. Durch den Menschenstrom wurde er mitfortgerissen, als dann in der Großbeerstraße die Polizei zum Angriff vorrückte, soll Glöner gerufen haben: „Haut ihn!“ Er bestritt das, er habe nur einem Polizeileutnant zugerufen, daß er nicht zu den Demonstranten gehöre.

Wöhner, der in gar keiner Versammlung gewesen war und Arbeit suchte, geriet in denselben Menschenstrom. Er soll die Aufforderung zum Weitergehen nicht rauch genug befolgt haben. Dem Angeklagten Eugler wird zur Last gelegt, daß er während der Schlacht am Schiffbauerdamm vom jenseitigen Ufer herübergerufen habe: „Haut sie!“ Er erklärt, damit habe er sagen wollen, die Schutleute sollten die Arbeiter haue.

Beweisanträge.

Nachdem die Vernehmung der Angeklagten beendet ist, beantragt Rechtsanwalt Dr. Heinemann die Ladung noch einiger Zeugen, die belunden sollen, daß in der Nachbarschaft des Schiffbauerdammes, unter anderem auch im Bureau des Metallarbeitersverbundes (Charitéstraße) auf ruhig dastehende Leute von Säbeln mit dem Säbel eingeschlagen worden sei.

Ein Weinhandhändler Kräger werde belunden, daß auch er eingeschlagen worden sei, als er seinen Kram in den Laden hineinretten wollte; er habe geklagt: so wußt sei es 1870 nicht zugegangen.

Die Reichstagsabgeordneten Singer und Dr. Frank, die Referenten in den Versammlungen bei Keller und bei Klemm, würden belunden, daß sie ausdrücklich vor Demonstrationen gewarnt haben. Durch Vernehmung von Eugen Ernst, Wels und Böse werde bewiesen werden, daß die Versammlungsredner vorher ermahnt worden sind, diese Warnung an die Versammelten zu richten. Ueber diese Beweisanträge soll erst im Laufe der weiteren Verhandlung beschlossen werden.

Die Ladung von Singer, Frank, Ernst, Wels, Böse wurde abgelehnt, weil als wahr unterstellt wurde, daß eine solche Warnung ergangen sei. Heinemann stellte auch noch in Aussicht, daß er die Vorlesung des Allen beantragte, um nachzuweisen, daß Polizeihauptmann Schmidt sich bei den feindlichen Vorgängen in einem Zustand befand, in dem er reale Dinge gar nicht mehr richtig beobachten konnte.

Beweiderhebung

erstreckte sich zunächst auf die Schlacht am Schiffbauerdamm.

Als erster Zeuge wird vernommen Polizeimajor Klein. Er weiß wenig aus eigener Anschauung, nach dem Schiffbauerdamm wurde er erst gerufen, als die Schlacht fast vorüber war. Er kam mit Polizeihauptmann Schmidt vom Wittgensteins dorthin. Es könne sein, daß Peritzens von der Kronprinzengraben angerufen seien und gleichzeitig die Querhaine an der Reichsbrücke eine Schwärzung gemacht habe, um sie da zusammenzubringen. Es sei aber nicht, so versicherte er hinterher, ein vorgefertigter Plan gewesen, die Menschenmenge in den Schiffbauerdamm hineinzudrängen, um sie zusammenzubringen. Von Kriminalbeamten, die den Zug begleitet hätten, oder gar von Spitzeln, die darin gewesen wären, weiß Zeuge nichts. Polizeileutnant Maurer fand mit zwölf Schutleuten an der Kronprinzengraben, als der Zug von der Alsen-

brücke kam. Er bestritt, daß die Menge, wie die Verteidiger Dr. Rosenfeld und Dr. Herzfeld festzustellen suchen, absichtlich in den Schiffbauerdamm wie in eine Rauschfalle hineingedrängt worden sei. Er habe nicht länger das Schreien und Zählen dulden können, da habe er das Kommando zum Blankziehen gegeben. Darüber, ob irgend welcher Widerstand geleistet worden sei, wußte er nichts Positives zu bekunden.

Polizeileutnant Guschall hatte das Kommando an der Reichsbrücke. Die Menge habe „Blutbunde“ geschimpft und mit Steinen geworfen, und schließlich sei ein Schuß gefallen. Da erst habe er blankziehen lassen. Ueber diesen Schuß wird die Vermutung ausgesprochen, daß er vielleicht von einem Spatel abgegeben worden sei. Der Herr Polizeileutnant weist das zurück, indem er das große Wort gelassen ausdrückt:

„Es gibt keine Spittel bei der Polizeibehörde!“

Es folgte dann die Vernehmung des Polizeihauptmanns Paul Schmidt, eines sehr temperamentvollen Herrn, der einen lebhaften Ton in die Verhandlung hineintrug. Der Herr Hauptmann sprach von den „sogenannten Arbeitslosenversammlungen“, von einer anrückenden „Notte“ usw. Er schilderte, wie er am Schiffbauerdamm schon um 2 1/2 Uhr einen ersten Trupp zerstreut habe, wie er um 3 1/2 Uhr dazu gerufen worden sei, als der zweite Trupp zurückgeschlagen werden mußte. Schon in dem ersten Fall seien vom Bau Schimpfsworte gekommen und Steine geworfen worden. Er habe den Polier rufen lassen und im Wiederholungsfalle mit Räumung gedroht. Trotzdem sei in dem zweiten Fall wieder geschimpft worden und ein wahrer Steinregen sei auf die Beamten niedergeregnet. Da sei er mit seinen Reuten in den Bau geeilt, um ihn zu räumen. Man habe ihm entgegengerufen: „Schlagt das Ras tot!“ auch habe man einen Spaten nach ihm geworfen, da habe er dann mit dem Säbel zugeschlagen. Im ganzen sei er aber mit den Reuten ziemlich glimpflich umgegangen.

Die weitere Zeugenvernehmung brachte unter anderem die Aussage des Schutmanns Dorloff, gegen den Piesler den Spaten geschwungen haben sollte. Ein Schutmann Menner, der dem Dorloff zu Hilfe kam, erklärte, daß er Piesler „über den Daufen geschossen“ hätte, wenn er nicht den Spaten hätte sinken lassen. Verittener Schutmann Cranston ist von dem Schuß getroffen worden. Die Kugel hat den Zeugen nicht verwundet, sie blieb vielmehr zwischen Watterung und Korkfugen stehen. Die Polizeihauptmann Schmidt hinzugefügt, ist der Revolver am nächsten Tage in einer Kiste des Neubaus von einem Bauarbeiter aufgefunden und bei dem Bauarbeiter abgegeben worden. Der Bauarbeiter hat dies aber verheimlicht und die Tatsache ist erst durch die Frau eines Maurers bekannt geworden. In dem Revolver befanden sich fünf scharfe Patronen und eine Hülse.

Der Kaufmann Schulz ist am 21. Januar durch den Lärm am Schiffbauerdamm aus seinem Mittagsschlafchen gestört worden und hat einen Teil des Handgemenges mit angesehen. Die Verteidiger stellen durch Befragen des Zeugen fest, daß sowohl von der Kronprinzengraben als auch von der Reichsbrücke Schutleute mit gezogenen Säbeln der Menschenmenge entgegenritten, so daß die Menge zwischen zwei Säbelreihen sich befand. Die Menschenmenge habe sich sehr turbulent gegen die Schutleute betragen; nach seiner Meinung sei von den Schutleuten erst geschossen worden, nachdem irgend etwas gegen sie geworfen worden sei. Er ist ferner der Meinung, daß die Leute sich durch die Reihen der Schutleute hindurch hätten entfernen können.

Ein Schneider Schulte hat beobachtet, daß ein reitender Schutmann von der Kronprinzengraben her die Menschen mit Säbeln vor sich hertrieb.

Ein junger Mann habe einen Schlag über den Kopf bekommen, so daß er taumelte und später nach der Charité gebracht werden mußte. Der Zeuge behauptet, daß die Schutleute erst eingekommen seien und dann erst die Steinwürfe und der Schuß erfolgt seien. Der Zeuge hat auch den Schuß wahrgenommen, er ist aber der Meinung, daß die Richtung gar nicht so war, daß die Kugel den Schutmann hätte treffen können.

Der Zeitungs-Korrespondent Wilcox, hiesiger Korrespondent für englische Blätter, hat von seinem Wohnungsofen aus einen Teil der Vorgänge am Schiffbauerdamm mit angesehen. Er bestätigt, daß die Menge nach seiner Ansicht zwischen zwei Schutmannreihen eingeklemmt war. Nach seiner Wahrnehmung haben die Schutleute eingeklemmt, bevor der Schuß gefallen war.

Die Menge habe bedrohlichen Charakter angenommen, schon ehe die Schutleute zu schlagen angingen. Der Zeuge hat auch gesehen, daß ein Stein geworfen wurde und zwar von einem Manne, der zu den Demonstranten — nicht zu den Bauarbeitern — gehörte. Er hat ferner gesehen, wie plötzlich ein Mann in die Tasse griff und anscheinend nach einem veritenden Schutmann schob. Der Zeuge hat nicht den Eindruck, daß die Menge den Charakter eines unter einem Führer stehenden „Zuges“ hatte; sie sah aus wie eine aus einem Theater oder Versammlungsort herausströmende Menschenmenge. In der Menge waren viele halbwüchtige Knaben.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Haben Sie einmal eine Arbeitslosen demonstration in London gesehen? — Zeuge: Ja — Verteidiger: Haben Sie da auch gesehen, daß Polizisten auf die Leute eingeschwenkt haben? — Der Staatsanwalt beanstandet diese Frage. — Präsk.: Was will der Verteidiger mit dieser Frage bezwecken? — Verteidiger: Ich will darauf hinaus, daß bei ruhiger Abschätzung der Situation ein Grund zum Einbauen nicht gegeben war. — Der Gerichtshof lehnt die Fragestellung ab: Was in London passiert sei, würde für diese Verhandlung ohne Interesse sein.

Schriftsteller Max Harwar bekundet: Er habe den Zeugen an der Kronprinzengraben gesehen, wo sie unter den Rufen: „Doch das Wahrecht! Nieder mit Wilcox!“ vorbeigezogen. Dann seien sie in den Schiffbauerdamm eingebogen. Die Schutleute seien hinterher gefolgt. Er selbst habe sich den Leuten aus Reugier angeschlossen. Als er dreißig Schritte im Schiffbauerdamm war, seien die Schutleute mit gezogenen Säbeln hinterher gestürzt. Da sei er mit den Flüchtenden auf den Bau gerannt und habe

Rot gehabt, sich vor Säbelhieben zu schützen. Nach seiner Meinung seien die Steine erst in der Notwehr geworfen worden. Er habe auch den Schuß wahrgenommen, es sei ihm aber gar nicht so vorgekommen, als ob es ein Schuß war, weil er sei es ihm vorgekommen, als ob unter dem Pferde bzw. unter dem Mantel des veritenden Schutmannes etwas explodiert wäre.

Nach den Belundungen des Arbeiters Griesch und des Bauarbeiters Heinrich ist der Revolver am nächsten Tage in einer Kiste des Neubaus vorgefunden worden. Er stand zur Hälfte in dem Mauerwerk drin, so daß er nicht flüchtig weggenommen sein konnte, sondern hineingesteckt sein mußte.

Der Zeuge reitender Schutmann Cranston muß hierauf auf Wunsch des Gerichtshofes den Mantel ausziehen und zeigt die Stelle, wo die Kugel den Mantel durchlöchert hat und wo sie stecken geblieben ist.

Hofschaffmeister Barella hat den ihm vom Polizeipräsidenten übergebenen Revolver untersucht. Er enthielt noch fünf scharfe Patronen und eine Hülse. Die ihm übergebene Kugel passe in den Revolver genau hinein und er habe die Ueberzeugung, daß diese Kugel aus diesem Revolver abgeschossen sei. Freilich würde er annehmen, daß sie nicht aus einer Entfernung von 1 1/2—2 Meter — wie der Zeuge Wilcox annahme — abgeschossen sein dürfte, denn aus einer so geringen Entfernung würde sie wohl eine größere Durchschlagskraft gehabt haben. — Auf Befragen erklärt der Schutmann Cranston, daß er eine Kugel am Hofe gehabt habe. Die Kugel sei auch aus größerer Entfernung abgeschossen worden. Der veritende Schutmann Krug schätzt die Entfernung auf 5—8 Meter. Es erhebt sich eine längere Erörterung zwischen den Verteidigern und dem Sachverständigen Barella über die Frage, ob es überhaupt möglich sei, aus diesem Revolver aus der ange-

gebenen Entfernung eine Kugel auf den Schutmann abzuschützen, ohne daß diese durch den Mantel des Schutmannes hindurchgegangen wäre. Die Verteidigung bestritt dies. — Rechtsanwält Dr. Rosenfeld formuliert einen Antrag dahin, dem Sachverständigen Barella aufzugeben, durch entsprechende Schußversuche die Frage zu klären. Der Staatsanwalt widerspricht diesem Antrage. Sachverständiger Barella erklärt, daß er es für möglich halte, daß die aus der angegebenen Entfernung aus dem Revolver abgegebene Kugel nur die hier sich zeigende Durchschlagskraft gehabt habe. Weitere Schußversuche halte er für nutzlos. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab. Rechtsanwält Rosenfeld beantragt nunmehr, den Direktor Haenisch von den Deutschen Munitionswerken zu laden und als Sachverständigen zu vernehmen, da der Sachverständige Barella sich zu unbestimmt und widerspruchsvoll geäußert habe. Auch diesen Antrag lehnt das Gericht ab.

Während einer Beratungspause hatte ein Zuhörer, der hinter dem Polizeihauptmann Schmidt saß, sich abfällig über den Zeugen Kaufmann Schulz sowie über die Polizei geäußert. Der Herr Hauptmann ging zum Staatsanwalt und dieser beantragte gegen den Kritiker einen Tag Haft wegen Ungebühr. Herr Schmidt bekräftigte, der Zeuge sei „Räseschulze“ genannt worden, das sei beleidigend. Daß auch Polizeibeamte durch jenen Mann beleidigt sein könnten, wolle er nicht sagen, so etwas reiche ja gar nicht an die Beamten heran. Der Zuhörer wurde vorgeladen, und es wurde eine Geldstrafe von 30 M. sowie Androhung aus dem Saal über ihn verhängt.

Es wurden sodann noch mehrere Schutleute vernommen, darunter ein Paar, die durch Steinwürfe verwundet worden waren. Sie erklärten, es sei erst eingebogen worden, nachdem mit Steinen geworfen worden und der Schuß gefallen sei. Ein Arbeiter Hirschfelder war vom Polier vor dem Neubau aufgestellt worden, um ihn zu „betachen“; er sollte keinen aus der Menge hineinlassen. Er sagte aus, auch ihn habe die Polizei „noch verdreschen“ wollen. Maurer Höme, der als Polier fungierte, bekundete, die Menge sei nur dadurch in den Neubau hineingedrängt worden, daß die Polizeimannschaften an der Reichsbrücke einschritten und den Schiffbauerdamm absperren.

Hiermit war die Vernehmung der von der Anklage geladenen Zeugen beendet. Die weitere Verhandlung wurde auf heute 11 Uhr vertagt; sie wird zunächst die Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen bringen.

Aus der Frauenbewegung.

Terrorismus.

Wenn man unsere Gegner hört, dann weiß man manchmal nicht: spricht aus ihnen bauerndwerte Unwissenheit oder heuchelt sie eine Untauglichkeit, hinter der sich Bosheit, Haß und Tüde verbirgt? Wenn die Privilegierten etwas von Wahlrechtsdemonstration hören, dann lobt sie aus ihnen Begeisterung zum Kampfe für Erhaltung der geheiligten Minderordnung. Wie nach jüdischer Behauptung hinter jedem Streit — auch dem Journalistenstreik, der Wilcoxs Sympathie sich erfreute? — die Hydra der Revolution lauert, so imputieren die Schwarzfahrer aller Grade jeder Wahlrechtsdemonstration die Absicht gewalttätiger Erhebung. Indem sie das zu glauben vorgeben, haben sie die Begründung für das brutale Vorgehen gegen jedes freiheitliche Streben, für blutige Niederwerfung jeder friedlichen Demonstration. Darin besteht nämlich letzten Endes die Begeisterung der Edlen, daß sie Polizei und Militär auf das Volk heben. Aber dieselben Ordnungshüter, die angeblich an die Gewaltpolitik der Sozialdemokratie glauben, erheben lässlich ein großes Geschrei, als sei wer weiß was geschehen, als das Zentrum der Genossenschaftsvereine betreffend Kontrakte bei der nächsten Landtagswahl in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Man muß staunen: die Leute, die angeblich davon überzeugt sind, die Sozialdemokratie warte nur darauf, eine blutige Revolution zu entfesseln, zeigen sich furchtbar entzückt, weil die Sozialdemokratie in nur ganz schwacher Form nun auch mal das Kampfmittel benutzen will, das unsere Gegner seit jeder in rücksichtsloser Weise handhaben. Glaubt man an die und unterstellte Gewaltpolitik, dann sollte man doch nicht so albern sein, sich schon darüber zu entzücken, weil wir ein bißchen Terrorismus antäuben wollen. Die Gegner der Wahlreform wollen die öffentliche Stimmabgabe nicht preisgeben, damit sie jeden Wähler kontrollieren und auf seine Entscheidung dadurch einen Druck ausüben können. Wie werden also tun, was dem Zwecke der öffentlichen Stimmabgabe entspricht. Wagt das den Herrschenden nicht, gut, dann mögen sie die gebirge Wahl einführen!

Und die Frauen haben ein ganz besonders großes Interesse daran, jedes geschlechte Mittel anzuwenden, um eine Reform des Wahlrechts zu erzwingen, ihnen gegenüber haben Junker und Schwarzfahrer am wenigsten Ursache, sich zu beklagen. Nutzen doch diese Leute ihre Macht aus, um der Frau die vollen Staatsbürgerrechte vorzuenthalten. Man komme und nicht mit der trivialen Redensart, das geschehe aus Hochachtung vor dem Weibe, aus idealen Gründen. Die Hochachtung geht nicht so weit, daß man auf die Ausbeutung der Frau in Bergwerken, Fabriken, auf Wänter usw., in den schmutzigsten, gesundheitsschädlichen Betrieben verzichtet, die Hochachtung erlaubt, daß man die weiblichen Dienstboten der entwürdigenden, Menschen zu Hausfluren machenden Gefährdung unterstellt. Und wo freit die Idealisierung des Weibes, wenn man diesem Freiheiten versagt, die der Herr der Schöpfung zügellos genießt und, um sie genießen zu können, sich Liebe kauft und das Weib zwingt, den Verkauf der Liebe, in und außerhalb der Ehe, geschäftsmäßig zu betreiben? Nicht aus Hochachtung, sondern aus trübseligem, engherzigem Egoismus machen die herrschenden Mächthaber das Weib zur Dienerin, zur Höligen des Mannes, zur Unmündigen, der alle Staatsbürgerrechte vorzuenthalten sind, die nur Pflichten hat und Lasten, rüchungslos!

Die Frauen wollen endlich aus der Welt des falschen Scheines hinaus, der brutalen Unterdrückung und Entrechtung sich erwehren, aus der Rolle der Dienerin sich befreien, zu der der vollen Menschenwürde sich bewußten Persönlichkeit hinaufzuwachen. Und im Kampfe gegen rücksichtslos geistigen und wirtschaftlichen Terrorismus, für das hohe Ziel der Gleichberechtigung, verschmähen die Frauen auch das Mittel der — Wahlkontrolle nicht.

Die Zivilehe in Schweden. Bis vor wenigen Jahrzehnten galt die Fortdauer der Zivilehe in Schweden nach für einen höchst radikalen Anspruch, der eigentlich nur von Feinden der sittlichen Weltordnung erhoben werden konnte. Nun haben jedoch beide Kammern des schwedischen Reichstags ein Gesetz angenommen, das es allen Heiratslustigen freistellt, sich kirchlich oder bürgerlich trauen zu lassen. Zur Einführung der obligatorischen Zivilehe konnte man sich allerdings noch nicht aufbringen, weil, wie man sagte, in den Landgemeinden zur Vollziehung der bürgerlichen Eheschließung Einrichtungen nicht vorhanden und nicht ohne große Kosten zu beschaffen seien.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilmerdori. Donnerstag, den 9. April, im Luisenpark, Wilhelmsau 112. Vortrag. Genossin Wurm: „Die Aufgaben der Gemeinde“.

Weisensee. Donnerstag, den 9. April, 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Ulrich, Köpckestraße 20, Ecke Viktorienstraße, Vortrag des Herrn Karl Giebel: „Die Frauen und das Wahlrecht“.

Schöneberg. Montag, den 13. April, bei Obft. Reiningger Straße 8, Vortrag. Genosse Heinrich Schulz: „Kindererziehung“.

Charlottenburg. Mittwoch, den 22. April, 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rottentstraße 8, Vortrag und Rezitation. Frau Johanna Meyer-Charlottenburg: „Vom Kinde und für das Kind“.

Gerichts-Zeitung.

Ein verständiges Urteil.

Die Breslauer Strafkammer sprach gestern einen Wandverurtheil von der Anklage der Majestätsbeleidigung frei. Der Angeklagte hatte scherzhaft geäußert, der Kaiser sei der größte Sozialdemokrat, da er nie zufrieden sei. Der Angeklagte hatte längere Zeit in Untersuchungshaft verbringen müssen.

Der Schuttmann als Schläger.

Eine schwere Ausschreitung eines Schuttmannes lag einem Strafprozeß zugrunde, der gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Klummann vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III. zur Verhandlung kam. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges war der 33jährige Schuttmann Wilhelm Warnke angeklagt. Der zurzeit noch im Dienst befindliche Angeklagte war am Mittag des 29. Oktober d. J. dienstfrei geworden. Am Nachmittag spielte er in einem Lokal im Norden Berlins Billard, wobei er mehrere Glas Bier trank. Hieran schloß sich noch eine kleine Bierreise. Gegen 12 1/2 Uhr nachts erlitten der Angeklagte in etwas angetrunkenem Zustande vor dem Lokal des Schankwirts Albert Gladosch in der Gerichtstraße 56 und verlangte noch ein Glas Bier. Der Schankwirt bedeutete ihm, daß er sein Lokal wegen der eingetretenen Polizeistunde schließen müsse und er deshalb kein Bier mehr einschenke. Da der Angeklagte trotzdem wieder ein Glas Bier verlangte, forderte ihn Gladosch auf, das Lokal zu verlassen. Warnke ging nunmehr auch, kehrte jedoch noch wenigen Minuten zurück, da er gesehen hatte, wie zwei Frauenpersonen in Begleitung eines Mannes nach ihm in das Lokal hineingingen. Während der Schankwirt auch diese drei Leute abwich, erschien Warnke wieder in dem Restaurant. In dem Augenblick, als Gladosch die Tür öffnete, um den Angeklagten hinauszuzwischen, ergriff dieser seinen Spazierstock und verfehlte dem W. mit der schweren Hornrinde einen wuchtigen Schlag auf den Kopf. Dieser Schlag war mit solcher Wucht ausgeführt, daß die eine in der Nähe stehende Frauenperson mit Blut bespritzt wurde. Gladosch mußte in Begleitung des Schneiders Richter die Infirmität auffuchen, von wo aus man ihn sofort

nach dem Reichs-Krankenhaus schaffte. Hier verschlimmerte sich der Zustand immer mehr. Er mußte schließlich in eine Irrenanstalt übergeführt werden, wo er am 11. November verstarb. Die von dem Oberarzt Dr. Bernhardt vorgenommene Autopsie des Verstorbenen ergab, daß der eingetretene Tod nicht eine unmittelbare Folge des erlittenen Schlags war. Die Staatsanwaltschaft, die erst ein Verfahren wegen verdächtigem Totschlag eingeleitet hatte, erhob deshalb nur Anklage wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges. — Staatsanwalt Herzog hielt es bei dem Ergebnis der Beweisaufnahme für angebracht, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen, da dieser ein bisher völlig unbescholtener und sonst nichterner Mensch sei, den nur der Alkohol zu dieser Ausschreitung, die nach dem Sachverständigenurtheil mit dem Tode des Gladosch in keinerlei Verbindung stehe, verleitet habe. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf — nur 150 M. Geldstrafe. Das Gericht stellte in erster Linie fest, daß die Todesursache nicht in dem Schlage des Angeklagten zu finden sei. Bei der Abmessung des Strafmaßes habe das Gericht von einer Jubilung mildernder Umstände Abstand genommen, da sich der Angeklagte eines schweren Erzeßes schuldig gemacht habe. Gerade er als Schuttmann habe wissen müssen, wie er sich zu benehmen hatte, statt dessen habe er, als sich der Schankwirt weigerte, eine Polizeikonvention zu geben, einfach auf ihn losgeschlagen. Die Strafkammer erkannte deshalb auf zwei Monate Gefängnis. Eine gewiß noch recht milde Strafe.

Ein Preisrätsel vor Gericht.

Der „Werkstoff“, das Organ der Berliner Mitgliedschaft des Bäderverbandes, veröffentlichte ein „Preisrätsel“, worin den Lesern aufgegeben wurde, zu raten, wer wohl der Druckereibesitzer sei, der in der Nähe des Altmeisters Müller, nicht weit vom Gewerkschaftshaus und vom Michaelkirchplatz, wohne, und, obwohl er ein etwa 50 Jahre alter Junggeselle sei, allmonatlich eine Wirtschafterin suche und nur hübsche junge Bewerberinnen für diesen Posten zulasse. — Auch das Verbandsorgan, die „Bäder- und Konditorzeitung“ in Hamburg, druckte das „Preisrätsel“ ab. — Ob von den Verbandsmitgliedern jemand das Preisrätsel gelöst hat, ist uns nicht bekannt. Indes erheben wir am Dienstag vor dem Schöffengericht, daß Druckereibesitzer Hartmann, der im Lager der gelben Bädergefallen eine hervorragende Rolle spielt, des Rätsels Lösung gefunden zu haben glaubt. Hartmann behauptet nämlich, er selbst sei es, auf den das „Preisrätsel“ zielt, und weil er sich dadurch beleidigt fühlt, so hat er den Redakteur des „Werkstoff“, Schneider-Berlin und den Herausgeber der „Bäder- und Konditorzeitung“, Allmann-Hamburg, verklagt. — Da in dem Rätsel niemand genannt ist, sondern die Person des Beschriebenen erst erraten werden soll, so schien es dem Gerichtsbesitzenden zweifelhaft, ob Hartmann überhaupt zur Klage berechtigt ist, um so mehr, da Hartmann selbst sagt, das Rätsel posse infolgedessen nicht auf ihn.

als die Sache mit der Wirtschafterin bei ihm nicht vorgekommen sei. Aber gemeint sei er doch. — Dem Gericht genügt das nicht. Es gab dem Kläger auf, nachzuweisen, daß nur er und kein anderer der Zielpunkt des Preisrätsels sei. Dieser Nachweis soll erbracht werden durch eine Auskunft des Polizeipräsidenten darüber, ob in der Nähe des Michaelkirchplatzes und des Gewerkschaftshauses außer Herrn Hartmann kein anderer Druckereibesitzer wohne, der Junggeselle und etwa 50 Jahre alt ist.

Mörder oder Wahnsinniger?

Das Schwurgericht in Erfurt beurteilte gestern den Arbeiter Heiling aus Mühlhausen zum Tode. Er hatte seinen eigenen dreijährigen Sohn erschlagen und in einen Teich geworfen.

Eingegangene Druckschriften.

„Einfachheit“ Nr. 1 des 13. Jahrganges Spezialnummer unter dem Titel „Anrichtarten-Sammlung“. Der „Einfachheit“ kostet pro Nummer 30 Pf.

Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Ihre Organisation und ihr Tätigkeitsbereich. 42 Seiten. Verlag G. Lehmann, Berlin W. 8.

7. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsartells in Lübeck. 93 Seiten. Selbstverlag.

Architektur-Konkurrenzen. Bd. III, Heft 4 u. 5. Herausgeber G. Scheurenbandt. Jährlich 12 Hefen 15 M. — Der Städtebau. Heft 4. Erscheint am 1. jeden Monats. Pro Jahr 30 M. Verlag Ernst Wasmuth & Co. Berlin W. 8.

Natur und Kunst. Heft 1. Monatlich 2 Hefen. Vierteljährlich 4 M. Einzelheft 1 M. Verlag G. Lehmann in Berlin.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“. Nr. 7. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Herausgeber Dr. J. Jaitrows, v. Schulz, Dr. Fisch. Verlag von Georg Reimer in Berlin W. 35.

Witterungsübersicht vom 7. April 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Wilmshausen	709 DRD	3	Wolklos	3	Naparranda	772 SHH	Wolklos	—	—
Damburg	709 DRD	4	Wolklos	5	Petersburg	772 SHH	Wolklos	—	—
Berlin	708 DRD	3	bedeckt	5	Sailly	774 DRD	1	Wolklos	7
Frankfurt	702 DRD	3	bedeckt	6	Aberdeen	773 SHH	1	Wolklos	8
München	751 DRD	3	Regen	1	Paris	762 DRD	6	bedeckt	6
Wien	761 DRD	1	Regen	9					

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. April 1908.
Nebel und vorherrschend wolkig mit geringen Regenfällen und frischen blühenden Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?

von J. Vorhardt
Preis 30 Pfennig

Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß das Prügeln in der Schule zu verwerfen sei, daß aber auch das Prügeln der Kinder im Hause für die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes verwerflich ist. Er gibt vielfache Anregungen, wie die Eltern ihre Kinder ohne Prügel erziehen können.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68.

Englischen Unterricht,
einzeln und im Paket, erteilt 36372*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Zeddenstraße 57, III.

8.-15. April

Ausnahme-Woche!

für

* Polsterwaren *

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Teilzahlung gestattet

Siegfried Misch, Dresdener Straße 16, I.
(via & via Tamasschko).

Achten Sie, bitte, auf Hausnummer 16

Rauchen Sie

Phänomen

Zigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Steppdecken

größte Auswahl, sehr preiswert, direkt im Robert Bornhard Strohmantel, nur 72 Wallstr. 72, Berlin (zwischen Koch u. Julestr.), wo auch alle Steppdecken aufbewahrt werden.

1907er Legehühner

echte Hühner, fleißige Eierleger, gar. leb. Ankunft frei, überall, 13 Stk. m. Hahn 28 M., 6 Stk. m. Hahn 13,50 M.
Schneider, Myslowitz, Schief. Nr. 17.

Wenn wir werben Parteigenossen und bisherigen Mitarbeiter zur gefälligen Kenntnis, daß ich das

Restaurant von Wibergerl Kammelsburg, Kaufstraße 11 12556* (Ecke Lessingstr.) in Vertretung übernommen habe. Um gefälligen Zuspruch erlaube ich mich zu danken.

Oskar Neumann, Danarbeiter.

Blumen- und Kranzbücherei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Konkurs-Massen-Ausverkauf!

Die gesamten riesigen Lager sowie einige große Posten anderer Waren werden zu unglaublich billigen Preisen ausverkauft, bis zirka

Blitz 50% unter Preis 50% Blitz

Streng feste Preise! Seltene Gelegenheit! Nur Serien-Preise! Riesige Auswahl!

8./4. 9./4. 10./4. **Spezial-Hosen-Tage!**

Es kommen zirka 12 000 Hosen bis zu 50% unter Preis zum Verkauf.

Serie 0 hell u. gestreift 110 Stück	Serie 2 Prima Buckskin 245 Stück	Serie 4 eisenfest (Spezial) 385 Stück	Serie 6 extra Prima Kammgarn 625 Stück	Serie 8 das allernueste 950 Stück
Serie 1 dunkel gemustert 185 Stück	Serie 3 wunderbare Muster 315 Stück	Serie 5 Kammgarn, elegant 475 Stück	Serie 7 Ersatz für Maß 775 Stück	Serie 9 das allerfeinste 1160 Stück

Außerdem 3 Serien Anzüge und Paletots mit 10% Extra-Rabatt.

Herren-Paletot.	Herren-Paletot.	Herren-Paletot.
Serie 0. Gemustert, braun, grau und helle Dessins Stück 6 65 M.	Serie V. Sehr elegant, die neuesten Muster Stück 15 75 M.	Serie X. Extra prima Kammgarn, reine Wolle, Ersatz für Maß, Stück 28 00 M.
Herren-Anzug.	Herren-Anzug.	Herren-Anzug.
Serie I. Wunderbare Muster Stück 8 75 M.	Serie III. Kammgarn, Buckskin u. Cheviot, riesige Auswahl Stück 11 75 M.	Serie VI. Man muß staunen Stück 17 50 M.

Jeder Käufer erhält extra auf die Serien 10 Prozent Rabatt, da geräumt werden muß!

Nur kein Neid, wer kann, kann! :::: Überzeugung macht wahr! :::: Besichtigung ohne Kaufzwang!

Unsere Maß-Abteilung. Nur 3 Preise für Anzüge oder Paletots.

Serie I Hochelegante Modestoffe Stück 85 00 M.	Serie II Extra prima Cheviots Stück 45 00 M.	Serie III Feinste Kammgarne Stück 57 50 M.
--	--	--

Garantie für Prima Sitz! Unter Leitung erstklassiger Zuschneller! Riesige Auswahl! Sehen und Staunen!

9 Rosenthaler Straße 9 Ecke Auguststraße | **137 Gr. Frankfurter Straße 137** | **19 Turm-Straße 19**
85 Chaussee-Straße 85 | **29-30 Kottbuser Damm 29-30** | **Schöneberg, 10 Haupt-Straße 10**

Um Besichtigung der Lager bittet der Verwalter und Leiter des Konkurs-Massen-Ausverkaufs.

Wir verkaufen

jezt noch billig

- R 4 Mark am in Petersdögen, Ostbahn,
- R 8 Mark am Zegefeld, am Bahnhof,
- R 10 Mark am Gehen-Reneubois, Nordbahn,
- R 10 Mark am Kaulsdorf, am Bahnhof,
- R 10 Mark am Bahnhof Sadowa, Niedersch-Kaulsdorf-Züd.
- R 30 Mark am Niedersch, Stadtbahn, a. Bahnhof, Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nische
Berlin, Neus Königsstr. 10.

170/5*

Neu. größte Kinderwagenfabrik Sadfens u. einige beachtliche, welche direkt in Samml. arbeiten u. unendlich buntenfarbigen Pracht-farbigsten Innen sind. 18.
Julius Trellbar, Grimma 134.

Gardinen-Haus

Leopold Brasch
Kommandantenstraße 17.
Verkauf der renommierten
Vogeländischen Fabrikate.
Gardinen u. Stores,
Portieren, Decken, Teppiche
in den denkbar billigsten Preisen.
Bei Besten von 1 bis 8 Fenster
bedeutende Preisermäßigung. 128000*